

Bal

LIBRARY  
JUN 9 1955  
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

# Die Kommunistische Internationale

1926 / HEFT 2

1,50 MARK

## AUS DEM INHALT

Manuilski: Zur Tagung der Erweiterten Exekutive / J. Humbert-Droz  
Die Lage in Italien und die Aufgaben der KPI / Voitinski: Erfolg  
und Perspektiven der Arbeiterbewegung und der nationalen Bewegung  
in China / Pepper: Neue Erscheinungen in der internationalen Arbeiter  
bewegung / Kurt Fischer: Die beginnende Herausbildung eines linken  
Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben von G. SINOWJEW  
Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche  
Ausgabe verantwortlich OTTO HOFFMANN, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten  
an die Adresse des Verlages.

VII. Jahrgang 1926

Heft 2 Februar

(Erscheint verspätet im März)

## I N H A L T

	Seite
Manuilski: Zur Tagung der Erweiterten Exekutive . . . . .	105
Piatnitzki: Zur 2. Orgberatung der KI Sektionen . . . . .	122
Warski: Die 4. Konferenz der KP Polens . . . . .	132
J. Humbert-Droz: Die Lage in Italien und die Aufgaben der KPI . . . . .	139
Woitinski: Erfolge und Perspektiven der Arbeiterbewegung und der nationalen Bewegung in China . . . . .	156
Pepper: Neue Erscheinungen in der internationalen Arbeiterbewegung . . . . .	163
Semard: Der Parteitag der französischen Sozialistischen Partei und die politische Lage in Frankreich . . . . .	179
Waletzki: Der Kongreß der PPS . . . . .	187
Kurt Fischer: Die beginnende Herausbildung eines linken Flügels in der deut- schen Arbeiterbewegung . . . . .	199

## P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark	1 50
Quartal . . . . .	„	4,50
Halbjahr mit Register . . . . .	„	9,—

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36, Stadthausbrücke 13, oder an unsere  
Berliner Zweigstelle, Berlin NW 7, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und  
von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheckkonto  
Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY  
HAMBURG BERLIN

D. MANUILSKI:  
ZUR TAGUNG DER ERWEITERTEN  
EXEKUTIVE

*1. Alte Fragen in neuen Verhältnissen*

Innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung vollzieht sich augenblicklich ein sehr ernst zu nehmender Umschwung. Es ist in diesem Moment außerordentlich wichtig, die neuen Merkmale, die seit der letzten Tagung der Erweiterten Exekutive zutage getreten sind, zu studieren, sie mit den Veränderungen, die in den letzten Jahren in der Struktur der kapitalistischen Weltwirtschaft vor sich gegangen sind, zu verbinden und auf Grund dieses Studiums die richtigen taktischen Schlußfolgerungen sowohl für die gesamte Kommunistische Internationale als auch für die einzelnen Sektionen zu ziehen. Wer zum Beispiel die Ursachen der Radikalisierung der englischen Gewerkschaften verstehen oder eine Erklärung für das in letzter Zeit noch intensivere Verwachsen der amerikanischen Gewerkschaften mit dem staatlichen und wirtschaftlichen Apparat der Burgeoisie der Vereinigten Staaten finden will, der darf nicht vorübergehen an solchen Erscheinungen, wie das Sinken des spezifischen Gewichts der englischen Wirtschaft im Gesamtsystem der Weltwirtschaft und die Verschiebung der Achse der ökonomischen Herrschaft vom europäischen Kontinent nach Amerika. Die Prozesse, die sich im Wirtschaftsleben vollziehen, ziehen Umgruppierungen innerhalb der Arbeiterklasse nach sich. Der Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung der einzelnen Kettenglieder der kapitalistischen Weltwirtschaft entspricht die Ungleichheit der Arbeitslöhne und der materiellen Existenzbedingungen der verschiedenen Gruppen des Proletariats. In einem Lande von so stürmischer Entwicklung des Kapitalismus, wie die Vereinigten Staaten es sind, werden die gutbezahlten qualifizierten Arbeiter zu einer Arbeiteraristokratie — verglichen mit der Hauptmasse des europäischen Proletariats. Hier entsteht ein eigenartiger Typus der Bewegung, der auf einer höchst zynischen stillschweigenden Arbeitsgemeinschaft der Arbeiteraristokratie mit den kapitalistischen Klassen beruht, ein Typus der Bewegung, der dem europäischen Charakter der Gewerkschaften widerstrebt, die mit unerbittlicher Konsequenz ihrer Revolutionierung entgegengehen. So tritt auf der Grundlage der qualvollen und langwierigen Stagnation des europäischen Kapitalismus für die herrschenden Klassen Europas das Gespenst der Bolschewisierung der Arbeiterbewegung, der Befreiung der Arbeiterschaft vom Einfluß der alten opportunistischen Führer und einer immer größeren Annäherung an das Proletariat der Sowjetunion auf den Plan. Fünf Millionen Erwerbslose lasten augenblicklich als ein schweres Gewicht auf der gesamten Wirtschaft und Politik Europas. Diese untere Schicht der Arbeiterklasse ist es jetzt, die mit ihrer Unzufriedenheit die Grundkaders des Proletariats in der Richtung immer entschlossenerer Aktionen gegen die Bourgeoisie aufpeitschen wird.

Daneben ist das Neue, das die Lage in der europäischen Arbeiterbewegung charakterisiert, eine allgemeine steigende Aktivität der Arbeiterklasse. Der Zeiger, der das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital anzeigt, bewegt sich in einer Richtung, die für das Proletariat günstig ist. Diese neue Etappe bedeutet noch nicht eine unmittelbare revolutionäre Situation. Wollte man einen historischen Vergleich mit einer Etappe aus unserer Vergangenheit ziehen, so könnte man sagen, daß der jetzige Moment zwar nicht mehr 1907, aber auch nicht Oktober 1923 in Deutschland ist. Es ist ein eigenartiges Stadium der Bewegung, das an die russischen Jahre 1910/11 erinnert, als die Arbeiterklasse nach schweren Niederlagen ihre Kräfte wieder für eine neue Offensive zu sammeln begann. Der Uebergangscharakter dieser Etappe birgt eine doppelte Gefahr in sich: entweder der Unterschätzung des sich bemerkbar machenden Aufstieges, den Aufbau der ganzen taktischen Linie auf den Depressionsstimmungen der rückständigen Schichten der Arbeiterklasse, die in Deutschland nach der Niederlage der Revolution 1923 besonders plastisch hervortraten, — oder die Ueberschätzung des Tempos des Aufstieges, das Bestreben, ohne genügende organisatorische Vorbereitung und ohne die Armee kampfbereit gemacht zu haben, diese Etappe zu überspringen und vorzeitig die entscheidende Schlacht zu liefern. Die jetzige Etappe ist der Beginn des Ueberganges zur Offensive der Arbeiterklasse, doch handelt es sich vorerst noch um Vorhutkämpfe. Um aber die Vorhut von der gesamten Armee nicht zu trennen, bedarf es des energischsten, eiligsten Nachschubes von Truppenteilen aus dem Hinterland in die Gefechtslinie.

In den heutigen Verhältnissen des Klassenkampfes in Europa kann aber dieser Zusammenschluß der Vorhut mit den dahinter marschierenden Massen einzig und allein durch die weitgehendste Anwendung der Einheitsfronttaktik vor sich gehen. Auf dem 3. Weltkongreß hat Genosse Lenin in seiner Polemik gegen die sektiererischen Abweichungen der italienischen Ultralinken die Aufgaben der Kommunisten in den verschiedenen Stadien der revolutionären Bewegung folgendermaßen definiert:

„Der Begriff der Masse“ sagte er, „ist veränderlich, entsprechend dem veränderten Charakter des Kampfes. Zu Beginn des Krieges genügten ein paar tausend wirklich revolutionäre Arbeiter, damit von der Masse die Rede sein konnte . . . Wenn aber die Bewegung sich auswächst und erstarkt, geht sie nach und nach in eine wirkliche Revolution über. Wenn die Revolution schon genügend vorbereitet ist, wird der Begriff „Masse“ ein anderer: ein paar tausend Arbeiter bilden nicht mehr „eine Masse“. Der Begriff der Masse ist in dem Sinne ein anderer geworden, daß unter ihm nicht die Mehrheit der Arbeiter, sondern die Mehrheit aller Ausgebeuteten verstanden wird.“

Die heroische Periode unserer kommunistischen Bewegung, als wir uns in Europa mit „ein paar tausend wirklich revolutionären Arbeitern“ begnügen konnten, liegt jetzt in den Hauptländern hinter uns. Wir haben noch nicht jene höchste Stufe der Bewegung erreicht, auf der wir von der Eroberung der Mehrheit aller Ausgebeuteten sprechen könnten, doch können und müssen wir in Anbetracht des beginnenden Aufstieges die Aufgabe der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse als die dringendste Aufgabe des heutigen Tages auf die Tagesordnung setzen. Es handelt sich dabei natürlich nicht um die formale Erfassung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch unsere Partei, sondern um die tatsächliche politische Beeinflussung der Hauptkaders des

Proletariats. Diese Frage muß zum Kern aller Arbeiten der Erweiterten Exekutive werden. Eben weil es in Deutschland, in Italien noch Strömungen gibt, die den Charakter der neuen Etappe in der europäischen Arbeiterbewegung nicht erkennen und die taktischen Methoden der ersten Periode unserer Bewegung auf ihr heutiges Stadium übertragen, darum muß der Kampf gegen solche Ueberbleibsel mit aller Entschlossenheit geführt werden.

Wir müssen an Hand der konkreten Erfahrung zeigen, wie die Massen zu erobern sind. Die Einheitsfronttaktik muß in den Händen der Kommunistischen Partei nicht nur zu einer Methode unserer agitatorischen Beeinflussung der breiten Massen werden, sondern auch zu einem Mittel ihres organisatorischen Zusammenschlusses in dem jetzigen Stadium der Bewegung.

„Beim Aufstellen von Teilforderungen,“ schrieb Lenin in den Thesen des Dritten Weltkongresses, „müssen die kommunistischen Parteien darauf achten, daß diese Forderungen, die den Bedürfnissen der breiten Massen entsprechen, nicht allein die Massen zum Kampfe führen, sondern auch ihrem Wesen nach ein Organisationsprinzip darstellen.“

Solche organisatorischen Stützpunkte von großer strategischer Bedeutung haben wir vor allem in den Gewerkschaften. Die Eroberung dieser Stützpunkte im Prozeß des Klassenkampfes stellt eine Aufgabe dar, deren Erfüllung wohl die ganze Zeitspanne, die uns von den entscheidenden Kämpfen des Proletariats um die Macht trennt, in Anspruch nehmen wird. Betrachten wir diese Fragen genauer.

## 2. Die Aenderung in der Weltwirtschaft — Die Sowjetunion und das Proletariat kolonialer und halbkolonialer Länder

Welche Aenderungen in der Weltwirtschaft haben die Merkmale der neuen Orientierung der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern vorausbestimmt?

Sie können auf vier Hauptmomente zurückgeführt werden:

1. Der Wegfall jenes ungeheuer großen Teiles des europäischen und des asiatischen Weltteils, den das Wirtschaftsgebiet der Sowjetunion darstellt, aus dem System der kapitalistischen Weltwirtschaft.

2. Der Beginn der Industrialisierung der Ostländer und der Kolonien und im Zusammenhang damit das erste Hervortreten des kolonialen und des halbkolonialen Proletariats auf dem Schauplatz des Klassenkampfes.

3. Die erstarkende Herrschaft des amerikanischen Imperialismus und die damit in Zusammenhang stehende „Rechtsentwicklung“ der amerikanischen Arbeiterbewegung.

4. Die Anzeichen des ökonomischen Abstiegs Europas und das Erstarken der radikalen Tendenzen in der europäischen Arbeiterklasse. Die Rolle der Sowjetunion in der Eroberung der Massen.

Das Bestehen Sowjetrußlands mit seinem vom Kapitalismus zum Sozialismus übergehenden Wirtschaftssystem ist ein Moment von gewaltig revolutionierender Bedeutung für die Arbeiterklasse des Westens. Und diese Bedeutung beschränkt sich jetzt nicht auf die Unterstützung Sowjetrußlands nur durch den fortgeschrittensten Teil der europäischen Arbeiterklasse, das heißt der Schichten, die unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei

stehen. Dieser Teil des Proletariats hat unsere Revolution in der Periode unseres verzweifelten bewaffneten Kampfes, des Kampfes um die Oktobererrungenschaften, gegen die Intervention, gegen die Verschwörungen, den weißen Terror, für die Selbstverteidigung des jungen, noch nicht gefestigten Regimes der Arbeiter- und Bauernrepublik, — mit Enthusiasmus begrüßt.

Die Arbeiter, die in den Jahren 1918/20 unseren noch schwachen kommunistischen Parteien folgten, haben uns in den Tagen der schwersten Zerrüttung, des Mangels an Brot und Heizmaterial, in den Tagen des auf diesem Boden gewachsenen „Kriegskommunismus“, soweit es in ihren Kräften stand, unterstützt.

### Die Intervention und die Sozialdemokratie

Dieser verhältnismäßig geringe Teil des Proletariats war gezwungen, gegen die wütende Kampagne der internationalen Sozialdemokratie anzukämpfen, die unsern unvermeidlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch prophezeite, der nach ihrer Ansicht die internationale Arbeiterbewegung für lange Jahre kompromittieren und der Arbeiterklasse den Glauben an die Verwirklichung des Sozialismus nehmen mußte. Die Schwierigkeiten, auf die die erste Arbeiter- und Bauernregierung gestoßen ist, sind von den sozialdemokratischen Führern ausgenutzt worden, um der Arbeiterklasse vor der Revolution Angst einzujagen, um uns zu isolieren und zur sicheren Niederlage zu verurteilen.

Acht Jahre des Bestehens der Sowjetunion, die siegreiche Beendigung des Bürgerkrieges, der Widerstand, den die Arbeiter und Bauern unserer Union dem internationalen Imperialismus entgegensetzten, unsere wirtschaftlichen Errungenschaften, unser rascher Aufstieg aus Hunger, Elend und Kälte — das alles hat im Bewußtsein der Arbeiterkreise, die zur Zeit des „Kriegskommunismus“ im Westen die Gefolgschaft der Sozialdemokratie bildeten, eine Revolution verursacht. Als der vollständige Bankrott der militärischen Intervention klar zu Tage getreten war, da erklärten die schlauesten und anpassungsfähigsten sozialdemokratischen Führer, wie beispielsweise Otto Bauer, unsere Revolution zu einer bürgerlich-demokratischen, in der angeblich die kapitalistischen Prinzipien gesiegt hatten und in der der politische Einfluß der Bauernschaft, der einzigen sozialen Gruppe, für die nach ihrer Darstellung die Revolution von Vorteil war, erstarkt sei.

### Die Neue ökonomische Politik und die Sozialdemokratie

Diese Neuorientierung der Sozialdemokratie, die an die Stelle der alten, auf die Verleumdung der Oktoberrevolution berechneten, getreten ist, fiel zusammen mit dem Beginn unserer neuen Wirtschaftspolitik. Schon damals wurden von der Sozialdemokratie die Worte „Thermidor“ u. a. in Umlauf gesetzt. Die Redensarten von der „Rückkehr zum Kapitalismus“, dem „Thermidor“ der russischen Revolution, sollten in dieser zweiten Etappe des Kampfes gegen uns, um den Enthusiasmus der europäischen Arbeiter für die Sowjetunion zum Erkalten zu bringen, die gleiche ideologische Rolle spielen, die in der Periode des Kriegskommunismus die Geschichten vom Roten Terror gespielt haben.

## Die Anerkennung der Sowjetunion durch das Proletariat und die Sozialdemokratie

Diese Methode wird von den sozialdemokratischen Führern in letzter Zeit im Zusammenhang mit der gewaltig anwachsenden Welle der Sympathie für die Sowjetunion bei den europäischen Arbeitern besonders häufig angewandt. Angesichts der verschiedenen Arbeiterdelegationen, die in der Sowjetunion gewesen sind und über ihren Aufenthalt Bericht erstattet haben, ist es jetzt schwer, das Proletariat Westeuropas mit dem Gespenst des russischen Hungers und der russischen Kälte einzuschüchtern. Also muß den Arbeitern eingeredet werden, daß die soziale Ordnung der Sowjetunion sich nur durch wenig von dem westeuropäischen, auf Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung aufgebauten kapitalistischen System unterscheidet. Wer diese neue Einstellung der Sozialdemokratie zur Sowjetunion nicht versteht, wer ihre jetzigen Behauptungen ernst nimmt, denen zufolge der 14. Parteitag einen neuen Schritt auf dem Wege zum Kapitalismus gemacht habe, — der ist einfach das naive Objekt des sozialdemokratischen Betrugs.

Es wäre wirklich ein Unglück für unsere westeuropäischen Parteien, wenn sie dieses neue Manöver der sozialdemokratischen Betrüger nicht begriffen. Die weitsichtigsten und geschicktesten unter diesen Sozialdemokraten folgen bereits der neuen Orientierung der sozialdemokratischen Massen (siehe die letzte Rede Otto Bauers über die USSR.) Andere, wie zum Beispiel der deutsche Burzew Kautsky, stammeln außerhalb von Zeit und Raum irgend etwas Apokalyptisch-Phantastisches über die Niederwerfung der Bolschewiki mit bewaffneter Hand, die Dritten schließlich suchen emsig, woran sie sich wohl klammern könnten, um dem Ansturm der Arbeiter Widerstand leisten zu können. Das Neue, das die Aenderung im Verhältnis der Arbeiterklasse des Westens zur Sowjetunion bestimmt, ist die Tatsache, daß die Sowjetunion sich jetzt, trotz der Opposition der sozialdemokratischen Führer, nicht mehr nur auf die Schicht der kommunistischen und mit dem Kommunismus sympathisierenden Arbeiter stützt, sondern auf die breitesten Massen der Arbeiterklasse. Ueber die Sowjetunion vollzieht sich der Prozeß der Orientierung dieser Massen zugunsten der Komintern. Die Einflusssphäre der Komintern, die sich bisher auf den mehr oder weniger stabilisierten Kreis der kommunistischen Sektionen stützte, wird jetzt erweitert durch das Hinzukommen neuer Arbeiterschichten, die vor kurzem noch außerhalb der Zone unserer Einwirkung standen, sich aber jetzt zu uns hingezogen fühlen. Aus diesem Grunde sind alle ultralinken Versuche, die Sowjetunion der Komintern entgegenzustellen, die Beschlüsse des 14. Parteitages als den Sieg des Staatsprinzips über die Komintern zu charakterisieren, genau so, wie es hier und dort auch die weißgardistische Auslandspresse tut, ebenso unklug, wie beispielsweise die Gegenüberstellung der offenen und der illegalen Kampfformen der Arbeiterklasse.

Die Sowjetunion ist aber nicht eine der „legalen Möglichkeiten“, die die Arbeiterklasse der Bourgeoisie als Zugeständnis entreißen kann; sie ist eine Position, die in den blutigen Schlachten des Bürgerkrieges erobert worden ist.

Sie ist der Vorposten der gesamten internationalen Arbeiterbewegung, mit dem keine einzige Errungenschaft in der Geschichte des proletarischen Kampfes verglichen werden kann. Wenn man jetzt nicht versteht, daß die Sowjetunion die neue nachrevolutionäre Form des Kampfes um die Befreiung der gesamten internationalen Arbeiterklasse ist, so bedeutet das, daß man die Erscheinungen mit dem Maßstabe der Zweiten Internationale mißt. Und eben weil der sozialdemokratische und der einfach ehrliche parteilose Arbeiter die Bedeutung dieses neuen Klassenkampforgans, das sich in der Form des Arbeiter- und Bauernstaates, der Sowjetunion, herauskristallisiert hat, klar herausfühlt, wendet sich sein Klasseninstinkt ihr zu. Es kommt ihm zum Bewußtsein, daß seine Klasse einen Irrtum begehen würde, wollte sie dieses Organ im allgemeinen Befreiungskampfe des Proletariats ignorieren. Er versteht, daß das Verschwinden der Sowjetunion von der Karte Europas die gesamte Arbeiterbewegung zu einer Zeit fürchterlichster Reaktion verurteilen müßte; daß der neue Typus der Beziehungen, wie sie in der Wirtschaft der Sowjetunion geschaffen worden sind, mit seinem Klassenkampf fest verwachsen ist; daß es keine wirkliche Gewerkschaftsinternationale geben kann, solange die Gewerkschaften der Sowjetunion durch die Amsterdamer Mauer von ihr getrennt sind. Darum tritt er für die Annäherung an diese Gewerkschaften ein, darum entsendet er seine Delegationen nicht nach Schweden, wo eine sozialdemokratische Regierung an der Macht steht, und nicht nach Belgien zum Minister Vandervelde, sondern in das Land der Sowjets. Den Abgrund zwischen den sozialdemokratischen Führern und der Hauptmasse der Arbeiter vertiefen, sie noch mehr zu uns heranziehen, und in diesem Erziehungsprozeß viel Geduld und Taktgefühl an den Tag legen, ohne irgendeine Nervosität zu zeigen, das müssen wir zum Gegenstand unserer Tagesarbeit für die Eroberung der Massen machen.

#### Die Rolle des Proletariats in den kolonialen und halbkolonialen Ländern

Aber nicht nur diese proletarischen Reserven des Westens suchen instinktiv den Weg zum Kommunismus. Die Industrialisierung der ökonomisch zurückgebliebenen Länder, die bisher für den internationalen Kapitalismus nicht nur die Absatzmärkte, sondern auch die Quellen der Rohstoffvorräte waren, (koloniale und halbkoloniale Länder) übt einen entscheidenden Einfluß auch auf die internationale Arbeiterbewegung aus. Wenn man bedenkt, daß die Zahl des Weltproletariats, die in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter mit eingeschlossen, 250 bis 275 Millionen (100 Millionen in Europa, 40 bis 50 Millionen in Amerika) beträgt, so kommen auf Asien und Afrika ungefähr einige Dutzend Millionen. Gewiß, die überwiegende Mehrheit dieses Proletariats sind — Landarbeiter, Dorfarme. Trotzdem ist in den letzten Jahren in den kolonialen und den halbkolonialen Ländern ein Industrieproletariat im Entstehen begriffen. In den wichtigsten kolonialen und halbkolonialen Ländern ist die zahlenmäßige Stärke des Proletariats folgende: In China 1.9 Millionen, in Japan 4 Millionen Industriearbeiter, in Indien haben wir ungefähr 2½ Millionen Industriearbeiter in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitern. In Holländisch-Indien 3 Millionen zusammen mit den Landarbeitern, in Süd-Afrika 0,6 Millionen, in der Türkei 1.7 Millionen (an Landarbeitern ungefähr 1.2 Millionen).



Wenn man sich darüber klar werden will, welche noch ungehobene, noch nicht entdeckte revolutionäre Kraft diese Schicht des „asiatischen“ oder „afrikanischen“ Proletariats darstellt, muß man die Lage dieses Proletariats im Gesamtprozeß der kapitalistischen Ausbeutung berücksichtigen. Dieses Proletariat erduldet ein dreifaches Joch: 1. die nationale Unterdrückung durch die imperialistischen Ausländer, Goldsucher, kapitalistischen Abenteurer, die nach Gelegenheit suchen, sich im Lande der billigen Arbeitskraft zu bereichern. 2. ist es der allgemeinen kapitalistischen Ausbeutung unterworfen, und schließlich ist es 3. in der Familie seiner Klasse der Paria unter den Armen. Und der Arbeitslohn dieses Proletariats ist so hoch wie die Ausgaben für die Ernährung eines Lasttieres, das man ernährt, damit es die Lasten tragen kann. Es genügt, einige Ziffern über den Unterschied zwischen dem Arbeitslohn des europäischen und der eingeborenen Arbeiter anzuführen, um das Wesen des Problems der Arbeiteraristokratie und ihres Verhältnisses zu den untersten Schichten des Proletariats zu begreifen. So z. B. ist der Arbeitslohn des europäischen Arbeiters und des einheimischen Arbeiters in Süd-Afrika folgender:

	Stundenlohn	
	des europ. Arbeiters	des einheim. Arbeiters
Auf den Goldfeldern .....	22 shill.	2,1 pence
Auf den Brillantfeldern .....	18 „	1,6 „
In den Kohlengruben .....	20 „	1,4 „

Dieselbe Ungleichheit in der Bezahlung der Arbeit ist auch in anderen kolonialen und halbkolonialen Ländern festzustellen. Der berühmte chinesische Kuli, nach dem als professionellen Lohndrücker alle Arbeitsmärkte jagen, auf den die reformistischen Gewerkschaften mit Hochmut herabsehen und den sie als Angehörigen einer „kulturlosen“ Rasse in ihre Organisationen nicht aufnehmen, ist der klassische Typus des halbverkommenen Proletariats, der auf der niedersten Stufe der sozialen Leiter steht. Im Laufe von Jahrzehnten ist das Klassengefühl dieser halbhungrigen, halbabgerissenen Schichten tief unter der Oberfläche verborgen geblieben. Erst in den letzten Jahren nehmen wir ernste Veränderungen wahr. Der bekannte Aufstand der südafrikanischen Arbeiter vor einigen Jahren zeigte, zu welchen Verzweiflungsakten das eingeborene Proletariat in den Kolonien fähig ist. Der darauf folgende Streik der indischen Textilarbeiter in Bombay lieferte der Welt ein Beispiel für die gewaltige Standhaftigkeit der jungen indischen Arbeiterklasse. Alle diese Ereignisse aber verblassen vor dem Schwung jener Bewegung, die in China die Form des Massenstreiks von Schanghai annahm. Wir laufen nicht Gefahr, zu übertreiben, wenn wir sagen, daß die Ereignisse in Schanghai einen neuen Abschnitt der menschlichen Geschichte eröffnen. Wir können jetzt noch nicht voraussehen, welche gewaltige revolutionäre Bedeutung das Auftreten der Arbeiter von Schanghai für die nationale Freiheitsbewegung des Ostens und der Kolonien haben wird. Die Bedeutung des Streiks von Schanghai wird für diese Völker nicht geringer sein als seinerzeit der Einfluß der russischen Revolution der Jahre 1905—1906. Durch ihren Kampf, der mehrere Monate dauerte, erinnerten die chinesischen Arbeiter die Komintern daran, daß wir in jenen kolonialen und halbkolonialen Ländern, wo ein zahlenmäßig bedeutendes Proletariat vorhanden ist, wo der nationale Kampf für die Befreiung vom Joch der

Imperialisten mit besonderer Schärfe entbrennt, unter bestimmten Bedingungen die Frage der Hegemonie des Proletariats in der national-revolutionären Bewegung stellen müssen. Zugleich damit wird es mehr denn je zu einer gebieterischen Notwendigkeit für die Komintern, ein organisches „Bündnis“ mit diesen neuen Schichten des nichteuropäischen Proletariats herzustellen. Diese Schichten werden frisches Blut in die alte europäische Arbeiterbewegung hineinbringen, die revolutionären Elemente der europäischen Arbeiterbewegung unterstützen und ein kräftiges Gegengift gegen den Einfluß der amerikanischen Arbeiteraristokratie auf dem Kontinent bilden.

### 3. *Zwei Prozesse innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung*

Diese Aristokratie ist eine überaus ernste Gefahr für die sich radikalisierende europäische Arbeiterbewegung. In ihrem Kampfe gegen die europäischen „Revolutionsphantasien“ wird sie sich auf die ökonomische Macht der amerikanischen Bourgeoisie stützen. Ihre Rolle wird parallel mit der Stärkung des amerikanischen Imperialismus anwachsen (zumindest wird man in dieser Richtung Versuche unternehmen). Und der Kampf gegen diesen Imperialismus durch das sich in wirtschaftlicher Hinsicht zur Wehr setzende Europa wird seinen Ausdruck im Kampfe der Strömungen in der internationalen Arbeiterbewegung finden. Nicht zufällig wird in der europäischen kapitalistischen Presse seit Locarno immer öfter und öfter die Frage der Vereinigten Staaten Europas gestellt. Welche Formen der Selbstverteidigung gegen die amerikanische Gewerkschaftsbürokratie, die jetzt besonders stark durch ihre deutschen und französischen Kollegen unterstützt wird, die Linksbewegung in den europäischen Gewerkschaften annehmen wird — wird die Zukunft zeigen. Auf jeden Fall aber bleibt die Tatsache unbestreitbar, daß in der internationalen Arbeiterbewegung jetzt zwei Prozesse vor sich gehen, deren Ursachen in der Aenderung des Kräfteverhältnisses zwischen Amerika und England und dem übrigen Europa begründet sind. Wir wollen hier keine langen Tabellen über die Rolle der Vereinigten Staaten in der Weltwirtschaft bringen. Es genügt zu sagen, daß jetzt in Amerika fast drei Viertel aller Goldvorräte der Welt konzentriert sind, daß der Außenhandel Amerikas sich um 30 Prozent erhöht hat, während in den wichtigsten europäischen Ländern nach dem Kriege eine Verringerung des Außenhandels im Vergleich mit der Vorkriegszeit (in England um 5 Prozent, in Deutschland um 47 Prozent) zu verzeichnen ist; daß Amerika gegenwärtig ungefähr 1½ Milliarden Dollar jährlich an Kapital ausführt; daß Amerika in dieser Beziehung England, das vor dem Kriege in bezug auf den Export von Kapital den ersten Platz einnahm, gänzlich aus dem Felde geschlagen hat. Es genügt auf die Rolle hinzuweisen, die jetzt Amerika in den englischen Dominions (Kanada, Australien usw.) spielt, um die Bedeutung des Schlages zu verstehen, den die Vereinigten Staaten dem britischen Imperium versetzt haben. Diesem Prozesse entsprechend geht auch eine Verschiebung der Rolle der Arbeiteraristokratie vor sich. Vor dem Kriege zersetzte die englische Bourgeoisie die englischen Arbeiter dadurch, daß sie diese in eine privilegierte Lage gegenüber den Arbeitermassen des übrigen europäischen Kontinents brachte. Jetzt werden die Möglichkeiten für eine Bestechung der Oberschicht der Arbeiterklasse ständig kärglicher. Amerika erlangt auf

Kosten der wirtschaftlichen Versklavung der werktätigen Massen Europas die Möglichkeit, eine Arbeiteraristokratie zu schaffen, die an der Erhaltung der wirtschaftlichen Diktatur der Vereinigten Staaten interessiert ist. Vergleicht man z. B. den Arbeitslohn eines amerikanischen Arbeiters mit dem eines europäischen Arbeiters, so bekommt man eine interessante Skala. Der Arbeitslohn des amerikanischen Arbeiters ist doppelt so hoch wie der des englischen; der englische Arbeiter verdient trotzdem doppelt so viel wie der deutsche, während der deutsche Arbeiter 30 Prozent mehr verdient als der österreichische.\* Betrachten wir die Bezahlung der Arbeit nicht nach einzelnen Ländern, sondern nach einzelnen Arbeiterkategorien, so finden wir auch hier dieselbe Ungleichheit. Vor allen Dingen tritt diese Ungleichheit in der Bezahlung der qualifizierten und nichtqualifizierten Arbeit grell in Erscheinung. Dieser Unterschied hatte nach dem Kriege, nach den revolutionären Erschütterungen in Mitteleuropa, insbesondere während der Inflationsperiode, die Tendenz, sich zu verringern. Das Neue, das wir jetzt, im Jahre 1926, auf dem internationalen Arbeitsmarkt beobachten, besteht in einer — Vertiefung dieses Unterschiedes, d. h. in einer Verstärkung der Tendenz zur Herausbildung einer neuen Arbeiteraristokratie. Noch mehr vertieft wird dieser Prozeß durch das Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit (in England haben wir 1½ Millionen Arbeitslose, in Deutschland 2 Millionen, in Polen ungefähr 400 000 usw.). Auf diese Weise haben wir neben der Teilung in Arbeiteraristokratie und Hauptmasse des Proletariats auf der Linie Amerika—Europa in jedem einzelnen Lande, darunter auch in den Vereinigten Staaten, noch „nationale“ Prozesse der Differenzierung des Proletariats. In diesem Prozeß muß man den Schlüssel zur Erklärung der Lebensfähigkeit der internationalen Sozialdemokratie suchen. Die Sozialdemokratie überträgt die Methoden der Ausnutzung der sozialen Ungleichheit, auf denen eine jede kapitalistische Gesellschaft sich aufbaut, auf die Arbeiterklasse. Man kann deshalb voraussehen, daß es der Bourgeoisie bis zum Sturze des Kapitalismus gelingen wird, wenn auch nur sehr kleine Cliques bestochener Führer und einzelner Gruppen dieser Arbeiteraristokratie auf ihrer Seite zu behalten. Diese Gruppen endgültig aus dem Sattel zu werfen, dazu wird nur die revolutionäre Katastrophe imstande sein. Zu beachten ist, daß diese Schichten in Europa bei weitem nicht denselben Einfluß haben wie in den Vereinigten Staaten. Auf dem Hintergrund der Wirtschaftskrise in Europa, die England, Deutschland, Polen und in finanzieller Hinsicht auch Frankreich erfaßt hat, beginnt der Boden unter den Füßen dieser Oberschicht zu schwanken. Hier haben wir alle objektiven Voraussetzungen für eine Linksschwenkung der Arbeiterbewegung. Anders steht es um Amerika. Die Politik der „Amerikanischen Föderation der Arbeit“ ist nur eine Kurve der Reflexe der imperialistischen Pläne der amerikanischen Bourgeoisie. Diese Politik folgt Schritt um Schritt den Schwankungen des imperialistischen Pendels, kopiert sklavisch alle Aufgaben der amerikanischen herrschenden Klassen. Wenn diese Klassen sich den „Pan-Amerikanismus“ zur Aufgabe machen, so überträgt die „Amerikanische Föderation der Arbeit“ die imperialistische Losung in die Formel der

\* Eine ähnliche Ungleichheit der Höhe des Arbeitslohnes war auch vor dem Kriege zu beobachten. Jetzt haben diese „Scheren“ die Tendenz zu einem weiteren Auseinandergehen.

„Schaffung einer Pan-Amerikanischen Föderation der Arbeit“. Wenn weiter die amerikanische Bourgeoisie mit Hilfe des Dawes-Plans versucht, Mitteleuropa zu versklaven, so erweist die „Amerikanische Föderation der Arbeit“ ihr bei der Durchführung dieses Planes jede nur mögliche Unterstützung. Die amerikanische Bourgeoisie sucht neue Absatzmärkte für ihre Industrie und — wiederum eilen ihr die reaktionären Führer der amerikanischen Gewerkschaften zu Hilfe. Der amerikanische Imperialismus versucht sich vor dem großen strahlenden Licht der Oktoberrevolution zu verbergen, und niemand hilft ihm dabei so gründlich, wie diese Gewerkschaftsführer. Wir haben es also hier mit einem kraß hervortretenden Imperialismus der Arbeiteraristokratie zu tun, der nur ein Splitter des Imperialismus der kapitalistischen Kreise ist. Hier in Amerika findet nach dem Kriege die Theorie der „Verteidigung des imperialistischen Vaterlandes“ ihre konsequenteste Anwendung.

Diesem Imperialismus in der „äußeren“ Politik der „Amerikanischen Föderation der Arbeit“ entspricht eine „innere“ Politik, die auf eine Umwandlung der Gewerkschaften in einen Ableger der nationalen kapitalistischen Wirtschaft abzielt. Die amerikanischen Gewerkschaften schaffen ein ganzes Netz von Arbeiterbanken, Versicherungsgesellschaften, kaufen Aktien einzelner Betriebe auf, erwerben Häuser, Bergwerke usw. Hier entsteht der berühmte „Gewerkschaftskapitalismus“, nach dem die europäischen Kollegen des Herren Green nur verschmitzt hinschielen. Der Gewerkschaftskapitalismus verknüpft die Arbeiteraristokratie mit der kapitalistischen Gesellschaft, interessiert sie an der Existenz dieser Gesellschaftsordnung, entwickelt bei ihr Anschauungen, die jeder proletarischen Ideologie fremd sind. Der Idee der Revolution stellen die amerikanischen Gewerkschaftsführer die Idee des organischen Hineinwachsens in die Wirtschaftsdemokratie entgegen. Ähnlich wie unsere Gewerkschaften, die eine Kampagne für die Steigerung der Produktivität in einem Lande führen, wo das Proletariat die Fabriken, Banken und Eisenbahnen in der Hand hält, stellen die amerikanischen Gewerkschaften die Frage der Erhöhung des Arbeitslohnes in Zusammenhang mit der Erhöhung der Produktivität der Arbeit — in der kapitalistischen Fabrik.\*

Vor diesem Typus der Gewerkschaftsbewegung machen jetzt alle europäischen Reformisten ihre Reverenz. Und wenn die gespannte europäische Atmosphäre ihnen nicht jeden Tag die anderen Stimmungen der Arbeiterklasse in Erinnerung brächte, wenn das verarmte Europa für eine solche Politik eine andere materielle Basis abgäbe, als die jetzige es ist, so würden sie heute die europäische Arbeiterbewegung auf den amerikanischen Weg schleppen. Deshalb bleibt den sozialdemokratischen Führern und den Führern der reformistischen Gewerkschaften zunächst nur die Wahl einer platonischen „Orientierung“ auf die „Amerikanische Föderation der Arbeit“. Besonders scharf tritt diese Orientierung bei den deutschen und französischen Reformisten (Graßmann, Jouhaux) hervor, die ebenfalls in ihrer „äußeren“

\* Diese privilegierte Lage der Arbeiteraristokratie bedeutet absolut nicht, daß in Amerika der Kampf breiter Massen des Proletariats gegen die kapitalistische Ausbeutung unmöglich ist. In Amerika selbst tritt die Ungleichheit in der materiellen Sicherstellung der verschiedenen Schichten des Proletariats ebenfalls sehr scharf in Erscheinung und kann zur Schaffung eines linken Flügels innerhalb der Arbeiterschaft ausgenutzt werden.

Politik nur ihre nationale Bourgeoisie kopieren und die Rettung vor den Krisen und dem finanziellen Ruin bei den amerikanischen businessmen suchen. Während die europäischen Arbeitermassen und die englischen Gewerkschaften sich auf die Sowjetunion orientieren und eine Annäherung an das Proletariat des Landes suchen, das seine Bourgeoisie zu Grabe getragen hat, orientieren sich die reformistischen Führer und Cliques der europäischen Arbeiteraristokratie auf Amerika und versuchen aus den amerikanischen Gewerkschaften einen Schild gegen den linken Flügel in Amsterdam zu machen. Auf diese Weise bilden sich in der internationalen Arbeiterbewegung zwei Zentren, um die sich in den nächsten Monaten, vielleicht aber auch Jahren, die Sammlung der Kräfte innerhalb der Arbeiterklasse vollziehen wird. Zwischen den russischen revolutionären Proletariern und den amerikanischen Gewerkschaftsbürokraten wird ein Kampf auf Tod und Leben um die Seele des europäischen Proletariats, das jetzt noch zu Amsterdam gehört, vor sich gehen. Je rascher die ökonomische Abhängigkeit von Amerika sich verstärken wird, desto zynischer und frecher wird die amerikanische Gewerkschaftsbürokratie gegen die europäische Arbeiterbewegung vorstoßen und auch hier nach dem Beispiele ihrer eigenen Bourgeoisie auf die Tradition der Monroe-Doktrin verzichten. Und umgekehrt, je tiefer die Fäulnis den europäischen Kapitalismus durchfressen wird, desto schneller wird der Prozeß der Revolutionierung der europäischen Arbeiterklasse und der Organisierung ihres Widerstandes gegen die amerikanischen Methoden der Lösung der sozialen Frage vor sich gehen.

#### 4. *Der linke Flügel und die Einheitsfront*

Was stellt der linke Flügel der europäischen Arbeiterbewegung dar? Als charakteristischer Zug der linken Bewegung muß die Tatsache festgestellt werden, daß diese Bewegung nicht in den politischen Parteien, sondern in den Gewerkschaften im Entstehen begriffen ist. Diese Tatsache zeugt von dem proletarischen und Massencharakter der Bewegung. Die Gewerkschaften zeigen wie ein Barometer nur die Aenderungen der Stimmungen der Arbeiterklasse an, die in ihren Tiefen vor sich gehen. Lehrreich ist in dieser Hinsicht nicht nur das Beispiel der englischen Gewerkschaften, sondern auch der unlängst stattgefundene Parteitag der polnischen Sozialdemokratischen Partei. Hier ist die Verschärfung der Wirtschaftskrise so weit gegangen, daß sogar ein Teil der Gewerkschaftsbürokratie auf dem Parteitag als linke Opposition gegen die bloßen Politikaster innerhalb der Partei auftrat . . . . Durch diesen gewerkschaftlichen Charakter unterscheidet sich der jetzige internationale linke Flügel der Arbeiterbewegung wesentlich von der Zweieinhalb-Internationale. Charakteristisch ist, daß innerhalb der neuen Opposition die Zweieinhalb-Internationale gar keine Rolle spielt. Die ganze neue Bewegung ist an ihr vorbeigegangen und hat sich gegen ihren Willen entwickelt. Sie ist bisher auch an der „Linksschwenkung“ der sozialdemokratischen Parteien vorbeigegangen. Das bedeutet natürlich nicht, daß in dem Maße, wie die Linksschwenkung der Gewerkschaften sich vertiefen wird, sich ihr nicht auch einzelne Führer und ganze politische Gruppen der II. Internationale anschließen werden. Diesen Frontwechsel beobachten wir

bereits in der französischen Sozialistischen Partei bei der Gruppe Compère-Morel, in England in der Form des Auftretens des Sekretärs der Unabhängigen Arbeiterpartei, Brockway, in Oesterreich in den Aeußerungen unseres alten Bekannten Otto Bauer über die Sowjetunion, in Deutschland in der Form des Kampfes der sächsischen Linken gegen den Parteivorstand usw. Es wäre lächerlich, anzunehmen, daß die Verschiebung, die innerhalb der Gewerkschaften eingesetzt hat, nicht zersetzend auf die II. Internationale wirkt, daß diese Erscheinung keine Kämpfe der gegensätzlichen Tendenzen hervorrufen werde. Es würde z. B. genügen, die Berichte des Internationalen Kongresses der II. Internationale, der im letzten Sommer in Marseille stattfand, zu verfolgen, um zu sehen, was für eine gemischte Gesellschaft diese — mit Verlaub zu sagen — Internationale Gemeinschaft ehemaliger, jetziger und künftiger Minister des Kapitalismus darstellt. Auf diesem Kongreß war kein einziger Tagesordnungspunkt vorhanden, bei dem nicht irgendeine „linke“ Opposition, die unbeirrbar die Linie der spezifischen Interessen der kapitalistischen Regierung ihres eigenen Landes verfolgte, zu verzeichnen war und die im Namen der werktätigen Massen ihres Landes als verehrte Führer auftraten. So z. B. nahmen in der Frage des Dawes-Planes die Engländer, die auf dem Weltmarkt die Konkurrenz der deutschen Industrie fürchten, die radikalste Stellung ein; in der Frage der Kolonien und der Ostpolitik sprach Otto Bauer „fast revolutionäre“ Gedanken gegen die Franzosen (Syrien und Marokko) und gegen die Engländer (Aegypten und Indien) aus; sein Radikalismus ging auf fremde Kosten; es ist ja doch allgemein bekannt, daß Oesterreich keine Kolonien hat und keine Flotte nach China schicken kann. Die größte Wut über den „Roten Imperialismus“ endlich offenbarten die polnischen Sozialisten und die Sozialdemokraten der baltischen Länder, die infolge ihrer Lage von dem revolutionären Bazillus unmittelbar bedroht sind, und zwar unter der Opposition der Sozialisten der von der USSR entfernteren Staaten. Alle diese „oppositionellen“ Strömungen beweisen nur, daß die II. Internationale ein richtiger Spiegel jener Widersprüche ist, die die imperialistische Welt entzweien; daß man diese Opposition nur insoweit beobachten muß, als die Arbeiterklasse verpflichtet ist, die Widersprüche der imperialistischen Welt auszunutzen zur Erleichterung der Bedingungen ihres Klassenkampfes um die Befreiung vom Joch des Kapitals.

Aber charakteristisch für die jetzige Opposition ist nicht nur die Tatsache, daß sie aus den Tiefen der Gewerkschaften herauswächst, auch die Losungen selbst sind es, unter denen sie sich herausbildet. Wir denken an die Losung der Gewerkschaftseinheit. Objektiv bedeutet die Losung der Gewerkschaftseinheit 1. die Rückkehr der Bewegung zu den Prinzipien des Klassenkampfes, 2. den Bruch mit der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie. Und dies beginnen die bedeutendsten Vertreter der englischen Gewerkschaftsbewegung zu verstehen. So würdigte z. B. Lansbury, einer der linken Unabhängigen, die Bedeutung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung in seinem „Arbeiter-Wochenblatt“ folgendermaßen:

„Kurz und bündig gesagt,“ — schrieb er im Juni 1925 aus Anlaß des geplanten Abkommens zwischen den Verbänden der Eisenbahner, Transportarbeiter, Metallarbeiter und Bergarbeiter — „eine wirkliche Einheit ist gleichbedeutend mit einer Revolution. Wir deklamieren keine melodramatischen Sätze und phantasieren nicht von Straßen, in denen Blut fließt; aber wir sind der Ansicht, daß die Einheit den Sturz der Macht der jetzigen Leiter der Industrie bedeutet und zu einer Konfiskation

führt. Das aber ist — die Revolution. Gerade deshalb werden viele Freunde der Einheit in der Theorie zu ihren Feinden, sobald der Versuch gemacht wird, diese Einheit in der Wirklichkeit durchzusetzen.“\*

Deshalb ist es auch kein Zufall, daß die Losung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die vom Englisch-Russischen Komitee ausgegeben wurde, systematisch die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie ins Wanken brachte und jenen elementaren Massenprotest der Arbeiterklasse gegen die Idee der Koalitionspolitik hervorruft, der jetzt durch ganz Europa (Frankreich, Deutschland, Polen) geht. Die Frage der Koalitionspolitik wird in den letzten Wochen bei den sozialistischen Parteien zu einer Grenzscheide, die sie in verschiedene Strömungen teilt. Der Arbeitsgemeinschaft eines Teils der Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie, die von den sozialdemokratischen Führern eifrig verfochten wird, stellen die Arbeitermassen die Arbeitsgemeinschaft aller Proletarier auf dem Boden des Klassenkampfes entgegen. Gerade in dieser Situation wird die Taktik der Einheitsfront für die Kommunistischen Parteien zu einer mächtigen Waffe. Darüber sind sich auch die sozialdemokratischen Führer klar. So gab z. B. einer dieser Führer in einer Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Metallarbeiterverbandes dieser Beunruhigung Ausdruck, indem er erklärte, daß niemals die Sozialdemokratische Partei vor einer größeren Gefahr in Deutschland gestanden habe als jetzt, wo die Kommunistische Partei durch die Einheitsfronttaktik die Existenz der Sozialdemokratie selbst bedrohe . . . Das erklärt, warum die klügsten und gerissensten dieser Führer den Versuch machen, uns die Initiative des Gedankens der Einheit der Arbeiterklasse im Kampfe gegen das Kapital zu entreißen. Wir machen uns keine Illusionen über die Motive, die solche Führer der II. Internationale, wie Compère-Morel und Brockway, leiten, wenn sie mit Vorschlägen „über eine organische (nicht mehr und nicht weniger!) Verschmelzung der II. und III. Internationale“ auf den Plan treten. Das hindert uns nicht, jeden Vorschlag, außer nach seinen Beweggründen auch in sachlicher Hinsicht zu prüfen, wenn er auch nur im geringsten den Drang der Arbeiterklasse nach Einheit widerspiegelt. Da wir jedoch die ehrlichen Arbeiter, die wirklich die Einheit suchen, nicht verwirren lassen wollen, so sagen wir, daß die Redensarten von „organischer Verschmelzung der beiden Internationalen“ in Wirklichkeit nur den Versuch von Leuten wie Brockway und Compère-Morel bemänteln sollen, die Einheitsfront der Arbeiter im Prozesse des täglichen Kampfes des Proletariats um Teilforderungen zu verhindern. In der Tat, wie kann man solche Erklärungen mit der Praxis der Unabhängigen Arbeiterpartei vereinbaren, die systematisch bisher alle Versuche zur Errichtung einer Einheitsfront mit der Englischen Kommunistischen Partei auf der Grundlage bestimmter Arbeiterforderungen abgelehnt hat. Lächerlich ist es, wie das einige Kollegen von Compère-Morel tun, von „einer Nationalisierung der Banken“ im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft zu sprechen und gleichzeitig solche Forderungen der französischen Kommunistischen Partei zu sabotieren, wie die Einführung einer festen Lohnskala für das französische Proletariat während der Inflation, die Mobilisierung aller proletarischen Kräfte zum Kampfe gegen die Militärreaktion, die

---

\* Wir verweisen den Leser auf das reiche Material über diese Frage in der Broschüre des Genossen G. Smoljanski „Die Stabilisierung und die Arbeiterklasse“, die zum Erweiterten Plenum des EKKI erscheinen wird. Siehe das Januarheft 1928 dieser Zeitschrift.

sofortige Beendigung des Krieges in Marokko und Syrien, der zu einer schweren finanziellen Last für die breiten werktätigen Massen Frankreichs geworden ist. Und da Brockway faktisch nicht die Einheit will mit den mit den Kommunisten sympathisierenden Arbeitern in ihrem täglichen Kampfe um das notwendige Stück Brot, verschiebt er bewußt die Frage auf das Gebiet der Diskussion über das Recht auf „Gewaltanwendung“. Er ist bereit, für das russische Proletariat, das unter despotischen Verhältnissen lebte und das im Oktober 1917 die Gewaltanwendung der russischen Bourgeoisie gegenüber praktizierte, dieses Recht gelten zu lassen (auch eine de jure-Anerkennung der de facto geschaffenen Lage); aber er lehnt kategorisch diese Methode für England, das das klassische Land der „Bürgerfreiheiten“ sei, ab. Wir sagen gerade heraus, daß wir in der Frage der Gewaltanwendung den Standpunkt vertreten, daß die Bourgeoisie gerade in solchen hochentwickelten kapitalistischen Ländern wie England, wo sie hundertmal stärker organisiert ist, als die schwache russische Bourgeoisie am Vorabend der Oktoberrevolution es war, auch einen unvergleichlich ernsteren und erbitterteren Widerstand dem Proletariat gegenüber leisten wird, als diese ihn leisten konnte; daß die traditionellen „Bürgerfreiheiten“ sie nicht hindern werden, den ganzen machtvollen Gewaltapparat des britischen Weltimperialismus gegen die proletarische Mehrheit des Parlaments in Bewegung zu setzen, wenn eine solche Mehrheit zustande käme und daran gehen wollte, den Sozialismus auf parlamentarischem Wege zu verwirklichen; und daß aus diesem Grunde hier eine besonders konzentrierte Gewaltanwendung der werktätigen Massen notwendig sein wird, um die Macht der englischen herrschenden Klasse, die in ihren Händen den Apparat der Unterdrückung und Gewaltanwendung besser und fester hält, als das alte zaristische Rußland den seinigen . . . Trotz Mr. Brockway sind wir der Ansicht, daß die Gewaltanwendung als Methode des Klassenkampfes denselben Wert für Moskau wie für London hat; ebenso wie z. B. eine menschliche Dummheit ihren Charakter nicht nach den geographischen Längen- oder Breitengraden ändert. Wir sind bereit, den englischen Arbeitermassen zu sagen: „Wenn ihr gleich Mr. Brockway an die Gewalt nicht glaubt, so nehmen wir das zur Kenntnis. Wir wollen jetzt darüber nicht streiten. Die Entwicklung eures Klassenkampfes wird zeigen, wer Recht behalten wird: ob z. B. der sich vorbereitende Konflikt zwischen den Bergarbeitern und den Kohlenkönigen im Mai ohne Gewaltanwendung von dieser oder jener Seite auskommen wird usw. Was die kommunistischen Arbeiter aller Länder von den Sozialdemokraten und Parteilosen fordern, ist — ein gemeinsamer koordinierter Kampf gegen das nur allzu gut organisierte Kapital.

Das aber ist im wesentlichen die Frage der Einheitsfront der Arbeiter. Die gesamte internationale Situation, die gesamte Lage der internationalen Arbeiterbewegung, das ganze Tempo ihrer Entwicklung und ihres Aufschwunges, schließlich auch die Lage unserer Sektionen, zwingt uns, dieses Problem zur Hauptfrage der Arbeiten des EKKI-Plenums zu machen.

„Wer in Europa“ — sagte Lenin auf dem 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 1. Juli 1921 —, „wo fast alle Proletarier organisiert sind, es nicht versteht, daß wir die Mehrheit der Arbeiterklasse erobern müssen, der ist für die kommunistische Bewegung verloren, der wird nie etwas lernen, wenn er im Laufe von drei Jahren, im Laufe einer gewaltigen Revolution noch nichts gelernt hat . . .“



In der Sitzung vom 5. Juli dieses Kongresses kam er nochmals auf dieselbe Frage zurück und sagte:

„Je organisierter das Proletariat in einem entwickelten kapitalistischen Lande ist, desto mehr Gründlichkeit fordert von uns die Geschichte in bezug auf die Vorbereitung der Revolution, und mit um so größerer Gründlichkeit müssen wir die Mehrheit der Arbeiterklasse erobern . . . Denn die Hauptstütze des Kapitalismus in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern ist gerade der Teil der Arbeiterklasse, der in der Zweiten und in der Zweieinhalb-Internationale organisiert ist. Wenn der Kapitalismus sich nicht auf diesen Teil der Arbeiter, auf diese konterrevolutionären Elemente innerhalb der Arbeiterklasse, stützen könnte, so würde die internationale Bourgeoisie absolut nicht imstande sein, sich zu halten.“

Fünf Jahre sind seit dem 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale vergangen. Wir hätten in diesen 5 Jahren eine gewaltige Erfahrung in bezug auf die Anwendung der Taktik der Einheitsfront ansammeln und diese zum Eigentum der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung machen müssen. Man muß aber offen zugeben, daß diese Erfahrung häufig keinen positiven, sondern einen negativen Charakter hat. Häufig kann diese Erfahrung für die kommunistischen Sektionen als ein Anschauungsunterricht nicht nur dafür dienen, wie man die Taktik der Einheitsfront der Arbeiterklasse anwenden muß, sondern eher noch dafür, wie man sie nicht anwenden muß. Die Abweichungen in bezug auf die Ausnützung dieser Taktik gingen in zwei Richtungen vor sich: 1. hatten wir in der Vergangenheit Beispiele einer opportunistischen Taktik der Einheitsfront, deren krasserster Ausdruck die berühmte sächsische Erfahrung vom Oktober 1923 ist und bei der die Kommunistische Partei Deutschlands unter der Führung der Brandler-Gruppe sich von der Sozialdemokratie zur Sabotage der deutschen Revolution mißbrauchen ließ. Auf dem 5. Weltkongreß wurden diese Fehler einer scharfen Kritik unterworfen und halfen den deutschen Arbeitern, sich von vielen sozialdemokratischen Traditionen und Vorurteilen zu befreien. Die Arbeit des 5. Kongresses wird in die Geschichte eingehen, als eines der wichtigsten Kapitel der Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien des Westens. Nach dem 5. Kongreß aber machten die deutschen, polnischen und italienischen Ultralinken nicht weniger ernste Fehler. Diese Fehler bestanden darin, daß in einem Lande, wie z. B. Deutschland, wo die Abwehr gegen die offensiv vorgehende Reaktion besonders scharf die Frage der Konzentration aller proletarischen Kräfte stellte, die Taktik der Einheitsfront zwei Jahre hindurch überhaupt nicht angewendet wurde. Die Gruppe Ruth Fischer—Scholem, die im April 1925 auf dem Frankfurter Parteitag an die Führung der Partei kam, zersetzte das Parteileben durch lärmende Diskussionen, sie tat aber keinen einzigen ernsten Schritt in der Richtung der Eroberung der breiten Arbeitermassen durch die Kommunistische Partei. Und diese Erscheinung ist nicht bloß in Deutschland zu verzeichnen. Charakteristisch für die Stimmung der aktiven Parteigenossen in vielen Sektionen der Komintern nach dem 5. Weltkongreß war jene Erscheinung, die man nicht anders als mit dem Ausdruck Abstentionismus (Enthaltungspolitik) bezeichnen kann.

„In Westeuropa“ — schrieb am 14. August 1921 Lenin in einem Brief an die deutschen Kommunisten, — „gibt es fast keine Menschen, die irgendwelche großen Revolutionen miterlebt haben; die Erfahrung der großen Revolutionen ist dort fast ganz vergessen worden; der Uebergang aber von dem bloßen Wunsche, revolutionär zu sein, und von den Redensarten (und Resolutionen) über die Revolution zu einer

wirklich revolutionären Arbeit ist ein sehr schwieriger, langsamer und mühseliger Uebergang.“

Seitdem diese Zeilen geschrieben wurden, haben wir in Westeuropa, und zwar in Deutschland im Oktober 1923, eine Niederlage erlitten. Diese Niederlage machte den „Uebergang von dem bloßen Wunsch, revolutionär zu sein, zu einer wirklichen revolutionären Arbeit“ noch komplizierter. Zweifels- ohne hat die Komintern seit 1921 Fortschritte im Sinne ihrer Konsolidierung innerhalb der Arbeiterklasse gemacht, aber diese Fortschritte sind noch ungenügend, sie sind proportional noch nicht sehr groß im Vergleich mit jener historischen Rolle, die die Komintern zu spielen berufen ist. Unsere Hauptkrankheit, das Nichtverstehen der Ausnutzung der Einheitsfront- taktik, zersetzt nach wie vor unsere Sektionen. Wir haben es nicht immer verstanden, die Sozialdemokratie durch unsere Vorschläge über die Einheits- front an die Wand zu drücken, wir haben es nicht immer verstanden, ihre zynische Ablehnung gemeinsamer Aktionen für eine breite Aufklärungs- kampagne über den Verrat der Führer auszunützen, und diese durch ein einfaches, nicht überzeugendes Geschimpfe an die Adresse der sozialdemo- kratischen Arbeiter ersetzt. Bereits in dem Briefe des EKKI an die Kommu- nistische Partei Deutschlands wurde die Notwendigkeit einer Aenderung des gesamten Tones unserer Agitation gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern hervorgehoben. Diese Aufgabe muß im internationalen Maßstabe durchgeführt werden. Die abstentionistischen Stimmungen zu überwinden, an Hand konkreter Erfahrungen Hunderttausende aktiver Kom- munisten aller Länder von der Möglichkeit zu überzeugen, daß die Kom- munistischen Parteien sogar in einer Epoche der Teilstabilisierung (wo der europäische Kapitalismus sich zersetzt) zu Massenparteien der Arbeiterklasse werden können: das ist jetzt die notwendigste, dringendste Aufgabe. Was ist z. B. allein die englische Erfahrung wert!? Eine kleine, 7000 Mitglieder zählende Partei, die gegen eine Million Arbeiter in den Gewerk- schaften führt und die einen Widerhall im Lande hat wie keine einzige von den alten Parteien der englischen Arbeiterbewegung: ist das nicht ein lehr- reicher Anschauungsunterricht für die aktiven Funktionäre der gesamten kommunistischen Bewegung? Die englischen Genossen haben gezeigt, was eine sogar zahlenmäßig schwache Partei unter objektiv günstigen Verhält- nissen tun kann, wenn sie aus den Gewerkschaften nicht davonläuft, wenn sie auf dem Wege zur Schaffung der Einheitsfront den Glauben an ihre eigene Kraft nicht verliert und nicht im voraus über mögliche Fehler jammert; wenn sie es versteht, mit festem Willen in die Massen einzudringen. Nicht weniger lehrreich ist die Erfahrung, die in der allerletzten Zeit mit der Kampagne der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Frage der Fürstenenteignung gemacht worden ist. Diese Kampagne machte es unserer Partei in Deutsch- land möglich, 1. an die Spitze einer breiten populären Massenbewegung in Deutschland zu kommen, 2. die Sozialdemokratie wie an einem Fangstrick hinter sich herzuschleppen und die Initiative in den eigenen Händen zu be- halten, 3. die Sympathie der Gewerkschaften, der parteilosen Arbeiter und breiter Bevölkerungsschichten, die durch die Inflationsperiode ruiniert wurden, für die Kampagne zu gewinnen, 4. augenfällig zu beweisen, daß unsere Partei die einzige ist, die ernsthaft gegen die monarchistische Gefahr den Kampf führt.

Wenn wir diese neue Erfahrung ausnutzen und in aller Entschiedenheit gegen die abstentionistischen Stimmungen den Kampf führen, — dürfen wir da unter den gegebenen Verhältnissen die rechten Abweichungen übersehen? Auf keinen Fall! Gerade weil der Kampf, der sich um Amsterdam abspielt, eine überaus komplizierte Aufgabe ist, eine Aufgabe, die wir noch nie in solcher Form seit dem Oktober 1917 und der deutschen Revolution 1918 vor uns gehabt haben, so daß wir in der nächsten Periode mit einem Einfluß unsererseits bei den Arbeitermassen, der in die Hunderttausende, ja in die Millionen gehen wird, werden rechnen müssen, gerade deshalb kann auch der Wunsch, sich den Massen anzunähern, die Tendenz zur Anpassung an die rückständigen Arbeiterelemente, die sich um Amsterdam gruppieren, zur Folge haben. Man darf nicht außer acht lassen, daß die Politik der Annäherung der kommunistischen Arbeiter an die sozialdemokratischen Arbeiter, die eine notwendige, ja die einzig denkbare Politik für die Eroberung der Massen unter den jetzigen Verhältnissen ist, gleichzeitig in sich die Gefahr des Eindringens sozialdemokratischer Ideen in unsere Mitte birgt. Aber aus dieser Gefahr machen die Ultralinken eine Karikatur und drohen unsere ganze Kampagne zu sprengen. Sie leben in den Ideen der vorangegangenen Periode, stellen ein konservatives Element dar und begreifen weder die neue Situation noch die neuen Aufgaben. Die Komintern wird weder mit den Rechten noch mit den Ultralinken zusammengehen.

„Kaltes Blut, Ausdauer bewahren“, — schrieb Lenin vor 5 Jahren in seinem Brief an die Kommunistische Partei Deutschlands — „systematisch die Fehler der Vergangenheit ausmerzen; unbeirrbar die Mehrheit der Arbeitermassen in den Gewerkschaften und außerhalb derselben erobern; geduldig eine starke und kluge Kommunistische Partei aufbauen, die imstande ist, wirklich die Massen in allen Situationen zu führen; eine Strategie ausarbeiten, die der internationalen Strategie der „gewitzigten“ (durch die jahrhundertlange Erfahrung im allgemeinen und die „russische Erfahrung“ im besonderen) fortgeschrittenen Bourgeoisie gleichwertig ist: das ist die Aufgabe, die das deutsche Proletariat zu leisten hat und leisten wird. Und das ist es, was ihm den Sieg sichern wird.“

Dieses Vermächtnis gilt für das gesamte internationale Proletariat bis auf den heutigen Tag.

O. PIATNITZKI:  
ZUR ZWEITEN ORG-BERATUNG  
DER KI-SEKTIONEN

Die erste Org-Beratung, März 1925, hatte sich große Aufgaben gestellt. Sie nahm die Berichte der Org-Abteilung des EKKI und der Vertreter des Zentralkomitees der bedeutendsten KI-Sektionen sowie die Berichte bedeutender Ortsorganisationen der wichtigsten Länder über die Lage der Org-Arbeit in den zentralen und in den Ortsorganisationen entgegen. Ferner wurden von ihr Richtlinien über den organisatorischen Aufbau der KI-Sektionen, von der Zelle an bis zum ZK, beraten und angenommen. Weiter befaßte sich die Org-Beratung mit der Entfaltung einer breiten Aufklärungskampagne über die Organisationsfrage innerhalb der einzelnen Sektionen, unter besonderer Berücksichtigung der Zellenarbeit. Endlich nahm die Org-Beratung auch ein Musterstatut für die KI-Sektionen an.

Viele der von der ersten Org-Beratung gefaßten Beschlüsse wurden im Laufe der nunmehr verflossenen 10 Monate von den Sektionen auch durchgeführt. Die Kongresse der deutschen, norwegischen und österreichischen Kommunistischen Partei haben auf Grund obigen Musterstatuts eigene Parteistatuten ausgearbeitet und angenommen. Zahlreiche Sektionen haben mittlerweile die von der Org-Beratung ausgearbeiteten Richtlinien über die Struktur und Organisation des ZK, der Bezirks- und Stadteilleitungen usw., ebenso auch die Bestimmungen über die Organisation kommunistischer Fraktionen und ihre Leitungen in außerparteilichen proletarischen Massenorganisationen, in erster Linie in Gewerkschaften, ins Leben umgesetzt.

Auf der ersten Org-Beratung sind bedeutende Meinungsverschiedenheitenzutage getreten, und zwar: 1. In der Frage der Straßenzellen für die nicht in Betrieben beschäftigten Parteimitglieder (die französischen Genossen und die Vertreter der KJI waren gegen die Organisation von Straßenzellen); 2. über die Rolle der Funktionäre in der Partei, die in Deutschland und in der Tschechoslowakei in Wirklichkeit die Stadtteil- und Bezirksparteikonferenzen ersetzen. Doch die Praxis hat gezeigt, daß die Beschlüsse der ersten Org-Beratung in diesen Fragen richtig waren. Die französischen Genossen haben sich aus eigener Erfahrung von der Unmöglichkeit überzeugt, ohne Straßenzellen auszukommen, und mußten daher dazu übergehen, solche zu gründen. Das gleiche taten auch die Jugendverbände, wenngleich sie den Straßenzellen den Namen Straßengruppen beilegten; das Leben verlangte gebieterisch nach Straßenzellen. Was das Institut der Funktionäre anbetrifft, so ging die KP Deutschlands, wo dieses Institut eine ganz hervorragende Rolle gespielt hat, daran, es zu liquidieren und statt der Funktionärversammlungen in den Stadtteil- und Bezirksorganisationen Parteikonferenzen einzuberufen, deren Delegierte von den Parteizellen gewählt werden. Nach der Auflösung des Funktionärinstituts begannen die Parteimitglieder, dank der Zellenarbeit, sich aktiver und intensiver als bisher mit Parteifragen zu beschäftigen und

ihre Meinung offen zu äußern, was u. a. zur raschen Aenderung der Taktik und zur Ueberwindung der Krise in der Leitung der KPD in der zweiten Hälfte 1925 beigetragen hat.

Die zweite Org-Beratung stellt sich keine so großen Aufgaben wie die erste, sondern wird ihre Aufmerksamkeit auf die Durcharbeitung einer kleinen Zahl von Fragen konzentrieren. Im Einverständnis mit dem Org-Büro des EKKI stellt die Org-Abteilung nur drei Fragen auf die Tagesordnung der Org-Beratung: 1. Organisation und Arbeit der Zellen, 2. Organisation und Arbeit der Stadtteilleitungen, 3. Organisation und Arbeit der kommunistischen Fraktionen, insbesondere der gewerkschaftlichen. Diese Fragen werden diesmal nicht ideologisch, wie es auf der ersten Org-Beratung der Fall gewesen ist, sondern rein praktisch durchgearbeitet und behandelt werden.

Wir stellen uns die Arbeit der zweiten Org-Beratung folgendermaßen vor: Zu allen drei Punkten der Tagesordnung werden Vertreter von Zellen und Stadtteilleitungen der großen KI-Sektionen berichten; über die Struktur und Tätigkeit der kommunistischen Fraktionen in proletarischen und Bauernmassenorganisationen werden Vertreter von Bezirksleitungen sowie Leiter der Gewerkschafts- und Org-Abteilungen des ZK der bedeutendsten Sektionen der KI zu Worte kommen. Die hierzu ausersehenen Sektionen haben im voraus zu bestimmen, welche Zellen, Stadtteilleitungen und Fraktionen zur Berichterstattung auf der Org-Beratung hinzugezogen werden; die Org-Abteilung des EKKI hat mittels ihrer Instruktoren die Tätigkeit der für die Beteiligung und Berichterstattung auf der Org-Beratung in Aussicht genommenen Zellen, Stadtteilleitungen und Fraktionen an Ort und Stelle untersucht und eingehend kennen gelernt. Wir hoffen dadurch, der Org-Beratung ein zutreffendes Bild von der Tätigkeit obiger Organisationen in ihrer wahren Gestalt geben zu können (auf der ersten Org-Beratung haben Vertreter mancher Sektionen die Erfolge der Reorganisation stark übertrieben). Dies wird seinerseits die Möglichkeit geben, sowohl die guten als auch die schlechten Seiten der in objektive Beleuchtung gerückten Tätigkeit der Zellen, Stadtteilleitungen und Fraktionen sowie auch die von ihnen gefaßten Beschlüsse, die Art und Weise ihrer Durchführung, die Arbeitsmethoden usw. aufzuzeigen.

Obwohl die Betriebszellen bereits in Industriestädten und Bezirken vieler Länder bestehen, obwohl sie ferner ihre Vorzüge bei der Ausführung der von der Partei gestellten Aufgaben im Vergleich zu den alten Organisationsformen (Zehnergruppen und Wohnortsorganisationen usw.) bereits praktisch bewiesen haben, — ist die Arbeit der Zellen noch an vielen Orten eine nur schwache. Die Ursache dieser Erscheinung liegt in bedeutendem Maße auch in der mangelhaften Arbeit der Stadtteilleitungen, die den Zellen in noch ungenügender Weise Anweisungen, Aufträge, Materialien, Referenten, Ratschläge über die Anwendung neuer Arbeitsmethoden usw. zukommen lassen. Daher wird sich die Org-Beratung, auf Grund des nachgeprüften Materials, mit dem Studium der praktischen Arbeit der Zellen und Stadtteilleitungen beschäftigen. Sie wird die in dieser Frage gewonnenen Erfahrungen zusammenfassen, auf deren Grundlage die gegenwärtig gültigen Beschlüsse über die Tätigkeit der Zellen und Stadtteilleitungen nachprüfen, die sich als notwendig erweisenden Aenderungen vornehmen usw. Was die Organisation und Tätigkeit von Fraktionen anbetrifft, so ist auf diesem Gebiet bisher noch

wenig geleistet. Doch selbst das wenige, was bisher getan ist, beweist, daß dort, wo die Zellen gut arbeiten, auch in bezug auf die Zusammenfassung unserer Parteimitglieder in den Gewerkschaftsorganisationen sowie in der Richtung der Besetzung von gewerkschaftlichen Posten durch Kommunisten (gewerkschaftliche Vertrauensmänner in Betrieben, sowie in den Ortsverwaltungen einzelner Gewerkschaften) ein gutes Stück Arbeit geleistet worden ist.

Die bestehenden Betriebszellen haben nicht nur gezeigt, daß diese Form der Parteiorganisation eine bessere Fühlungnahme zwischen Partei und Massen herbeiführt als die alte Wohnorganisation, sondern sie haben auch bewiesen, daß infolge der Zellenarbeit die Aktivität der Parteimitglieder gestiegen ist. In manchen 50—60 Mitglieder starken Betriebszellen in Deutschland sind 60 Prozent der Mitgliedschaft zur Parteiarbeit herangezogen, während in den alten Wohnorganisationen nur einzelne Parteimitglieder (Funktionäre) tätig waren. Von Anbeginn haben sich die Zellen eifrig an den Parteidiskussionen über taktische Fragen in den verschiedenen Sektionen der KI (Tschechoslowakei, Deutschland, Italien, Frankreich, Oesterreich usw.) beteiligt. Es ist charakteristisch, daß die Beteiligung der Zellen an der Diskussion stets zur raschesten Ueberwindung der Krise beigetragen hat. Sie haben sich in der Mehrzahl der Fälle für die richtige Taktik ausgesprochen, für die Taktik, die vom EKKI empfohlen und unterstützt wurde. Zahlreiche Betriebszellen der Industriebezirke Deutschlands haben den Offenen Brief des EKKI (September 1925) eingehend diskutiert und bestimmte Beschlüsse über die darin enthaltenen Fragen gefaßt. Bis dahin aber wurden solche Fragen in Deutschland und in der Tschechoslowakei nur von den Funktionären erörtert, nur die Funktionäre hatten darüber zu beschließen. Der Unterschied zwischen den damaligen und jetzigen Beschlüssen springt in die Augen. Die Zellen haben auch den Stadtteil- und Bezirks- und Reichsparteikonferenzen, deren Zusammensetzung sich im Vergleich zur „Vor-Zellen-Zeit“ auffallend geändert hat, ihren Stempel aufgedrückt. Einige statistische Angaben zu diesem Punkt: An der Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg, Ende November 1925, beteiligten sich 134 Delegierte, gewählt auf den allgemeinen Zellengruppenmitgliederversammlungen der Stadt Berlin, 25 Delegierte aus den Straßenzellen Berlins und 50 Delegierte aus der übrigen Provinz (leider fehlen Angaben darüber, wo und wie diese Delegierten gewählt wurden — in den alten Wohnorganisationen oder in Betriebs- und Straßenzellen). In Berlin haben sich, laut Statut, nur Mitglieder von Betriebs- und Straßenzellen an den Wahlen beteiligt, was notwendigerweise in den Beschlüssen der obigen Konferenz zum Ausdruck gekommen ist. Die Organisation Berlin-Brandenburg, die mit Hilfe der Funktionäre der früheren Wohnorganisation ein Stützpunkt der ultralinken Fraktion und der Gruppe Ruth Fischer-Maslow (die übrigens auch heute noch ihre „doppelte Buchführung“ weiterbetreibt) in ihrem Kampf gegen das EKKI gewesen ist, ist nunmehr, nach der Bildung von Zellen und nach ihrer Beteiligung an der Diskussion, zu einer Organisation geworden, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit sich als Anhänger des EKKI und der neuen Leitung der KPD bekannt haben. Das Berliner Beispiel hat gezeigt, daß die aktive Arbeit der Betriebszellen zur Verdrängung und Liquidierung des Blocks der Ultralinken und der Anhänger Ruth Fischers, die noch in Berlin hie und da Erfolg haben, beiträgt.

Ein deutlicheres Bild geben die Zahlen über die Zusammensetzung der

Reichskonferenz der KPD Ende Oktober 1925. Anwesend waren 62 Delegierte aus Großbetrieben (d. h. die in Großbetrieben beschäftigt sind), 42 Delegierte aus Mittelbetrieben, 61 Delegierte aus Kleinbetrieben, 27 Parteifunktionäre, 2 Gewerkschaftsfunktionäre und 3 Hausfrauen. Doch nicht nur auf die Heranziehung eines bedeutenden Teils der Mitgliedschaft zur Parteiarbeit, nicht nur auf die Beeinflussung der Beschlüsse der Parteikonferenz und auf die engere Fühlung zwischen Parteiorganen und Parteimitgliedschaft beschränken sich die dank der Tätigkeit der Betriebszellen in Industriebezirken erzielten Erfolge der KI-Sektionen. Aus einer ganzen Reihe von Städten der Tschechoslowakei, Englands, Italiens und Deutschlands sind Mitteilungen zugegangen, die ein Beweis dafür sind, daß die Zellen erfolgreich neue Mitglieder für die Gewerkschaften werben, sich während der Konflikte mit den Unternehmern an die Spitze der Bewegung stellen, und die Gewerkschaften zwingen, energisch für die Interessen der Arbeiter einzutreten. Eine solche Tätigkeit der Zellen hat es der Partei ermöglicht, mit Hilfe der Betriebszellen ihren Einfluß auch auf solche Arbeiterschichten auszudehnen, die den Christlichen und Nationalisten sowie der Sozialdemokratie Gefolgschaft leisten (Textilstreik in der Tschechoslowakei u. a. m.).

Infolge des Terrors, der gegenwärtig in Italien herrscht, haben die Maximalisten (Partei von Nenni und Vella) und die Reformisten (Turati-Partei) fast jegliche Verbindung mit ihren Mitgliedern und mit den Arbeitermassen der italienischen Industriestädte verloren. Nur die italienische Kommunistische Partei, die in den Industriebezirken ihre Organisation auf Betriebszellengrundlage aufgebaut hat, ist mit ihren Mitgliedern und den Arbeitermassen aufs engste verbunden. Dies kommt u. a. auch in dem Einfluß, den unsere Partei auf die italienische Gewerkschaftsbewegung ausübt, zum Ausdruck. Bis zur Auflösung der Gewerkschaftsorganisationen war der Einfluß unserer Partei in der Gewerkschaftsbewegung sehr groß, was aus folgenden Zahlen ersichtlich ist:

Auf dem Textilarbeiterkongreß waren unter den Delegierten:

Reformisten . . . . .	45,8	Prozent
Maximalisten . . . . .	23,2	„
Kommunisten . . . . .	31,0	„

Auf dem vorhergehenden Kongreß war das Kräfteverhältnis folgendes:

Reformisten . . . . .	70	Prozent
Maximalisten . . . . .	19	„
Kommunisten . . . . .	11	„

Die Stimmenverteilung beim letzten Referendum der Metallarbeiter in Mailand war folgende:

Reformisten . . . . .	36	Prozent
Maximalisten . . . . .	34	„
Kommunisten . . . . .	30	„

Einige Monate später war die Stimmenverteilung bei den Neuwahlen der Ortsverwaltung der Metallarbeitergewerkschaft in Mailand folgende:

Reformisten . . . . .	25	Prozent
Maximalisten . . . . .	36	„
Kommunisten . . . . .	39	„

Nicht nur in Italien, sondern auch in England, in der Tschechoslowakei und in Deutschland beginnt dank der Organisierung der Betriebszellen die

Parteittigkeit auf sämtlichen Gebieten aufzuleben. Unsere Bruderparteien beginnen in die Tiefe der Arbeitermassen einzudringen.

Hier nur einige Auszüge aus der Menge des der Org-Abteilung des EKKI zur Verfügung stehenden Materials:

1. Die kleine Zelle der Nine-Elm-Eisenbahn (London) steht an der Spitze der ganzen Belegschaft (ca. 2000 Arbeiter). Durch einen halbtägigen geschlossenen Streik der Belegschaft hat sie das Recht der Verbreitung des „Workers Weekly“ (Zentralorgan der KP Englands) an der Arbeitsstätte erzwungen. Mit Hilfe ihrer Zellenzeitung „Spark“ („Der Funke“), die nebenbei gesagt auch weit über London hinaus in Eisenbahnerkreisen verbreitet ist, hat die Zelle eine erfolgreiche Kampagne zwecks Anschluß sämtlicher unorganisierten Arbeiter des ganzen großen Bahnhofs an die Gewerkschaften durchgeführt. In allen Fragen, die mit den Arbeiter-Interessen im Zusammenhang stehen, hat die Zelle stets die ganze Belegschaft hinter sich.

Der Genosse Saklatvala, der einzige Kommunist im englischen Parlament, ist von dem Londoner Bezirk Battersea gewählt, wo sich der Bahnhof der Nine-Elm-Bahn befindet.

Unter dem Druck der Bürokraten aus dem Reichsverband der Eisenbahner (Thomas) haben sich die Gewerkschaftsorganisationen von Battersea gegen die Kandidatur von Genossen Saklatvala ausgesprochen. Die Zelle der Nine-Elm-Bahn, die eine Kampagne für den Anschluß der unorganisierten Arbeiter an den Eisenbahnverband durchgeführt hatte, gab eine Sondernummer ihrer Zellenzeitung „Spark“ heraus, deren spezieller Zweck die Bekämpfung der Gewerkschaftsbrokraten und Unterstützung der Kandidatur Saklatvalas durch die Gewerkschaften war. Die Ortssektion des Eisenbahnverbandes wurde dadurch gezwungen, ihren Standpunkt zu ändern und für die Kandidatur Saklatvalas einzutreten.

2. Auf einer Bezirksparteikonferenz in der Tschechoslowakei teilte ein Genosse aus einer Tabakfabrik-Zelle mit, daß die Zelle mit ihren 34 Mitgliedern auf die 1600 Mann starke Belegschaft einen großen Einfluß ausübt. Die Arbeiter unterstützen alle Kampagnen der Partei und gewähren ihr auch materielle Unterstützung. Der Genosse schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten: „In den Betrieben sind alle notwendigen Vorbedingungen für die Verwirklichung der proletarischen Einheit vorhanden.“

3. Eine Zelle von 54 Mitgliedern in einem kleinen deutschen Bergbau-Bezirk teilt in ihrem Tätigkeitsbericht mit, daß die Zelle ihre Sitzungen wöchentlich abhält und dort Gewerkschafts-, Partei- und politische Fragen erörtert. Die Versammlungen werden von 34—39 Genossen besucht. An der Zellenarbeit beteiligen sich 60 Prozent der Mitglieder. In jeder Sitzung des Gemeinderats erscheinen 500—600 Arbeiter unter der Führung der Zelle und üben dadurch einen Druck auf dessen Beschlüsse aus. Die Zechenverwaltung fahndet eifrig nach den Zellenmitgliedern unter der Belegschaft, doch je eifriger sie sucht, um so mehr steigt das Ansehen der Zelle.

Aus der Einsicht in das Material und die Tatsachen über die Tätigkeit der Betriebszellen im Laufe der letzten 8—9 Monate ergibt sich mit aller Deutlichkeit die Schlußfolgerung, daß die Parteiorganisationen, die die Betriebszellen zur Grundlage ihrer Tätigkeit gemacht haben, unbestreitbare Erfolge aufweisen.



In vielen Ländern sind die Betriebszellen nicht nur ein Mittel, um einen engeren Zusammenhang zwischen den Ortsgruppen der Partei mit der Belegschaft der Betriebe herzustellen, sondern sie gewinnen auch die besten Elemente derselben für die Partei, und zwar nicht durch spezielle Werbekampagnen, sondern durch ihre alltägliche Tätigkeit.

Im Betrieb haben die Zellen eine gemeinsame Sprache mit den Arbeitern anderer Parteien gefunden, darunter auch mit den sozialdemokratischen Arbeitern. In letzter Zeit sind in Deutschland (Kampagne für die Fürstenenteignung, Taktik der KPD bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen usw.), in der Tschechoslowakei (bei Konflikten mit Unternehmern) und in anderen Ländern gemeinsame Aktionen in den Betrieben zu einer häufigen Erscheinung geworden.

Die Leserzahl unserer Presse und unserer Literatur unter der Industriearbeiterschaft ist gestiegen.

Nicht umsonst schlagen die deutschen und schwedischen Sozialdemokraten sowie die Faschisten Alarm über die Tätigkeit unserer Betriebszellen.

So lesen wir im Rundschreiben einer Bezirksleitung der deutschen SP:

„Für eine erfolgreichere Anwerbung von Parteimitgliedern, von Zeitungsabonnenten ist es notwendig:

1. Reine sozialdemokratische Fraktionen in allen bedeutenderen Betrieben und in den Gewerkschaften zu gründen. Selbst in den Gegenden, wo die KPD keine Fraktionen hat oder diese eine nur schwache Tätigkeit entfalten, sind in Betrieben und Gewerkschaften sozialdemokratische Fraktionen zu bilden.

2. In allen Betrieben und Gewerkschaften ist neben dem Institut der Gewerkschaftsvertrauensmänner auch ein Netz von sozialdemokratischen Vertrauensmännern aufzubauen.“

Das Zentralorgan der schwedischen Sozialdemokratie, „Sozialdemokraten“ schreibt vom 9. Dezember 1925:

„... Diese schrecklichen neuen bolschewistischen Methoden (Betriebszellen, Betriebs- und Zellenzeitungen, Fraktionen in Massenorganisationen) müssen schonungslos entlarvt werden . . . Die richtigste Lösung besteht darin, die Gründung der Zellen zu verhindern und ihren Einfluß zu paralysieren, zu welchem Zwecke hauptsächlich die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften zur Wachsamkeit zu veranlassen sind. Kein Pardon denen gegenüber, die nach dieser Richtung hin arbeiten und die moralische und organisatorische Kraft der Arbeiterbewegung zerstören.

Nieder mit den Zellen! . . . Der Einfluß der Betriebszellen kommt in der Hauptsache im Betrieb selbst zur Geltung und besteht in einer besonderen individuellen Bearbeitung der Betriebskollegen. Die Betriebszelle ist ein ausführendes Organ des zentralen Komitees und der örtlichen Parteileitung. Diese stellen den Zellen bestimmte Aufgaben, die sie laut mündlichen und schriftlichen Instruktionen auszuführen haben. In erster Linie befaßt sich die Zelle mit der bolschewistischen Propaganda unter sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern.“

Trotz aller durch die Praxis bewiesenen Vorzüge und Erfolge der Zellenarbeit in Ländern mit alten sozialdemokratischen Traditionen sind viele Funktionäre unserer Sektionen gegen die Reorganisation der Partei auf Betriebszellengrundlage aufgetreten. Ebenso haben sie sich dort, wo die Zellen bereits funktionierten, gegen die Auflösung der parallel bestehenden alten Organisationsformen (Zehner- und anderer Gruppen nach dem Wohnortprinzip) ausgesprochen, mit der Begründung, daß die Zellen unfähig sind, Wahlkampagnen zu Vertretungskörperschaften (Parlament, Gemeinderat usw.) zu führen. Obwohl solche Wahlen in der letzten Zeit ziemlich oft stattgefunden haben, hat leider die Org-Abteilung des EKKI bislang noch kein

erschöpfendes Material über die Beteiligung der Betriebszellen an diesen Wahlen erhalten, trotzdem sie rechtzeitig um die Einsendung desselben ersucht hat. Aber selbst die vereinzelt, der Org-Abteilung des EKKI vorliegenden Mitteilungen aus der Tschechoslowakei und Deutschland zeigen, daß die Betriebszellen sehr wohl Wahlkampagnen führen können.

Wenn neben den Betriebszellen für Parteimitglieder, die nicht in Betriebszellen organisiert werden können, auch Straßenzellen organisiert werden, wenn auch die Stadtteil- und Zellengruppenleitungen richtig zu funktionieren beginnen und gute Vorarbeit zu Wahlkampagnen leisten werden, so wird die gemeinsame Wahlarbeit von Betriebs- und Straßenzellen die der alten Wohnorganisationen in bezug auf die Durchführung von Wahlkampagnen voll ersetzen können.

Die jüngste Wahlkampagne in der Tschechoslowakei wurde in der Hauptsache von den alten Wohnorganisationen geführt. Die Betriebszellen haben sich zwar daran beteiligt, doch nicht in dem wünschenswerten und für sie möglichen Maße. Aus Erzählungen tschechischer Genossen geht hervor, daß zahlreiche Arbeiter, die in Dörfern wohnten, in denen keine kommunistische Organisation bestand, aber in deren Nähe Betriebe mit kommunistischen Betriebszellen liegen, bei den Parlamentswahlen für unsere Kandidaten gestimmt haben. Die Betriebszellen haben in manchen Gegenden große Arbeitermassen für unsere Wahlversammlungen mobil gemacht. Diese Tatsachen zeigen, daß die Betriebszellen sehr wohl Wahlkampagnen durchzuführen vermögen. Man kann ruhig behaupten, daß, wenn die Betriebszellen in der ganzen Tschechoslowakei sich an der Wahlarbeit aktiver beteiligt hätten, die Kommunistische Partei noch viel mehr Arbeiterstimmen aufgebracht hätte.

Unter den aktiven Parteiarbeitern einiger KI-Sektionen stoßen wir noch bisweilen auf ein nicht genügend klares Verständnis der Rolle der Betriebszellen. Doch außerdem gibt es in dieser Hinsicht noch zwei extreme Richtungen in der kommunistischen Bewegung: die ultralinke, personifiziert durch Bordiga in Italien und Scholem in Deutschland, und die rechte — durch Lorient in Frankreich sowie die gegenwärtig bereits außerhalb der KI stehenden Rechten — Bubnik in der Tschechoslowakei und Lore in Amerika. Sie sprechen sich entschieden gegen die Organisierung von Betriebszellen und von kommunistischen Fraktionen in parteilosen Massenorganisationen aus.

So schreibt z. B. Bordiga:

„Wir erinnern daran, daß dies (es handelt sich um die Zellenorganisation) gerade der Typus einer konterrevolutionären Organisation ist (Gewerkschaft, Labour Party), wo die Spaltung der Arbeiterklasse in Berufsgruppen zur Vertuschung der Klassenziele führt. Daher ist es falsch, behaupten zu wollen, daß die Organisation nach dem Territorialprinzip eine Eigentümlichkeit der Sozialdemokratischen Partei sei, die nur zu Wahlzwecken existieren soll, während das Zellsystem der Schlüssel zu einer richtigen revolutionären Taktik sei.“

Lorient spricht sich über die Zelle in folgenden Worten aus:

„Als Grundlage der Partei ist die Zelle leblos und unfruchtbar; ihre Lebensfähigkeit äußert sich nur in fieberhafter Agitation, die den aktiven Parteimitarbeiter erschöpft und ihn durch seine Ziellosigkeit enttäuscht.“

Bubnik sagt über Betriebszellen und Fraktionen:

„Wir sind mit dem System der Betriebszellen nicht einverstanden, da sie der Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen hinderlich sind und stets hinderlich sein werden! Wir sind auch nicht einverstanden mit jener Taktik, die die Gewerkschafts-

bewegung unter die Vormundschaft der Parteileitung stellt, und halten am Prinzip fest, daß die Gewerkschaften in ihren eigenen Angelegenheiten autonom sein müssen... Daher verurteilen wir auch die Fraktionsarbeit innerhalb der Gewerkschaften, da dadurch die Kampffähigkeit derselben beeinträchtigt wird."

Lore schreibt in einem seiner Artikel folgendes:

"... . Mir und meinen Freunden wurde in dieser Diskussion der Vorwurf gemacht, wir kämpften gegen die Reorganisation der Partei, da unser Ideal das sozialdemokratische Territorialsystem sei. Dieses Argument haben wir bereits längst ans Tageslicht gezogen. Wir erklären, daß wir innerhalb der Parteinstanzen uns mit ganzer Bestimmtheit gegen die Reorganisation der Partei auf Betriebszellengrundlage ausgesprochen haben (wir hatten volles Recht dazu), da wir bereits damals gewußt haben, daß diese Reorganisation die Kommunistische Partei nur schwächen kann — wovon sich einige unserer früheren Parteigenossen später auch tatsächlich überzeugt haben."

Sie alle haben Grund, mit der Organisierung der Fraktionen und Zellen unzufrieden zu sein. In Italien haben sich die Zellen gegen die Bordiga-Gruppe und ihre Plattform ausgesprochen, und seitdem das ZK der KP Italiens sich vom Einfluß des ultralinken Bordiga befreit und gemäß den Beschlüssen der KI eine richtige Taktik befolgt, ist die KP Italiens in die Tiefen des italienischen Proletariats gedrungen. Das gleiche war auch in Deutschland der Fall. In Berlin und in anderen Städten waren es die Zellen, die in bedeutendem Maße zur Befreiung der Partei von den Ultralinken Scholem, Rosenberg, und „Führern“ von der Art Ruth Fischers und Maslows beigetragen haben, und es ist zu hoffen, daß sie auch zur Befreiung von ihren Gesinnungsgenossen verhelfen werden. Seitdem die Kommunistische Partei Deutschlands eine richtige — nicht „ultra“ und nicht „linke“ — Taktik zu befolgen begonnen hat, ist neues Leben sowohl in die Partei als auch in die Betriebszellen und die gewerkschaftlichen kommunistischen Fraktionen gekommen, denn sie alle haben nunmehr Zutritt zu den Massen, was die falsche Taktik der KPD bisher unmöglich gemacht hatte. Die Betriebszellen und kommunistischen Fraktionen sind gegenwärtig entschiedene Vertreter des neuen Kurses in der KPD. Das Schicksal Bubniks ist bekannt. Die Unterstützung der Regierung oder der Banken hat ihm nicht zu einer „eigenen“ sozialistischen Partei und Zeitung verholfen. Bei den letzten Wahlen ist Bubnik und seine „Partei“ mit ganzen 7000 Stimmen glänzend durchgefallen. Nach diesem „Erfolg“ löste Bubnik seine „Partei“ auf und flüchtete sich unter das väterliche Dach der Sozialdemokratie. Es waren aber gerade die Betriebszellen der größten tschechoslowakischen Städte, die geholfen haben, den Renegaten Bubnik und seine Freunde loszuwerden. Wie wir sehen, haben die Ultralinken und Ultrarechten Grund genug, mit den Zellen und Fraktionen unzufrieden zu sein.

Was Lore (Amerika) anbetrifft, so war es nur in Organisationen mit einer Struktur, wie die der amerikanischen „Workers' Party“ es bis vor kurzem gewesen ist (sie bestand aus 17 oder 19 Nationalföderationen) möglich, daß solche eingefressene Sozialdemokraten, wie er, Parteimitglieder sein konnten. Als nach der Reorganisation Lore aus der Partei entfernt wurde, zog er wütend gegen die Organisation von Zellen und Fraktionen los. Die bisherigen Resultate der Reorganisation in den größten Städten Amerikas zeigen, daß Lore mit seiner Annahme, die Workers' Party würde nicht imstande sein, 19 einzelne Nationalföderationen zu vereinheitlichen und zu reorganisieren, gründlich fehlgeschlagen hat.

Was den Genossen Lorient (Frankreich) anbelangt, so wird es ihm wohl kaum gelingen, jemanden, besonders Betriebszellenmitglieder, davon zu überzeugen, daß die Betriebszellen nicht die grundlegende Form der Parteiorganisationen sein müssen, sondern nur Anhängsel, die die Beschlüsse der parallel existierenden alten Wohnorganisationen ausführen. Lorient besteht entschieden auf der Aufrechterhaltung der alten Organisationsform neben der neuen und merkt nicht, daß ein solcher Standpunkt in Wirklichkeit auf den Wunsch der Liquidierung der Zellen hinausläuft, was auch durch die in mehreren Ländern gemachten Erfahrungen bewiesen wurde.

Wir haben bisher auf die Feindseligkeit hingewiesen, die von seiten mancher Führer den Zellen entgegengebracht wird. Wenden wir uns aber den schlichten Parteimitgliedern zu, so ist von Feindseligkeit nichts zu sehen — im Gegenteil: der Reorganisation wird von ihnen volle Sympathie entgegengebracht.

Zum Schluß meiner Ausführungen möchte ich darauf hinweisen, daß in bezug auf eine ernstliche Organisierung von Zellen, Fraktionen, Stadtteil- und Zellengruppen, ihrer Leitungen und engerer Leitungen nur die allerersten Schritte gemacht sind.

Auf der ersten Org-Beratung haben sämtliche Parteien die Zahl der Zellen stark übertrieben; viele Zellen existierten nur auf dem Papier, andere fristeten ein kümmerliches Dasein.

Gegenwärtig verfügt die Org-Abteilung des EKKI über Tätigkeitsberichte der Zellen, sowie über Verzeichnisse von Betrieben mit genauer Angabe der Zellenmitgliederzahlen. Auch besitzt die Org-Abteilung Material über die Tätigkeit von Stadtteil- und Zellengruppenleitungen und Fraktionen in breiten außerparteilichen Massenorganisationen.

Durch Vermittlung ihrer Instruktoren hat die Org-Abteilung des EKKI die Möglichkeit gehabt, in den wichtigsten Ländern die Tätigkeit der Zellen, der Stadtteilleitungen und Fraktionen kennen zu lernen.

Anbei einige Zahlen über die Organisation von Zellen und Fraktionen:

**Deutschland:** die letzten Angaben über die Organisierung von Betriebszellen in 25 Bezirken (ohne Berlin-Brandenburg) nennen die Zahl von 1 945 Zellen. In Berlin gab es am 31. Mai 646 Betriebszellen. In 1043 Zellen werden die Mitgliedsbeiträge in den Zellen selbst kassiert.

Aus dem Material von 14 Bezirksleitungen geht hervor, daß es in den einzelnen lokalen gewerkschaftlichen Organisationen 1226 kommunistische Fraktionen gibt. 50 Prozent derselben arbeiten aktiv.

Aus dem Material von 6 Bezirksleitungen ist zu ersehen, daß die Kommunisten dort in 84 Ortsverwaltungen die Mehrheit haben.

Eine Bezirksleitung teilt mit, daß die KPD in 25 gewerkschaftlichen Ortskartellen die Mehrheit hat.

Aus den Mitteilungen einer Bezirksleitung geht hervor, daß dort die Kommunisten 41 Fraktionen in Arbeitersport-Organisationen haben (das Material liegt noch nicht vollständig vor).

**Tschechoslowakei:** Im März 1925 funktionierten in der Tschechoslowakei 1117 Betriebszellen, im Juli desselben Jahres waren es bereits 1501.

181 Zellen befinden sich in Prag und geben regelmäßig 20 Zellenzeitungen heraus.

**Frankreich:** Oktober 1925 gab es in ganz Frankreich 2300 Zellen, davon in der Pariser Region 1200, im Nordbezirk 320, darunter 60 Dorfgzellen. Im Kreise Bordeaux gab es 180 Zellen. In der Pariser Region erscheinen 300 Betriebszellenzeitungen, in Lyon und Bordeaux je 40.

**England:** In England gibt es 177 Betriebszellen, 125 derselben funktionieren ziemlich gut.

**Amerika:** In den Großstädten Amerikas funktionieren 300 Zellen, Anfang 1925 gab es etwa 12.

**Oesterreich:** In ganz Oesterreich gibt es 129 Betriebszellen, denen 2200 Mitglieder angehören. Die Gesamtzahl der Parteimitglieder ist 5 500.

**Norwegen:** In ganz Norwegen existieren 100 Betriebszellen.

**Schweden:** In Schweden gibt es 416 Betriebs- und Dorfgzellen, sowie 100 Straßenzellen.

**Polen:** In Polen gibt es 774 Betriebszellen (die Partei ist illegal).

**Rumänien:** In Rumänien gibt es 121 Betriebszellen, 65 Dorfgzellen und 2 Eisenbahnerzellen. (Die Partei ist illegal).

**Schweiz:** In Basel bestehen 29 Betriebszellen.

Damit will ich nicht sagen, daß alles bereits in bester Ordnung ist. Durchaus nicht. Die Betriebszellen sind noch nicht genügend aktiv, sie sind noch nicht genügend politisiert, sie sind noch nicht die Grundlage der Parteiorganisation. Sie haben auch noch nicht alle Kommunisten der Betriebe, wo sie bereits funktionieren, zur Arbeit herangezogen, wie z. B. in der Tschechoslowakei. Andere Zellen schließen sich zu sehr ab, stoßen die Sympathisierenden ab und können infolgedessen die Fühlung mit der Arbeiterschaft verlieren, wie z. B. in Italien. Die in Berlin organisierten Zellengruppen legen eine Tendenz an den Tag, anstelle der Zellen in den Betrieben zu arbeiten. Dies ist falsch, denn die Zellengruppenleitungen müssen die Zellen bei der Organisierung ihrer Arbeit unterstützen, sie instruieren, in Betrieben, wo noch keine Zellen bestehen, solche gründen usw. Sie dürfen aber nicht sich die Funktionen von Betriebszellen aneignen.

In vielen Städten funktionieren die Stadtteileitungen noch schlecht, was die Arbeit der Zellengruppenleitungen und Zellen stark beeinträchtigt. Noch nicht in allen außerparteilichen Massenorganisationen sind Fraktionen organisiert; wo es solche gibt, steht ihre Arbeit noch lange nicht auf der gebührenden Höhe.

Auf der zweiten Org-Beratung werden alle diese Mängel zur Sprache kommen. Die Genossen aus den einzelnen Organisationen müssen ihre Erfahrungen dazu verwerten, um an der Behebung der vorhandenen Mängel in der Tätigkeit der Zellen, Fraktionen, Stadtteil- und Zellengruppenleitungen mitzuarbeiten. Es ist zu hoffen, daß die zweite Org-Beratung, gleich der ersten, zur Durchführung der richtigen Linie und zur größeren Klarheit und Bestimmtheit in der Organisationsarbeit der KI-Sektionen beitragen wird.

## A. WARSKI: DIE 4. KONFERENZ DER KP POLENS

Die 4. Konferenz der KP Polens fiel in eine für unsere Partei unerhört schwere Situation. Einerseits stand die Partei vor komplizierten taktischen Aufgaben, die zusammenhingen mit der katastrophalen Wirtschaftslage Polens und der noch nie dagewesenen Arbeitslosigkeit. Eine solche Krise, angesichts der die Führer der SPD den Nationaldemokraten die Hand bieten, um vereint mit ihnen das junkerlich-bürgerliche Polen vor der Revolution der verarmten und verzweifelten Volksmassen zu retten, eine solche Krise bietet die Möglichkeit zu den verschiedenartigsten und unerwartetsten Kombinationen des Klassenkampfes, die im Verlauf der weiteren Entwicklung zutage treten können — Kombinationen, die auf der Linie liegen zwischen Faschismus und Revolution, zwischen weißem Terror und einer gewissen durch die Massenbewegung erzwungenen Duldsamkeit der kommunistischen Agitation gegenüber, zwischen Passivität der Massen und plötzlichem Aufflackern des revolutionären Kampfes, zwischen offensichtlicher Ruhe und bewaffneten Aktionen von der Art des Novemberaufstandes im Jahre 1923 usw. In einer solchen Lage bedarf die Partei einer besonders erfahrenen, bolschewistischen Führung mit weitem Blick, die die Kunst der elastischen revolutionären Taktik beherrscht, die imstande ist, je nach den stattfindenden plötzlichen Veränderungen rasche strategische Umgruppierungen vorzunehmen. In einer solchen Lage bedarf die Partei mehr als je einer Führung, die Autorität und völliges Vertrauen genießt. Sie benötigte eine solche Führung besonders auf ihrer 4. Konferenz.

Aber anderseits blieb die KP Polens gerade in diesem Augenblick, wo, wenn nicht alle Anzeichen trügen, das bürgerliche Polen in eine Phase der Katastrophen eintritt, ohne jede Führung.

Die führende Rechtsgruppe hat aufgehört zu bestehen, nachdem sie die Autorität der Partei eingebüßt und auf dem 5. Kongreß der Komintern geschlagen worden war. Die führende ultralinke Gruppe machte bald nach dem 3. Parteitag (Februar 1925) Bankrott und löste sich kurz vor der 4. Konferenz auf. Die Partei blieb ohne jede führende Gruppe, aber ohne führende Gruppe gibt es auch keine Partei.

Die überwiegende Mehrheit der Konferenz ging mit der Ueberzeugung an die Arbeit, daß die Krise der Führung noch nicht beendet sei, daß sie im Gegenteil noch fort dauere. Das kam zum Ausdruck in der offen ausgesprochenen Befürchtung, die unmittelbare Folge des Bankrotts der Ultralinken könne die Rückkehr der Rechten an die Führung sein, ebenso wie der Bankrott der Rechten die ultralinke Führung zur Folge gehabt hatte. Die Genossen glaubten an die Möglichkeit einer derartigen einfachen Umstellung, als ob die Partei aus den beiden Krisen der Führung keine Lehre gezogen hätte, als ob diese Erfahrungen an ihr vorübergegangen wären, ohne tiefe Spuren hinterlassen zu haben.

Was verbarg sich hinter dieser Furcht und dem Mißtrauen der großen Mehrheit der Konferenz? Weshalb war sie überzeugt, daß die Krise der Führung noch nicht beendet sei? Warum fand die Konferenz nicht sogleich eine neue führende Gruppe, die ihr Vertrauen hatte und von Anfang an ihrer Arbeit die Richtschnur zu geben vermochte?

Diese Stimmung konnte nur eines bedeuten: die Partei verstand es nicht, in bolschewistischer Weise die Rechts- oder Linksabweichungen zu erkennen, und darum vermochte sie sie nicht zu überwinden. Wäre es anders gewesen, wären diese Abweichungen von der Partei bereits bolschewistisch durchdacht worden, so würde das zugleich bedeuten, daß sich im Laufe des Kampfes für die bolschewistische Linie gegen die Rechts- und Linksabweichungen eine bolschewistische Gruppe herausgebildet hatte, die das Vertrauen der Partei gewonnen und ihre Konferenz geleitet hätte. In Wirklichkeit war die Partei zwei Jahre lang, seit dem Augenblick des Hervortretens ihrer Rechtsabweichungen außerstande, diese in bolschewistischer Weise zu erkennen, weil auf dem dritten Kongreß und nach ihm die ultralinke Gruppe an der Spitze der Partei und an der Spitze des Kampfes gegen die Rechten gestanden hat. Das bedeutet, daß die Partei die Rechtsgruppe durch die Brille des Genossen Domski und seiner Gruppe sah, daß sie die Rechtsgruppe nicht vom bolschewistischen Gesichtspunkt, sondern vom ultralinken Gesichtspunkt beurteilte, daß sie als rechte Fehler nicht nur wirkliche Fehler betrachtete, sondern alles, was vom ultralinken Standpunkt aus als „Opportunismus“ erscheint. Die ultralinke Gruppe ging in ihrer Kritik sogar noch weiter. In ihren Augen war die ganze Taktik der Komintern überhaupt opportunistisch. Und das Ergebnis war, daß diese Gruppe unsere Partei der Komintern entgegensetzte.

Es ist nicht schwer zu erkennen, daß abgesehen von einzelnen und formellen Unterschieden, die durch die Verschiedenheit der Verhältnisse verursacht sind, diese kurze Geschichte der Krise der Führung in der KP Polens im Grunde genommen vollständig mit der Geschichte der gleichen Krise in der KP Deutschlands und in anderen nationalen Sektionen der Komintern identisch ist. Besonders augenfällig ist die Aehnlichkeit zwischen der Krise der Führung bei uns und in der deutschen Partei. Auch in dieser betrachtete man die Rechtsabweichungen nicht vom Standpunkte der Komintern aus, sondern durch die Brille von Scholem, Katz und Maslow, die mit der gleichen Geschwindigkeit, wie das in Polen der Fall war, auch in Deutschland nur ihren eigenen Bankrott vor Augen führen konnten.

Daraus folgt, daß eine bolschewistische Führung der Partei nicht wie eine himmlische Gabe in den Schoß fällt, daß jede Partei des revolutionären Proletariates sich im Schweiße ihres Angesichtes in den Schwierigkeiten des politischen Kampfes ihre bolschewistische Führung erkämpfen muß. Und nur hoffnungslos sentimentale Schwärmer, die mit den rauen Verhältnissen der revolutionären Entwicklung nicht rechnen, können darüber klagen, daß der Kampf, in dessen Verlauf die bolschewistische Führung sich herauskristallisiert und entwickelt, daß alle diese Krisen der Parteientwicklung von Krankheiten und Operationen auf dem Gebiet der „Organisationschirurgie“ begleitet sind, daß die Partei mit Hilfe der Komintern oder auf deren Initiative ihrer Führung bald den rechten, bald den linken Arm amputieren muß. Aber was jetzt auf diesem Gebiet von der Komintern getan wird, das

tat ehemals die bolschewistische Partei selbst. Sogar die bolschewistische Führung einer Partei, an deren Spitze Lenin stand, entwickelte und bildete sich nicht nur im organisatorischen Kampfe gegen die Menschewiki, der von Spaltungen begleitet war, sondern auch im Kampf gegen die Abweichungen im eigenen bolschewistischen Lager, gegen die Otsowisten und Versöhnler. Dieser ideologische politische Kampf war gleichfalls von Spaltungen, inneren Kämpfen, mechanischen Amputationen der Otsowisten usw. begleitet. Die damaligen sozialistischen Parteien — sogar jene, die dem extrem-linken Flügel der II. Internationale angehörten —, die an politische Methoden gewöhnt waren, die auf dem Boden der „normalen“ friedlichen bürgerlichen Entwicklung erwachsen waren, waren gegen Spaltungen und die organisatorische Absonderung der Bolschewiki und verurteilten sie, weil sie nicht verstehen konnten, daß in den rauen Methoden des politischen und organisatorischen Kampfes der Bolschewiki sich bereits damals die rauen Methoden des Klassenkampfes in der Revolution widerspiegelten, und daß sich in Wirklichkeit hinter ihrem Kampf für die organisatorische Absonderung der Kampf für die Diktatur des Proletariats verbarg, die nur als Diktatur einer aus einem Guß bestehenden bolschewistischen Partei siegen konnte.

Somit ist der Entstehungsprozeß einer bolschewistischen Führung ein ziemlich schmerzhafter, und unsere Konferenz fühlte das gleich zu Beginn ihrer Arbeit, als sie an der Stelle, wo sie gern ihre Führung erblickt hätte, sozusagen eine klaffende Leere bemerkte. Zwar hätten einige Genossen aus dem ehemaligen ZK diese Lücke gern — mit Worten — ausgefüllt; sie unterschieden sich von der ultralinken Gruppe dadurch, daß sie sich seinerzeit gleichfalls äußerst aktiv an den Rechtsabweichungen beteiligt hatten, während sie sich von der Rechtsgruppe dadurch unterschieden, daß sie sich ebenso äußerst aktiv an den Abweichungen der ultralinken Gruppen beteiligt hatten. Aus den genannten Gründen befanden sie sich in einer glücklicheren Lage als andere, weil sie nicht nur eine irrtümliche Linie aufzugeben brauchten, sondern gleich zwei. Aber sie verrechneten sich, wenn sie glaubten, daß es genüge, diese vielseitigen Fähigkeiten bloß formell abzuschwören, um die Rolle einer führenden Gruppe zu übernehmen und nach rechts und links Zeugnisse in Bolschewismus auszuteilen. Die Konferenz bestätigte diese Kandidatur nicht, denn nach ihren traurigen Erfahrungen fühlt und begreift die Partei viel besser, wie schwierig es ist, eine bolschewistische Führung zu schaffen. Das begreift zweifellos auch die neue, von der Konferenz auf Grund der die Parteilinie festlegenden Thesen und Resolutionen gewählte Führung, und sie legt sich sehr wohl darüber Rechenschaft ab, daß man nach den im Parteileben stattgefundenen Erschütterungen Vertrauen und Autorität in der Partei mit bloßen Worten nicht erwerben kann.

Trotz aller Fehler und Abweichungen ist aber die Partei in Wirklichkeit gewachsen und tatsächlich um einen bedeutenden Schritt in der Richtung zum Bolschewismus vorgerückt. In den Thesen über die Lage in Polen und die Aufgaben der Partei (Punkt 7 und 8) verweist die Konferenz die Partei auf ihre, im Jahre 1919 begonnene Entwicklung in der Richtung der Bolschewisierung und zeichnet ihr die weiteren Schritte vor, die in dieser Richtung getan werden müssen.



Was war unsere Partei 1919 und vorher, während der Periode der deutschen Okkupation?

Genosse Sinowjew gibt in seinem „Leninismus“ betitelten Büchlein auf diese Frage folgende Antwort (Seite 172):

„Dank diesen beiden kleinen Fehlern in der nationalen Frage und in der Bauernfrage, verminderten die polnischen Marxisten auf lange Zeit hinaus ihren Einfluß auf die polnische Bauernschaft (und auch auf die Arbeiterschaft) zugunsten der PPS (polnische rechte Sozialrevolutionäre und Nationalisten). Die soziale Schichtung ist in Polen derart, daß das Proletariat mit Hilfe der Kleinbauernschaft eine Mehrheit bilden und besonders im Augenblick der Revolution im Jahre 1917 die Diktatur des Proletariats und der Kleinbauernschaft verwirklichen konnte. Wenn das nicht geschah, so lag der Grund zum Teil darin, daß die polnischen Sozialdemokraten und auch die polnische Kommunistische Partei die leninistische Stellungnahme zur Bauernschaft und zur nationalen Frage nicht begriffen hatten.

Die polnischen Marxisten behandelten die nationale und die Agrarfrage nicht rechtzeitig in leninistischer Weise und verurteilten zum Teil dadurch das polnische Proletariat, ein weiteres Jahrzehnt lang das kapitalistische Joch zu tragen!“

Was sagen die Thesen der Konferenz darüber:

„... Im Jahre 1919 entstand im Kampf um die Agrarreform unter der Führung der PPS ein Block der Arbeiter (aus der PPS und der nationalen Arbeiterpartei) und der Bauern (sowohl aus der „Piast-Partei“ als auch aus der „Wyzwolenije“). Diese Arbeiter und Bauern wurden damals durch den Kampf um den Boden und die Verteidigung Polens zu einem Block vereint. Die KP Polens stand damals diesen Fragen fern.

Die KP Polens war von den Bauernmassen sowie von der Mehrheit der Arbeiterklasse losgelöst, sie verstand es nicht, beide zu einem revolutionären Kampfbündnis zusammenzufassen, denn sie verstand es nicht, den Weg zu den kleinbürgerlichen und den bäuerlichen Massen sowie zur Arbeiterklasse zu finden; diese Unfähigkeit gelangte darin zum Ausdruck, daß man die Frage der Unabhängigkeit Polens mit Schweigen überging und die revolutionäre Bedeutung der Landfrage für die Bauern nicht begriff; dadurch wurde das Abflauen der revolutionären Welle gefördert. Da damals nicht die KPP, sondern die gegenrevolutionäre PPS an der Spitze des Arbeiter- und Bauernblocks und des Kampfes der Bauern um Land stand, wurde die für die Revolution entscheidende Landfrage von der Partei außer acht gelassen, während die Frage der Unabhängigkeit Polens mit den Führern der PPS und Pilsudski, mit den Interessen der kapitalistischen Reaktion und des Entente-Imperialismus in Verbindung gebracht wurde.“

Wir sehen, daß die Konferenz in der Hauptsache die Charakterisierung unserer damaligen Partei durch den Genossen Sinowjew dokumentarisch bestätigt hat.

Und jetzt? Jetzt charakterisiert die Konferenz die Parteientwicklung folgendermaßen:

„In dem Maße jedoch, wie die KPD sich nach der 3. Konferenz (1922), dem 2. (1923) und dem 3. Parteitag die Losungen zu eigen machte: „Land für die Bauern“, „Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Völker bis zur Lostrennung“, „Bündnis der Arbeiter und Bauern“, „Arbeiter- und Bauern-Regierung“, begann die Lage sich von Grund auf zu ändern.

Im Jahre 1925 bildete sich auf der Grundlage des Kampfes um den Boden im Landtag aufs neue ein Arbeiter- und Bauernblock. Jetzt jedoch steht schon nicht mehr die Fraktion der PPS, sondern die kommunistische Fraktion an der Spitze des Blockes. Jetzt ist es bereits nicht mehr ein Block der Arbeiter und Bauern im allgemeinen, sondern ein Block der revolutionären Arbeiter und der revolutionären polnischen Bauern mit den unterdrückten Bauern der nationalen Minderheiten in den sogen. Ostmarken; ein Block, neben dem die „Wyzwolenije“ wie betrunken bald nach rechts, bald nach links schwankt; nicht ein Block mit der PPS und dem „Piast“, sondern ein gegen die PPS und den „Piast“, die gemeinsam mit den Nationaldemokraten (Kapitalisten) vorgegangen sind, gerichteter Block, ein Block der revolutionären Arbeiter und Bauern gegen die Kapitalisten

(Nationaldemokraten und reiche Bauern („Piast“). In diesem Kampf unterstützt die PPS die Kapitalisten und reichen Bauern gegen den revolutionären Arbeiter- und Bauernblock, ebenso wie die Sozialrevolutionäre Kolttschak gegen die revolutionäre Regierung der Arbeiter und Bauern Rußlands unterstützt haben.“

Eine leninistische Stellungnahme zur Bauernschaft, zur Nationalfrage, zu den unterdrückten Völkerschaften, eine leninistische Stellungnahme zu den kleinbürgerlichen Werktätigen, der Kampf für die Einheitsfront, für den Arbeiter- und Bauernblock, das sind die Errungenschaften der Partei im Verlaufe ihrer Entwicklung, errungen in ihrem Kampf für die Bolschewisierung. Die Partei kann noch oft bei der Beurteilung der Lage, bei der Stellungnahme zu dieser oder jener Bauerngruppe, zu dieser oder jener Arbeitergruppe Fehler begehen, aber die Haupthindernisse, die sie von der Bolschewisierung trennten, sind bereits überwunden. Die Partei muß in dieser Hinsicht nur noch einen einzigen Schritt tun, um eine vollkommen leninistische Linie gegenüber den polnischen kleinbürgerlichen werktätigen Massen zu haben. Dieser Schritt ist die Anerkennung der Unabhängigkeit Polens.

In den Thesen lesen wir:

Mit der richtigen Auffassung der Bedeutung der Bauernfrage, der Losung der Einheitsfront und der Arbeiter- und Bauernregierung hat die KPP einen bedeutenden Fortschritt gemacht, so daß sie jetzt an der Spitze des revolutionären Kampfblockes der Arbeiter und Bauern marschiert. Aber dieser Block ist noch kein endgültiger, er ist noch unvollständig, es fehlen darin noch die großen Arbeiter- und Bauernmassen, zu seiner Gefolgschaft gehört nur die Minderheit der polnischen Arbeiter und Bauern. Die Partei muß noch einen Schritt weitergehen und sich klar und entschieden auf den Standpunkt der Unabhängigkeit Polens stellen. Ohne Erfüllung dieser Bedingung wird die Partei nicht die Mehrheit der werktätigen Massen erobern, wird die Einheitsfront niemals vollkommen verwirklicht werden.

Was unterscheidet in der polnischen Frage die kommunistischen Arbeiter von den zur PPS oder zur Nationalen Arbeiterpartei gehörenden Arbeitern, von den Christlichen, Demokraten und Parteilosen? Die Partei muß es verstehen, auf diese Frage eine Antwort zu geben, wenn sie eine für diese Arbeiter verständliche Sprache sprechen will. Wenn sie eine solche verständliche Sprache nicht findet, d. h. wenn sie mit ihnen keine gemeinsamen Interessen hat, dann kann von der Eroberung der Mehrheit der werktätigen Massen keine Rede sein. Der kommunistische Arbeiter ist von den übrigen Arbeitern durch seine Stellungnahme zum gegenwärtigen polnischen Staat getrennt.

Es ist nicht leicht, auf dieser Grundlage eine gemeinsame Sprache mit jenen polnischen werktätigen Massen zu finden, die dem Einfluß der kleinbürgerlichen Ideologie unterliegen. Diese Massen fassen die Unabhängigkeit Polens im Sinne der Bourgeoisie auf. Das ist in einem Lande begreiflich, das bis vor kurzem noch keine nationale Freiheit besaß, besonders in einem kleinbürgerlich-bäuerlichen Lande, wie Polen, wo die Mehrheit der Arbeiter und der werktätigen Massen sich noch unter dem überwiegenden Einfluß der kleinbürgerlichen Parteien befindet. Der der PPS oder der nationalen Arbeiterpartei angehörende Arbeiter will die Unabhängigkeit, die Herrschaft und Unversehrtheit dieses polnischen Staates bewahren, der ein kapitalistischer Staat, ein Staat des weißen Terrors, ein an die Stelle des Zarismus als Kerker für die enterbten Massen getretener Staat ist; er will diesen Staat nach den Grundsätzen der Bourgeoisie verteidigen: Recht oder unrecht, es ist mein Vaterland (wie die Engländer zu sagen pflegen). Der kommunistische Arbeiter jedoch kann sich nicht auf den Standpunkt der Verteidigung des kapitalistischen Vaterlandes stellen, er kann die Frage der Unabhängigkeit des Landes nicht von der Frage der Revolution trennen. Für die KPP kann es keine Verteidigung der Unabhängigkeit Polens ohne proletarische Revolution und ohne Arbeiter- und Bauernregierung geben, so wie es andererseits keine Revolution geben kann, die nicht die nationale Unabhängigkeit des polnischen Volkes befestigen und sichern würde.

Somit kann die nationale Unabhängigkeit des polnischen Volkes nicht gesichert werden, ohne daß die von der Bourgeoisie unterworfenen und ausgebeuteten Na-

tionalitäten befreit werden, ohne daß den nationalen Minderheiten der westlichen Ukraine und dem westlichen Weißrußland volle nationale Freiheit verbürgt wird, ohne daß man ihnen das Selbstbestimmungsrecht bis zur Loslösung von Polen auf revolutionärem Wege zuerkennt, was ihren Anschluß an die Brudersowjetrepubliken bedeutet.

Alle von der KPP in diesen Fragen dem polnischen Nationalismus gemachten Zugeständnisse würden ein für Kommunisten unzulässiges freiwilliges Kompromiß mit der Bourgeoisie bedeuten.

Aber in dem Maße, wie sich die soeben beginnende Krise entwickelt, die nicht nur eine finanzielle und wirtschaftliche Krise, sondern auch eine Krise der internationalen Situation Polens und seiner Unabhängigkeit ist, — in dem Maße, wie sich die von Lenin (im Brief an die polnischen Genossen im Herbst des Jahres 1921) vorausgesagte „Demaskierung“ der nationalistischen Großmachtillusionen in der Praxis vor den Augen der Massen, vor den Augen der einfachen Arbeiter, der einfachen Bauern vollzieht, wird es immer leichter, eine für die Arbeiter der PPS und für die Bauern der „Wyzwolenije“ usw. in der Frage der Verteidigung der Unabhängigkeit Polens verständliche Sprache zu finden.“

Aber irrte Lenin nicht, wenn er im Schreiben an die polnischen Genossen behauptete, daß in Verbindung mit dem unvermeidlichen finanziellen Krach und dem Bankrott der bürgerlichen Agrarreform in Polen eine „Demaskierung“ der nationalistischen Großmachtillusionen in der Praxis und vor den Augen der Massen beginnen würde? Irrte die Konferenz nicht, wenn sie behauptete, daß es immer leichter werde, in der Frage der Unabhängigkeit Polens eine für die Arbeiter der PPS usw. verständliche Sprache zu finden, besonders jetzt, wo sich vor unseren Augen die Umwandlung Polens in eine Kolonie des Auslandes vollzieht?

Der letzte Kongreß der PPS hat sich beeilt, diese Frage zu beantworten. Auf diesem Kongreß wurden folgende Stimmen von Delegierten laut. (Wir benutzen den vorsichtig gehaltenen, zweifellos stark zurechtgestutzten offiziellen Bericht des „Rabotnik“):

Abgeordneter Dobrowolski: „Wir sind mehr Staatsmänner als diejenigen, denen der Staat immer Gewinn bringt.“

Goldsberger (Lodz): „Wir bringen dem bürgerlichen Unabhängigkeitsbegriff zu viel Opfer. Das unabhängige Polen wird immer bestehen bleiben, solange die Arbeiterklasse das Banner der PPS in Polen hochhalten wird, aber die Unabhängigkeit wird für die Arbeiterklasse zum Abschreckungsmittel, wenn sie um dieser Unabhängigkeit willen Zugeständnisse macht, die der Bourgeoisie zum Nutzen gereichen.“

Das ist die „Demaskierung“ der Großmachtillusionen unter den Augen der Massen. Wenn sogar die so feige Opposition der PPS, die ihren eigenen Schatten fürchtet, gezwungen ist, von einer „bürgerlichen Unabhängigkeit“ zu sprechen, so haben wir die Grundlage, auf der die kommunistischen Arbeiter immer leichter eine für die Arbeiter der PPS, für die werktätigen Massen Polens überhaupt verständliche Sprache finden können. Die Verteidigung der Unabhängigkeit Polens im Sinne der Bourgeoisie, der PPS und der nationalen Arbeiterpartei bringt eine immer größere Verarmung der Massen mit sich (wie die Arbeiter durch den Mund der Goldsberger und Dobrowolski sagen) und bedeutet den immer sichereren Untergang Polens. Die Revolution und die Schaffung eines Sowjetpolens werden Polen unabhängig machen. Das ist die Lehre, die die Massen aus der immer mehr um sich greifenden Krise der Industrie und aus dem Ausverkauf Polens an das ausländische Kapital ziehen.

Die scharfe Krise und die Arbeitslosigkeit waren natürlich die Hauptfragen, die die Konferenz beschäftigten. Es war bloß nötig, mit diesem Mittelpunkt der aktuellen kommunistischen Agitation die drei Hauptbestandteile der Revolution in Polen — Arbeiterfrage, Bauernfrage, Frage der unterdrückten Nationalitäten — zu verbinden. Die Konferenz führt in ihren Thesen den Nachweis, daß der Arbeiter keine Arbeit hat, weil der Bauer keinen Markt hat, daß der Bauer wiederum keinen Markt hat, weil er keinen Boden erhalten hat. Ferner: die Arbeiter haben keine Arbeit, weil die Herrschaft des Adels in den sog. Ostmarken Polen vom großen Sowjetmarkt abschneidet. Auf diese Weise steht die im gegebenen Augenblick wichtigste Frage — die Arbeitslosigkeit — im unlösbaren organischen Zusammenhang mit der revolutionären Lösung der Landfrage und mit dem revolutionären Kampf der unterdrückten Nationalitäten des westlichen Weißrußland und der westlichen Ukraine, mit der Notwendigkeit der Erweiterung und Festigung des Arbeiter- und Bauernblocks. Die unaufhörlich zunehmende Arbeitslosigkeit flößt der Bourgeoisie Furcht ein und zwingt die Führer der PPS, der Regierungskoalition mit den Nationaldemokraten beizutreten, um die Volksmassen im Zaume zu halten. Aber die Arbeitslosigkeit birgt auch für die revolutionäre Bewegung Gefahren in sich. Die Konferenz hat in ihren Thesen auf einige dieser Gefahren hingewiesen. Die Partei muß dieser Frage noch viel Aufmerksamkeit und viel organisatorische Arbeit widmen. Bereits heute kann man feststellen, daß in dem Maße, wie die Zahl der Arbeitslosen wächst und die Arbeitslosigkeit andauert, auch die Gefahr wächst, die der revolutionären Bewegung infolge der Deklassierung und Verarmung des Proletariats droht.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Wirtschaftskrise in Polen keine vorübergehende Erscheinung ist, daß die Industrie im Polen der Kapitalisten und des Adels keine Aussichten auf eine weitere Entwicklung hat und sich aus ihrem gegenwärtigen Verfallstadium nicht aufraffen kann, obgleich hier und da auch eine kurze Periode einer besseren Konjunktur möglich ist. Je länger die gegenwärtige Lage andauert, um so wirklicher zeichnen sich die im Schlußteil der Thesen „über die Lage in Polen“ angeführten Perspektiven ab:

„Gegenwärtig steht Polen vor zwei Möglichkeiten:

1. Entweder wird die Revolution aufgehalten, die Bauern erhalten keinen Boden, die Herrschaft des Adels und der Bourgeoisie dauert fort, die polnische Industrie findet weder einen genügend großen bäuerlichen Markt in Polen noch einen umfangreichen Markt in den Sowjetrepubliken. In diesem Fall werden Hunderttausende von Arbeitern und Hunderttausende von Bauern brotlos, anderthalb bis zwei Millionen Arbeiter und Bauern und ihre Familien werden durch den Arbeitsmangel in den Fabriken und Betrieben zum Hungertod verurteilt werden. Diese Gefahr würde nur in dem Falle drohen, wenn das Proletariat und die Bauernschaft weder den Willen noch die Fähigkeit zu einem siegreichen Umsturz besitzen.

2. Oder aber, die Arbeiter und Bauern stürzen den Adel und die Bourgeoisie auf revolutionärem Wege. In diesem Falle wird Polen sich in einen Mittelpunkt der industriellen Arbeit nicht nur für den eigenen bäuerlichen Markt, sondern auch für die unermeßlichen Märkte der Sowjetunion verwandeln, und die Arbeiter- und Bauernmassen Polens werden sich da in brüderlicher Einigkeit ernähren können.

Je besser und schneller die KP Polens es verstehen wird, den Arbeitermassen diese beiden Möglichkeiten klar zu machen, desto schneller und sicherer wird die Revolution des Proletariats und der Bauern in Polen siegen.“

## JULES HUMBERT-DROZ:

### DIE LAGE IN ITALIEN UND DIE AUFGABEN DER KPI

**Die wirtschaftliche Lage:** Dem an der Macht stehenden Faschismus ist es gelungen, das italienische Wirtschaftsleben in Gang zu halten und zu entwickeln. Dies ist gewiß einer der Gründe dafür, daß die tiefe politische Krise, die nach der Ermordung Matteottis das ganze Land bewegte, durch eine provisorische Stabilisierung des faschistischen Regimes gelöst wurde. Diese Krise war von keiner wirtschaftlichen Krise begleitet und die agrarische, industrielle und handeltreibende Großbourgeoisie, zu deren politischem Ausdruck der Faschismus geworden ist, schenkt ihm auch weiterhin ihr Vertrauen.

Indessen ist diese Stabilisierung des Wirtschaftslebens durch gewisse Erscheinungen bedingt, auf die man hinweisen muß, weil sie bedeutende Faktoren für die weitere Entwicklung darstellen.

1. Das wachsende Uebergreifen des amerikanischen Kapitals auf das Wirtschaftsleben und besonders auf die Industrie Italiens. Diese Kolonisierung der hauptsächlichsten italienischen Industrien durch das amerikanische Kapital ist eine der Ursachen, die es Italien gestattet, von den Vereinigten Staaten sehr günstige Bedingungen für die Regelung seiner Kriegsschuld und neue beträchtliche Kredite für seine öffentlichen Arbeiten zu erlangen.

2. Eine intensivere Ausbeutung der Arbeiterschaft, die sich in einer systematischen Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse ausdrückt. Die ständige und rasche Erhöhung der Lebenshaltungskosten und die brutale Unterdrückung jeder Bewegung zur Verteidigung der Löhne haben ein unaufhörliches Sinken der Lebenshaltung der italienischen Arbeiterklasse zur Folge.

Während die Bewegungen der Arbeiter in den Jahren 1920-22 den Reallohn über den der Vorkriegszeit hinaus in die Höhe getrieben haben, hat ihn das faschistische Regime bis auf 79,6 Prozent des Vorkriegslohnes herabgedrückt, und dieser Durchschnitt ist für einige der wichtigsten Industrien noch niedriger: Metallindustrie 74,2 Prozent, Textilindustrie 67,9 Prozent.

Seit der Ergreifung der Macht durch den Faschismus haben die Löhne je nach den Kategorien eine Verminderung um 15 bis 30 Prozent erfahren, und diese Verminderung geht weiter in einem immer schnelleren Tempo. Die neuen faschistischen Gesetze über die Gewerkschaften, die die Betriebskommissionen beseitigen und das Monopol der faschistischen Gewerkschaften sowie ein zwangsweises Schlichtungsverfahren in den Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern festlegen, sind die Vorbereitungen zu einer Periode noch größerer Ausbeutung der Arbeitskraft. Der Faschismus bemüht sich, der Arbeiterklasse ihre sämtlichen Organisationen zu entreißen und sie aller Kampfmittel zu berauben, bevor er seine Offensive gegen ihre Lebenshaltung verschärft.

Ein sozialer Faktor in der gegenwärtigen Lage, auf den man ebenfalls hinweisen muß, weil er den faschistischen Imperialismus nährt, ist die steigende Erschwerung der italienischen Auswanderung. Amerika hat die Einwanderungserlaubnis für Italiener bedeutend eingeschränkt und der Ueberschuß der italienischen Bevölkerung findet die Auswanderungsmöglichkeiten von ehemals nicht mehr.

**Die politische Lage:** Das Jahr 1925 ist durch drei Haupterscheinungen gekennzeichnet:

1. Stabilisierung und Stärkung des faschistischen Regimes nach der tiefen Erschütterung, die auf die Matteotti-Krise folgte.
2. Vollständiger Bankrott des Blocks der konstitutionellen Opposition und die Zersetzung des Aventin.
3. Linksentwicklung der Arbeiter- und Bauernmassen und wachsender Einfluß der Kommunistischen Partei.

### *Die Stabilisierung des faschistischen Regimes*

In der ersten Periode der Matteotti-Krise und bis zum Ende des Jahres 1924 befand sich der Faschismus in der Verteidigung, er verlor nacheinander alle Stützpunkte, die er in den anderen politischen Gruppen gefunden hatte, die Frontkämpfer, die Liberale Partei von Giolitti bis Salandra usw.

Nachdem er indessen die Ohnmacht seiner konstitutionellen Gegner festgestellt und sich durch seine Wirtschaftspolitik die Unterstützung der agrarischen und industriellen Großbourgeoisie gesichert hatte, ging der Faschismus zu Beginn des Jahres 1925 zum Angriff über, und es gelang ihm rasch, seine Gegner zunächst einzuschüchtern, sodann sie zu desorganisieren und in die Flucht zu schlagen. Auf seine eigenen Kräfte angewiesen, stellte er sich die Aufgabe, die faschistische Revolution im System des italienischen Staates zu verankern, und während er gleichzeitig seine militärische und politische Offensive gegen seine Gegner richtete, war er bestrebt, sich zum Herrn der wichtigsten Positionen des Staates zu machen und seine Gewalttaten und seine Repressalien zu legalisieren.

Die Regierung, die bisher eine gewisse Zahl von Sympathisierenden aus anderen Parteien in ihren Reihen gezählt hatte, wurde ausschließlich aus organisierten und der Parteidisziplin unterstehenden Faschisten gebildet. Die wichtigsten Posten des Heeres, der Behörden, des Lehrkörpers wurden von oppositionellen Elementen gesäubert und mit zuverlässigen Faschisten besetzt. Beigeordnete Sekretäre der faschistischen Partei wurden in alle Ministerien eingestellt. Mussolini übernahm persönlich das wichtige Kriegsministerium, um die Armee von antifaschistischen Offizieren zu reinigen und sich die absolute Disziplin und „Treue“ der Streitkräfte des Landes zu sichern. Durch diese Maßnahmen beherrscht die faschistische Partei den Staat vollständig.

Diese Durchdringung des Staates durch den Faschismus wurde von einer Anzahl gesetzlicher Bestimmungen begleitet, die dazu dienen sollten, die ganzen Repressalien, die bisher von den faschistischen Banden in Verletzung der bestehenden liberalen Gesetze durchgeführt wurden, zu legalisieren. Eine völlige Revision der Verfassung ist in Vorbereitung, um deren liberalen

Charakter zu beseitigen und ihr einen faschistischen Charakter zu geben. Eine Reihe von Gesetzen ist bereits beschlossen, die den Zweck haben, jeden Ausdruck des Willens und der Meinung der Arbeiter- und Bauernmassen zu verhindern.

a. Das Gesetz über die Presse macht die Drucker politisch und materiell für den politischen Inhalt der Zeitungen, die sie herstellen, verantwortlich; es bedroht also infolge der Schwierigkeiten, die es machen dürfte, eine Druckerei zu finden, gewillt, das Risiko der Herausgabe auf sich zu nehmen, die ganze Oppositionspresse mit der Vernichtung. Die Präfekten haben das Recht, die Zeitungen zu beschlagnahmen, sie zeitweise und ganz zu verbieten. Durch die häufigen Beschlagnahmungen ist die Presse im allgemeinen und die Arbeiterpresse im besonderen in eine derartige finanzielle Lage versetzt, daß sie nicht weiter erscheinen können. Unter der Drohung der Beschlagnahme oder des Verbots ist es den Zeitungen verboten, gewisse Themata zu behandeln: das Steigen der Lebenshaltungskosten, die Lohnbewegungen usw. Diese Maßnahmen zielen besonders auf die republikanischen, sozialistischen, kommunistischen Zeitungen. Die Oppositionspresse mit größeren Auflagen wurde anderen Bestimmungen unterworfen. Von dem Verbot bedroht, wurde sie gezwungen, sich zu unterwerfen. Die „Stampa“ in Turin, der „Corriere della Sera“ in Mailand, der „Martino“ in Neapel haben ihre Leitung gewechselt und sind faschistenfreundliche Blätter geworden.

So ist die Presse, die in der Matteotti-Krise eine bedeutende Rolle gespielt hatte, indem sie die öffentliche Meinung gegen den Faschismus mobilisierte, geknebelt, gezähmt oder einfach unterdrückt, wie die „Giustizia“ der reformistischen Partei und der „Popolo“ der Popolari-Partei (Katholische Partei).

b. Das Gesetz über die Organisationen zwingt alle Gesellschaften, die auf italienischem Boden bestehen, der Polizei auf Aufforderung des Präfekten die vollständige Liste ihrer Funktionäre und Mitglieder bekanntzugeben. Wenn eine Organisation sich weigert, ihre Mitgliederlisten auszuliefern oder unvollständige Listen angibt, werden ihre Führer eingesperrt und die Organisationen aufgelöst. Ohne Zweifel zielt dieses Gesetz besonders auf die Kommunistische Partei, und es bereitet jeder Oppositionspartei bei der Werbearbeit so große Schwierigkeiten, daß sie auf ihre eigenen aktiven Kaders beschränkt bleibt.

c. Das Gesetz über die Gewerkschaften zielt besonders darauf ab, der Arbeiterschaft jede Möglichkeit der Meinungsäußerung und der Bewegung zu nehmen. Es beseitigt die Betriebskommissionen, die seit Jahren das Kampforgan der Masse innerhalb der Fabriken waren. Es stellt das Monopol der faschistischen Gewerkschaften her und beseitigt in seiner Wirkung jede klassenbewußte Gewerkschaftsbewegung. Es setzt schließlich ein obligatorisches Schlichtungsverfahren fest zur Regelung der Konflikte zwischen der Arbeiterklasse und den Unternehmern. Der Streik ist untersagt. Der Faschismus bemüht sich, durch das Monopol seiner Gewerkschaften die Arbeitermassen unter seinen Einfluß zu bringen. Die Unternehmer sind gezwungen, den faschistischen Gewerkschaften die von den Löhnen abgezogenen Gewerkschaftsbeiträge der Arbeiter auszuhändigen; da indessen die Faschisten fürchten, daß die solcherart zwangsweise organisierten revo-

lutionären Elemente den Versuch machen könnten, diesen bürokratischen Organisationen ein wirkliches Leben einzuflößen und aus ihnen ein Mittel zum Ausdruck des Willens der Masse zu machen, haben die Präfekten das Recht erhalten, aus den Gewerkschaften die „antinationalen“ und „umstürzlerischen“ Elemente zu entfernen. Die Arbeiter werden also das Recht haben, zu zahlen und zu schweigen.

d. Das Gesetz über die Gemeinden: Die Masse der im tiefsten Innern antifaschistischen Bauern mußte wie die Arbeiterschaft geknebelt werden. Die brutale Unterdrückung mit Totschläger und Revolver war auf dem Lande noch fürchterlicher als in den Städten; aber auch dort mußte der Faschismus den Bauern jedes Mittel der Meinungsäußerung nehmen. Das Gesetz über die Gemeinden nimmt allen Bauerngemeinden das Recht, ihren Gemeinderat zu wählen. Diese Wahlen hätten der Landbevölkerung das Mittel gegeben, ihren Gegensatz zum Regime zum Ausdruck zu bringen. An die Stelle des durch die Bauern gewählten Gemeinderats setzt der Faschismus einen „Podestat“, eine durch den Präfekten ernannte Körperschaft, die der Regierung gegenüber verantwortlich und beauftragt ist, nicht nur das Dorf zu verwalten, sondern auch die Bauern zu überwachen, zu spalten, sie zu korrumpieren usw.

e. Endlich das Gesetz über die Auswanderer, das bestrebt ist, den im Auslande lebenden Italienern die Möglichkeit zu nehmen, ihre Auffassungen über den Faschismus zum Ausdruck zu bringen. Jeder, der im Auslande eine Kampagne gegen den Faschismus führt, von Italien aus in im Auslande erscheinenden Organen gegen den Faschismus schreibt, jeder, der an internationalen faschistenfeindlichen Kongressen teilnimmt usw., verliert seine Rechte und seine italienische Nationalität, und sein Besitztum wird konfisziert.

Die Stabilisierung des faschistischen Regimes ist also begleitet von einem furchtbaren polizeilichen Druck, der auf der Gesamtheit der Bevölkerung lastet. Diese Gesetze genügen, um zu zeigen, daß der Faschismus weder die Sympathien noch die Unterstützung der Arbeiter- und Bauernmassen gefunden hat. Durch seine Politik der Einschüchterung und durch den Bankrott des Aventin hat er gewisse Schichten der Bourgeoisie und des enttäuschten resignierten Kleinbürgertums um sich geschart. Aber diese fürchterliche, legale Unterdrückung der Arbeiterschaft und der Bauern enthüllt deutlich seine Befürchtungen wie auch seine Absicht, zu einer verschärften Ausbeutung der italienischen Arbeiter zu schreiten.

#### *Der Bankrott des Aventin*

Die konstitutionelle Opposition hatte nach der Ermordung Matteottis eine ausnehmend günstige Position im Kampfe gegen den Faschismus. Die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeiterklasse, die Bauern, das Kleinbürgertum und sogar gewisse Kreise der industriellen Großbourgeoisie erwarteten von dieser Opposition die Aktion, die das faschistische Regime niederwerfen sollte. Der Hauptfehler der Opposition war ihre Furcht, die Arbeiter- und Bauernmassen in Bewegung zu setzen, und ihr Bestreben, die antifaschistische Aktion zu einem parlamentarischen Manöver zu erniedrigen, das sich auf eine die öffentliche Meinung mobilisierende Pressekampagne stützte,



jedoch die Entfesselung einer Massenaktion sorgfältig vermied. Die Reformisten und die übrigen den Oppositionsblock bildenden Parteien fürchteten vor allem, daß die in Bewegung geratenen Massen schnell die parlamentarischen Ziele, die sie ihnen steckten, überschreiten könnten. Die Furcht vor dem Bürgerkrieg und vor der Revolution der Arbeiter und Bauern hat sie zur Ohnmacht verurteilt und sie dem Bankrott ihres antifaschistischen Kampfes zugetrieben. Als die faschistische Partei diese ihre Furcht erkannt hatte und sah, wie sie sich in das lächerliche Versteck der „moralischen Frage“ flüchteten, ging sie zur Offensive über und zerstreute die kleinbürgerlichen Feiglinge und Moralprediger mit Leichtigkeit.

Die Massen, die der Opposition gefolgt waren, sahen ihren Bankrott. Ein Teil des enttäuschten Kleinbürgertums entschloß sich, unter den Schlägen der Reaktion, zum Faschismus zurückzukehren, während die Massen der Proletarier und Bauern, nicht minder enttäuscht, zu spät erkannten, daß die Kommunistische Partei Recht behalten hatte: sie orientierten sich trotz der steigenden Reaktion nach links.

Diese soziale Differenzierung der Massen des Aventin, das Resultat seines politischen Bankrotts, führte rasch zum Zerfall des Blocks. Die Parteien, deren soziale Grundlage proletarisch oder bäuerlich war, orientierten sich unter dem Massendruck nach links, während die anderen Parteien, die Vertreter des resignierten Kleinbürgertums, einen parlamentarischen konstitutionellen Block zu bilden suchten. Die Maximalistische Partei, deren Arbeiter dem kommunistischen Einfluß am unmittelbarsten ausgesetzt waren, zersetzte sich als erste; die Republikanische Partei, die Sardinische Partei folgten ihr, während die Unitarische Partei zwischen der linken, wohin sie von ihren Arbeiterelementen gedrängt wurde, und dem konstitutionell parlamentarischen Block, wohin die ganze kleinbürgerliche Politik ihrer Führer sie hinstieg, hin- und herschwankte. In der modernen Geschichte findet dieser jämmerliche Zusammenbruch einer breiten politischen Bewegung kein Beispiel. Er beweist die absolute Unfähigkeit des Kleinbürgertums, eine selbständige Politik zu führen. Das Proletariat allein konnte sich dem Faschismus wirksam entgegenstellen. Dieser ist im Laufe der Krise mehr und mehr zum Ausdruck der italienischen Großbourgeoisie geworden. Der Aventin hat versucht, das Proletariat unter die politische Leitung des Kleinbürgertums zu bringen. Er hat dabei Schiffbruch erlitten. Die Kommunistische Partei hingegen wollte eine auf die Bauern und das antifaschistische Kleinbürgertum gestützte proletarische Klassenpolitik treiben. Nach der Liquidation des Aventin und seiner Illusionen ist dies der einzig mögliche Weg, um zu einem wirksamen Kampfe gegen den Faschismus zu gelangen.

#### *Die Linksentwicklung der Arbeiter- und Bauernmassen unter dem Einfluß der KP*

Die Aufgabe der Kommunistischen Partei im Verlaufe der Matteotti-Krise bestand darin, den Aventin zu demaskieren und durch ihre Taktik die Arbeiter- und Bauernmassen, die sich durch die konstitutionelle Opposition hatten täuschen lassen, mitzureißen. Damit unsere Partei nicht isoliert wurde, mußte ihre Taktik äußerst elastisch sein. Im schärfsten Moment der Matteotti-Krise nahm unsere Partei am Aventin teil und machte Vorschläge,

die darauf hinausliefen, dieser solle sich auf eine Massenbewegung stützen. Erst, als die anderen Parteien sich geweigert hatten, eine außerparlamentarische Massenaktion zu entfesseln, und den Versuch machten, unsere Partei ihrer Disziplin zu unterwerfen, verließ die Kommunistische Partei den Aventin. Dieser Schritt wurde zunächst nicht verstanden, selbst nicht von den Parteimitgliedern. Allein er war damals notwendig, um es der Partei zu ermöglichen, eine selbständige proletarische Politik zu führen. Sie wandte dann die Taktik der Einheitsfront an, dem Aventin gegenüber im allgemeinen und in bezug auf die proletarischen Parteien im besonderen. Im Augenblick des Wiederezusammentritts des Parlaments hatte sie durch ihren Vorschlag eines Gegenparlaments bereits einen bedeutenden Teil der Massen dem Einfluß des Aventin entrissen; sie entlarvte seine Passivität und seinen Wunsch, im Kampf gegen den Faschismus nicht aus den verfassungsmäßigen Grenzen herauszutreten. In dem Maße, wie der politische Zusammenbruch des Aventin deutlicher zum Ausdruck kam, wuchs der kommunistische Einfluß.

Diese Neuorientierung des Proletariats nahm verschiedene Formen an:

a. Die Mitgliederzahl unserer Partei ist in dieser Periode von 8000 auf 28 000 gestiegen, sie hat diese Ziffer trotz aller Verfolgungen erreicht, denen sie zur Zeit, als das Vereinsgesetz beschlossen wurde, ausgesetzt war. Die Verpflichtungen, die dieses Gesetz unserer Partei auferlegt, werden zweifellos die Zahl der Mitglieder fühlbar verringern. Der Einfluß der Partei wird dadurch jedoch keineswegs vermindert werden.

b. Der Kreis der Sympathisierenden ist ebenfalls bedeutend gewachsen. Es genügt daran zu erinnern, daß im Moment der Abstimmung über das Vereinsgesetz die Rote Hilfe trotz der Verfolgungen mehr als 130 000 Mitglieder zählte, um zu zeigen, einen wie großen Einfluß die Partei auf die Arbeitermassen ausübt.

c. Der wachsende Einfluß unserer Partei in der Gewerkschaftsbewegung. Alle Kongresse und alle Gewerkschaftswahlen bis zu dem Augenblick, wo das Monopol der faschistischen Organisationen eingeführt wurde, waren durch ein rasches Vordringen der Kommunisten gekennzeichnet; die Spaltungsmanöver der reformistischen Führer, die Ausschlüsse usw. konnten dagegen nichts ausrichten; wenn die Faschisten dieses Fortschreiten nicht brutal unterbrochen hätten, hätte in naher Zukunft der kommunistische Vormarsch zur Eroberung der hauptsächlichsten Verbände und der Gewerkschaftszentrale durch unsere Partei geführt.

d. Die Wahlen der Fabrik-Kommissionen waren trotz des dreifachen Drucks der Faschisten, Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie ein durchschlagender Erfolg der Kommunistischen Partei. In allen großen Fabriken Italiens haben die Listen der Kommunistischen Partei die absolute Mehrheit erlangt. Das ist einer der Gründe, weshalb die Faschisten die Fabrik-Kommissionen abgeschafft haben.

e. Endlich die Tätigkeit der KP auf dem Lande, die der Partei die Sympathie der Bauernmassen, besonders im Süden, erwarb. Die Regierung, die die Gefahr erkannte, hat unsere Tätigkeit auf dem Lande mit äußerster Energie verfolgt; sie verbot das Erscheinen des Agrarorgans der Partei und unterdrückte die Verteidigungs-Komitees der Bauern des Südens.

Allein diese Linksentwicklung der Massen kommt nicht nur in der Aktion und in den Erfolgen der Kommunistischen Partei zum Ausdruck; sie zeigt sich auch in den anderen Parteien, deren soziale Grundlage proletarisch und bäuerlich ist, in erster Linie der Maximalistischen Partei. Unter dem Druck der Massen sah sich die Leitung dieser Partei gezwungen, mit dem Aventin-Block zu brechen. Im Innern der Partei entstand als Folge des wachsenden Einflusses unserer Partei eine tiefe Krise. Die Abspaltung der Terzinternationalisten (Anhänger der III. Internationale) und ihr Eintritt in die Kommunistische Partei in der zweiten Hälfte des Jahres 1924 hatte die Maximalistische Partei aller mit den Kommunisten ehrlich sympathisierenden Elemente beraubt. Jedoch der Zersetzungsprozeß dieser Partei geht in der Mitgliedschaft weiter. Eine gewisse Anzahl maximalistischer Sektionen hat sich von der Partei losgelöst und ist zur Kommunistischen Partei übergegangen, andere schließen, entgegen dem Befehle ihrer Leitung, die Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei. Die maximalistischen Arbeiter suchen Verbindungen und Zusammenarbeit mit den kommunistischen Arbeitern. Während die Mitgliedschaft sich in dieser Weise orientierte, bemühte sich die Leitung der Partei, die Verschmelzung der Maximalistischen mit der Unitarischen Partei auf der Grundlage der reformistischen Politik zu vollziehen. Nenni und Vella, die diese Tendenz vertraten, wurden gezwungen, den „Avanti“ und die tatsächliche Leitung der Partei Vernochi zu übergeben. Die gegenwärtige Leitung versucht, gegen die rechten Führer und gegen die linke Richtung der Masse die Tradition des Maximalismus aufrecht zu erhalten.

In der Unitarischen Partei sind dieselben Erscheinungen aufgetreten. Die großen Sektionen von Turin, Mailand und Neapel haben sich für die Verschmelzung mit der Maximalistischen Partei und gegen die konstitutionelle und reformistische Politik der Führer ausgesprochen. Heute orientieren sich die Verschmelzungstendenzen zwischen Maximalisten und Unitariern nicht mehr nach der Politik des Reformismus, sondern konzentrieren sich um die Maximalistische Partei und ihre Politik des revolutionären Wortschwalls. Unter dem Druck der Massen wurde auch d'Aragona genötigt, von dem Posten als Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes zurückzutreten, er wurde durch Buozzi ersetzt, der für linker angesehen wird.

In den Parteien, deren soziale Grundlage nicht so ausgeprägt proletarisch ist, die sich jedoch teilweise auf die Arbeiterklasse und die Bauern stützen, zeigen sich dieselben Erscheinungen, mit einigen Unterschieden je nach der besonderen Stellung dieser Parteien. Im allgemeinen sind sie innerlich gespalten; ein linker Flügel steht unter dem Eindruck der allgemeinen Entwicklung der Arbeiter und Bauern zum Kommunismus, ein rechter Flügel vertritt die politischen Tendenzen des Kleinbürgertums und gewisser bürgerlicher Schichten. In der Republikanischen Partei, der Sardinischen Partei, der Katholischen Partei sind linke Personen oder linke Tendenzen aufgetreten, die sich unter dem Einfluß der Bauernmassen der Kommunistischen Partei genähert haben. Die republikanische Jugend schließt an verschiedenen Orten eine Einheitsfront mit der Kommunistischen Jugend; die Tatsache, daß der katholische Bauernführer Migliolo der Bauerninternationale beigetreten ist und für eine Einheitsfront mit unserer Partei eintritt, beweist zur Genüge die Neuorientierung der katholischen Bauernmassen.

### *Außenpolitik*

Obleich im Laufe der letzten Jahre im öffentlichen Leben Italiens die innerpolitischen Probleme an erster Stelle standen, ist es notwendig, auch die neuesten Erscheinungen in seiner Außenpolitik ein wenig aufmerksamer zu betrachten.

Seit einigen Monaten ist der Faschismus bestrebt, eine imperialistische und kriegerische Geistesverfassung zu erzeugen. Der Zwischenfall von Korfu und die Haltung, die der Faschismus gegenüber dem Völkerbund einnimmt, waren die erste Kundgebung dieser Tendenz. Im Laufe der Jahre 1924 und 1925 hatte der kriegerische Geist des Faschismus in der Innenpolitik und im Kampfe gegen den Aventin genügende Nahrung gefunden. Mit der Stabilisierung des Regimes setzt sich der Faschismus imperialistische Ziele; sein großsprecherisches Auftreten gegenüber allen Nachbarn wird immer häufiger. Mussolini und die Regierungspresse haben letzthin sehr viel von einem italienischen Imperium, von der Wiederauferstehung des römischen Imperiums gesprochen. Sie weisen darauf hin, daß Italien sein für seinen Bevölkerungüberschuß zu kleines Kolonialreich ausdehnen müsse; wie leicht begreiflich ist, haben sie das weite französische Kolonialreich in Nord-Afrika im Auge. Der italienische faschistische Katechismus betont die Notwendigkeit, Korsika, Nizza und Savoyen, den Tessin, Malta und Dalmatien zu erobern. Die Beziehungen zu Frankreich sind weit davon entfernt, herzlich zu sein; äußerst heftige Pressefehden brechen bei jeder Gelegenheit aus. Die Schweiz hat durch ihren Vertreter in Rom gegen jenen Teil des Katechismus, der auf den Tessin anspielt, protestiert. Weiter sahen wir Grenzzwischenfälle mit Oesterreich und eine heftige Pressepolemik mit Deutschland wegen Tirol. Erst vor kurzem gab es einen diplomatischen Zwischenfall mit Jugoslawien wegen einer Rede Raditschs. Alle diese Zwischenfälle sind die Folge der Geistesverfassung der faschistischen Kreise, die in der öffentlichen Meinung Italiens um sich greift. Der Faschismus erzeugt eine kriegerische Stimmung und bereitet den Krieg aktiv vor. Er hat in der Frage der Entwaffnungskonferenz sehr ausführliche Vorbehalte gemacht; Mussolini hat soeben persönlich die Leitung des Kriegsministeriums übernommen. Alles dies zeigt deutlich den Wunsch, die erste Gelegenheit zu benutzen, um einen Konflikt zu entfesseln. Gegen wen? Der Gegner ist noch nicht klar zu erkennen, aber alles läßt darauf schließen, daß Frankreich der Feind von morgen sein wird. Die sehr verdächtige Freundschaft des faschistischen Staates zu Sowjetrußland hat keinen anderen Grund. Im Falle eines Krieges mit Frankreich braucht Italien Getreide, Brennmaterial und Rohstoffe aus dem Orient. Dies war die Aufgabe eines der letzten Seemanöver.

Es ist dies einer der Ausdrucksformen der faschistischen Politik, der wir unsere Aufmerksamkeit widmen müssen. Augenblicklich ist es noch ein Sammelsurium von Großsprecherereien und Unverschämtheiten, um ein größeres Kolonialreich zu erhalten; aber sie schaffen im Innern des Landes und im Auslande eine Stimmung, die zum Kriege drängt. Wenn das kapitalistische Italien durch diese Erpressungspolitik nicht die Märkte erlangt, deren es bedarf, um den Ueberschuß seiner Bevölkerung und seiner industriellen Produktion abzusetzen, wird es nicht bei der einfachen Kriegsdrohung bleiben.

*Die Entwicklung der Kommunistischen Partei und ihr letzter Parteitag*

Die Entwicklung der Partei. Um die Tragweite des letzten Parteitages (Januar 1926) zu verstehen, ist es notwendig, in großen Zügen die Hauptetappen der Entwicklung der Partei zu schildern. In Livorno, nach der Spaltung der Sozialistischen Partei konstituiert, bestand die Kommunistische Partei aus drei Gruppen von sehr verschiedener Ideologie und Herkunft, die sich in Livorno auf der Grundlage der Beschlüsse des II. Kongresses der Komintern und des Kampfes gegen den maximalistischen Zentrismus zu einer kommunistischen Fraktion zusammengeschlossen hatten: die abstentionistische Fraktion Bordigas, deren Organ der „Soviet“ in Neapel war und die eine Reichsorganisation besaß; die Gruppe des „Ordine Nuovo“ in Turin, deren Einfluß auf Turin beschränkt war; und endlich ein Teil der ehemaligen maximalistischen Fraktion, die der III. Internationale angeschlossen war, die aber einer Reichsorganisation ermangelte. Das Rückgrat der kommunistischen Fraktion in Livorno und der neuen Partei, die aus ihr entstand, stellte also die abstentionistische Fraktion dar. Obgleich Bordiga schon auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale wichtige taktische Vorbehalte gemacht hatte und das Programm seiner Fraktion nicht zur Grundlage der neuen Partei gemacht wurde, gelangte er bald zu vorherrschendem ideologischen Einfluß und drückte der Partei von Beginn an einen linken Stempel auf. Die Notwendigkeit, gegen den Maximalismus zu kämpfen, trug dazu bei, die Ideologie und den Einfluß Bordigas zu stärken.

Diese „linke“ Stellung kam auch in der allgemeinen Politik der Partei in Italien, in ihrem Kampf gegen den Faschismus, in den Methoden der Führung und der Organisation, sowie in ihrer Stellung in internationalen Fragen zum Ausdruck. Seit Livorno ist kein einziger Kongreß und keine einzige Erweiterte Exekutive der Internationale vergangen, wo die italienische Partei unter der Leitung Bordigas sich nicht in Opposition gegen die Taktik der Kommunistischen Internationale befunden hätte. Diese „linke“ Opposition gegen die allgemeine Taktik der Internationale fand ihren theoretischen Ausdruck in den taktischen Thesen des Parteitages von Rom (März 1922), die Bordiga fast einstimmig durch den Kongreß annehmen ließ. Dies gelang ihm durch eine vollkommen tendenziöse Vorbereitung des Parteitages, während der die Partei in völliger Unwissenheit darüber belassen wurde, daß Bordiga sich in Opposition gegen die allgemeine Taktik der Internationale befand. Die Internationale war gezwungen, nach dem vierten Weltkongreß Bordiga zeitweise von der Leitung der Partei zu entfernen und gegen seine „linke“ Ideologie einen Kampf innerhalb der italienischen Partei aufzunehmen, um die loyale Anwendung ihrer Taktik in Italien zu sichern. Kurze Zeit vor dem 5. Weltkongreß spaltete sich die Zentrale, die in Rom gewählt worden war und bis dahin Bordiga gefolgt war, und eine Mehrheit sprach sich für eine Revision der Thesen von Rom aus mit der Begründung, daß die Aenderung der politischen Lage in Italien diese Revision notwendig mache. Das war erst der Anfang der Differenzierung und der Umgruppierung innerhalb der Mehrheit von Rom. Die Konferenz der Provinzsekretäre, die knapp vor dem 5. Kongreß zusammentrat, zeigte, daß diese Entwicklung eines Teiles der Zentrale noch nicht die Schicht der Distriktssekretäre, die der radikalen Ideologie treu geblieben waren, erfaßt hatte.

Der 5. Kongreß gab der italienischen Partei ein unmittelbares Aktionsprogramm und stellte ihr die Aufgabe, die Partei zu bolschewisieren, d. h., die ultralinken Abweichungen und die Ideologie Bordigas, die als die Hauptgefahr in unserer italienischen Sektion erkannt wurde, zu überwinden.

Es ist für das Verständnis der gegenwärtigen Lage der KPI wichtig, daran zu erinnern, daß der 5. Weltkongreß, dessen Bolschewisierungslosung in einer ganzen Anzahl großer Parteien den Kampf gegen die Rechte einleitete und den Weg für linke Abweichungen ebnete, in der italienischen Partei im Gegenteil den Kampf gegen die Ultralinke einleitete und die Partei gerade dadurch vor jenen Abweichungen bewahrte, die für die Entwicklung der Bolschewisierung in anderen Ländern charakteristisch waren.

Die Parteileitung führte innerhalb der Partei eine kluge und geschickte Politik. Die Matteotti-Krise zwang sie zu großer politischer Aktivität und bewahrte sie vor einer Einkapselung. Die Leitung führte eine von den taktischen Prinzipien der Kommunistischen Internationale inspirierte Politik durch und ließ sie durch die Partei anwenden, durch Funktionäre, deren Mehrheit ultralink war, die sich jedoch der Zentrale gegenüber loyal und diszipliniert verhielten. Sie vermied jeden Ausschluß, selbst jede Entlassung linker Funktionäre. Nur wer die politische Arbeit der Partei sabotierte oder Akte der Disziplinlosigkeit beging, wurde durch einen anderen Funktionär ersetzt. Auf Grund der Erfahrung und Praxis der Einheitsfronttaktik und der Erfolge, die diese Taktik der Partei einbrachte, wurde der innerhalb des Zentralkomitees begonnene ideologische Klärungsprozeß in der Partei weitergeführt; auf der Grundlage der neuen Erfahrungen beurteilten die Mitglieder die vergangene Taktik anders und verurteilten sie. Nicht nur die durch den Beitritt von 20 000 neuen Mitgliedern erneuerte Basis der Partei, sondern auch ein beträchtlicher Teil der alten bordigistischen Kaders überzeugte sich von der Notwendigkeit, die linke Stellungnahme des Kongresses von Rom zu revidieren. Die Distriktskomitees in ihrer großen Mehrheit, die Kommunistische Jugend, selbst enge Mitarbeiter Bordigas, wie Grieco, unterstützten die Politik des Zentralkomitees. Während dieser ganzen Zeit stand Bordiga abseits vom Leben und von den Kämpfen der Partei. Als er aus seiner Isolierung hervortrat, um den Parteitag vorzubereiten und eine Fraktion zu bilden versuchte, bemerkte er, daß die große Mehrheit der Partei sich von seinen Gedankengängen entfernt hatte.

### *Der 3. Parteitag*

Seit März 1922 hatte die Partei weder einen Parteitag abhalten noch eine breite Diskussion der taktischen Probleme durchführen können. Die faschistischen Repressalien, die Bedingungen des Bürgerkrieges und der Illegalität der Partei hatten eine gründliche Diskussion und eine Befragung der Gesamtheit der Partei über die Ereignisse, die das politische Leben Italiens von Grund auf umgewälzt hatten, verhindert: die Machtergreifung durch den Faschismus und die Matteotti-Krise; die nicht minder wichtigen Ereignisse, die sich in der Partei zugezogen hatten; die wiederholte Spaltung der Sozialistischen Partei; die Verschmelzung mit den Terzi-Internationalisten. Der 3. Parteitag hatte demnach eine besondere Bedeutung. Die Partei mußte die Bilanz von beinahe

vier Jahren Arbeit und Kämpfen ziehen. Die im Juni 1925 begonnene Diskussion wurde in der Presse und in den Organisationen 6 Monate lang geführt. Das Urteil der Partei fiel folgendermaßen aus: nach einer breiten Diskussion, die die Zustimmung von neun Zehnteln der Partei zu der Politik der Kommunistischen Internationale zur Folge hatte, wurden die Thesen von Rom aufgegeben und die ultralinke Stellung Bordigas verurteilt.

Der Parteitag vom Januar 1926, der den Schlußpunkt dieser breiten Parteidiskussion bedeutet, verdient also eine besondere Aufmerksamkeit. Er bringt die lange Krise unserer italienischen Sektion zum Abschluß, er leitet eine neue Periode der Aktivität, einen neuen Abschnitt ihres Kampfes ein und bildet einen wichtigen Markstein in der geistigen Entwicklung der Partei.

Die zwei wichtigsten Fragen des Kongresses waren das allgemeine politische Problem, das unter anderem die ganze Diskussion über die vergangene Politik der Zentrale und der Internationale, über die Taktik und über die Perspektiven einschloß, und die Gewerkschaftsfrage, die seit dem Monopol der faschistischen Gewerkschaften für unsere Partei besonders heikel und schwierig geworden ist.

Die politische Diskussion stand im Zeichen der Auseinandersetzung mit den Ultralinken über alle taktischen Fragen der Partei und der Internationale.

Im Laufe dieser Debatte, die Dreiviertel des Parteitages in Anspruch nahm, wurden die Fragen, in denen die Ultralinke der Internationale entgegentritt, vollständig geklärt.

Bordiga akzeptiert vom Leninismus alles, was seine theoretische Grundlage darstellt. Seine Vorbehalte beziehen sich auf die Fragen der Partei, ihres sozialen Charakters, ihrer Rolle, ihrer Organisation, ihrer Verbindung mit den Massen und auf die taktischen Grundsätze und die verschiedenen Formen ihrer Anwendung.

Dieser zwei wesentlichen Elemente, der Stellung zu den Fragen der Partei und den Fragen der Taktik beraubt, wird aber der Leninismus zu einem abstrakten, unfruchtbaren und verknöcherten Dogmatismus. Bordiga wendet sich gegen die Losung der Bolschewisierung, die die Uebernahme der Auffassungen Lenins über die Partei und über die Taktik durch die Parteien des Westens bezweckt.

Man müßte diesen Artikel bedeutend erweitern, um diese Vorbehalte im einzelnen aufzuzählen. Die Rede Bordigas auf dem Parteitage dauerte länger als sechs Stunden, und es wird notwendig sein, dem Studium der Theorie Bordigas und ihrer Zurückweisung einen besonderen Artikel zu widmen. Ich beschränke mich hier darauf, eine gewisse Zahl seiner wichtigsten Vorbehalte zu besprechen.

Was die Frage der Partei anbetrifft, so hat sich eine sehr lebhafte Diskussion über die Definition des Begriffes der Partei entwickelt. Die Mehrheit stellte ihren sozialen Charakter an die erste Stelle: „Die Kommunistische Partei ist eine Partei der Arbeiterklasse, die Vorhut des Proletariats usw.“ Bordiga hat diese Definition energisch bekämpft und ihr eine Definition entgegengestellt, die von der sozialen Grundlage der Partei völlig abstrahiert und die Ideologie an die erste Stelle rückt: „Die Partei ist ein Organ des Klassenkampfes, aber es ist nicht notwendig, daß sie ein Teil der Arbeiterklasse sei; durch ihre Ideologie, und nicht durch ihre soziale Zusammen-

setzung ist sie revolutionär. Sie muß im Gegenteil den Betätigungsdrang der verschiedenen sozialen Gruppen (Arbeiterklasse, Bauern, Ueberläufer aus den Reihen der Bourgeoisie), aus denen sie besteht, zusammenfassen und eine Struktur besitzen, die diese Zusammenfassung gestattet und keine Vorherrschaft der Arbeiterklasse errichtet. Bordiga ist infolgedessen gegen die Organisation der Partei auf der Grundlage der Zellen. Diese Frage hat innerhalb der Ultralinken selbst eine gewisse Spaltung hervorgerufen. Die proletarischen Elemente folgen im allgemeinen Bordiga in diesem Punkte nicht und sind mit der Organisation auf der Grundlage der Betriebszellen einverstanden. Die Partei darf nach Bordiga nicht danach streben, eine Massenpartei zu sein, ja sich nicht einmal bemühen, in ständiger Fühlung mit den Arbeitermassen zu bleiben. Sie müsse vor allem die Reinheit ihrer Ideologie aufrechterhalten. Eine Massenpartei werden oder in einer Periode des Niederganges der Arbeiterbewegung und des Rückzugs der Arbeiterklasse mit den Massen in Fühlung bleiben, heiße zwangsläufig in den Opportunismus gleiten. Bordiga leugnet nicht, daß die Eroberung der Mehrheit des Proletariats für die revolutionäre Aktion notwendig ist; er verteidigt keineswegs den Putschismus, aber er behauptet, daß die Gewinnung der Mehrheit nur in der Periode einer akut revolutionären Krise unmittelbar vor der Machtergreifung erfolgen könne. Jederzeit mit den Massen in Fühlung bleiben wollen und sich bemühen, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen, bedeute naturnotwendig, zur Sozialdemokratie abzuschwenken. Bordiga hat auch eine ganz und gar sozialdemokratische Auffassung vom inneren Leben der Partei. Bei der Vorbereitung des Parteitages hat er es der Zentrale zum Vorwurf gemacht, daß sie die Artikel der Linken mit Kommentaren veröffentlicht hat. Die Minorität sollte in der inneren Parteidiskussion dieselben Rechte genießen wie das Zentralkomitee und mit ihnen auf gleiche Stufe gestellt werden. Damen, eines der angesehensten Mitglieder der Linken, erklärte, daß die italienische Ultralinke bereit sei, die Führung der italienischen Partei unter der Bedingung zu übernehmen, daß die Internationale sie ermächte, ihre linke Taktik und nicht die Taktik der Internationale durchzuführen. Dies ist eine grundsätzlich sozialdemokratische Anschauung, mit der Bordiga keineswegs gebrochen hat und die uns rasch zu der föderalistischen Auffassung der II. Internationale zurückführen würde. Bordiga wirft der Kommunistischen Internationale vor, daß sie die Taktik durch Kompromisse und durch gegenseitige Zugeständnisse zu bestimmen suche, er verurteilt diese „parlamentarischen Methoden“ und klagt die Internationale und die Partei an, dadurch die revolutionäre Bewegung zu korrumpieren.

In der Frage der Taktik verteidigt Bordiga eine allgemeine taktische Auffassung, die seine Opposition gegen alle Losungen der Partei und der Internationale erklärt.

Seiner Meinung nach darf die Taktik sich nicht den besonderen historischen Situationen anpassen, sie darf sich nicht je nach den Umständen verändern, sie muß durch unsere theoretischen Grundsätze bestimmt und ein für alle Mal unbeweglich sein; sie muß ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Bordiga verurteilt also das, was er den „Situationismus“ nennt, die Veränderung unserer Taktik gemäß den Umständen. Bordiga hat diese Vorbehalte allgemeiner Art gegen die ganze Taktik der Komintern schon auf



dem II. Kongreß der Internationale vorgebracht. Diese Stellungnahme hatte zur Folge, daß er sich gegen Teillosungen, gegen die Einheitsfronttaktik und gegen die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung wandte, ein Standpunkt, der zur systematischen Abkehr der Partei vom ganzen politischen Leben führt und ihre Rolle auf die einer Propaganda- und Agitationsgesellschaft für die Endziele des Kommunismus beschränkt. Die italienische Ultralinke glaubt, daß es genüge, wenn die Partei unter allen Umständen und in allen Lagen dieselben allgemeinen Losungen wiederholt, damit die Massen im Augenblick der revolutionären Krise erkennen, daß die Partei von vornherein recht hatte, und sich ihrer Leitung unterordnen. Bordiga bekämpft die von ihm sogenannte „neue“ Taktik der Exekutive bei der Hindenburgwahl in Deutschland und gegenüber dem Linksblock in Frankreich. Unsere Partei dürfe weder zwischen zwei Formen der bürgerlichen Staatsgewalt wählen noch für die eine oder die andere eintreten, um der mehr reaktionären eine Niederlage zu bereiten. Das sei eine opportunistische parlamentarisch-kompromißlerische Politik. Bordiga bleibt seiner Haltung, die er gegenüber dem aufkommenden Faschismus einnahm, treu und wirft alle Fraktionen der Bourgeoisie in einen Topf. Er weigert sich, zwischen den sie bildenden verschiedenen sozialen Schichten einen Unterschied zu machen, um die sie trennenden Interessengegensätze festzulegen und zu verschärfen. Die Bourgeoisie ist für ihn eine Abstraktion, eine philosophische Totalität und nicht ein Gegner, dessen Struktur die Kommunistische Partei untersuchen muß, um dort Interessenkonflikte zu entdecken und diese in ihrer revolutionären Aktion auszunützen.

Diese wichtigsten Thesen der Ultralinken wurden von den Parteitage-delegierten aus den Kreisen der Arbeiter in einer Weise bekämpft, die beweist, wie sehr die Partei sich ideologisch entwickelt und aus ihren früheren Irrtümern und Erfahrungen Nutzen gezogen hat. Industrie- und Landarbeiter haben auf die großen philosophischen Vorträge Bordigas mit einfachen Reden geantwortet, aus denen aber die im Laufe ihrer harten Kämpfe und ihrer schwierigen Arbeit gesammelten Erfahrungen sprachen. Aus diesen Erfahrungen haben sie Argumente geschöpft, um die Ultralinke und ihren unfruchtbaren Dogmatismus endgültig zu verurteilen. Mit außerordentlichem proletarischem Verständnis und überraschender theoretischer Richtigkeit haben sie so heikle taktische Fragen behandelt, wie die der Arditi del Popolo und des Aventin. Diese Diskussionsreden haben gezeigt, daß die Bolschewisierung der Partei keine mechanische war und daß sie auch nicht, wie Bordiga behauptet, dadurch erreicht worden ist, daß man die Tatsache der Bildung der bordigianischen Fraktion demagogisch ausgenützt hat, sondern daß sie eine wirkliche Umwandlung der Ideologie und der Denkweise der Parteimitgliedschaft bedeutet.

Mit einer Mehrheit von 90 Prozent hat die Partei den ultralinken Standpunkt verurteilt. Damit hat eine wichtige Periode der Entwicklung der italienischen Kommunistischen Partei ihren Abschluß gefunden.

Die Gewerkschaftsfrage verdient besonders erwähnt zu werden, weil sie in der gegenwärtigen Lage schwer zu lösen ist, und weil die Stellungnahme des Parteitages zwei oppositionelle Strömungen hervorgerufen hat.

Wir haben bereits die Hauptpunkte des neuen faschistischen Gesetzes erwähnt. Die Betriebskommissionen sind abgeschafft, die Klassengewerk-

schaften, sofern sie noch gestattet sind, haben nicht mehr die Möglichkeit des Verhandeln mit den Industriellen, die das Monopol der faschistischen Gewerkschaften anerkannt haben. In den faschistischen Gewerkschaften gibt es keinerlei inneres Organisationsleben, es gibt keine Mitgliederversammlungen, keine Arbeiterdemokratie; es herrscht eine durch die faschistische Partei von oben eingesetzte Leitung; alle umstürzlerischen Elemente, die aus den Gewerkschaften ein Organ des Massenwillens machen möchten, werden ausgeschlossen. Der Gewerkschaftsverband, der sich in den Händen der Reformisten befindet, hatte sich im Laufe des vergangenen Jahres bemüht, die Massen außerhalb der Gewerkschaften zu halten, weil der Eintritt der Massen eine Steigerung des kommunistischen Einflusses bedeutete. Das Ergebnis der faschistischen Offensive in Verbindung mit der reformistischen Politik hat die Gewerkschaften zusammenschrumpfen lassen auf den zentralen bürokratischen Apparat und die Organisationskaders. Tatsächlich bestehen sie an einer ganzen Reihe von Orten nicht mehr.

Es ist jedoch vorläufig unmöglich, mit Gewißheit vorauszusehen, welche Rolle die Gewerkschaften in den Arbeiterkämpfen spielen können, ebenso, ob und wie die faschistischen Gewerkschaften an diesen Kämpfen teilnehmen werden und welche Organe sich die Arbeiterklasse schaffen wird, um ihren Kampfeswillen zum Ausdruck zu bringen. In einer noch schlecht geklärten Lage hat sich der Parteitag bemüht, der Partei die Direktiven zur Umgruppierung der Massen zu geben. Ihre Stellungnahme wird besonders dadurch erschwert, daß zwar in allen großen industriellen Zentren die Mehrheit der Arbeiterklasse unter dem Einfluß der Partei steht, während sie im Gewerkschaftsverband nur eine Minderheit ist. Sie muß also, um die Gewerkschaftseinheit zu wahren, dem Umstand Rechnung tragen, daß sie die Minderheit im Gewerkschaftsverband ist. Sie kann auf gewerkschaftlichem Gebiet nicht handeln ohne Berücksichtigung der Tatsache, daß der Zentralapparat des Gewerkschaftsverbandes nicht in ihren Händen ist und im Gegenteil fortfahren wird, ihre Arbeit mit allen Mitteln zu verhindern. Andererseits kann sie infolge ihrer Stellung als Partei, die die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich hat und auf die die maximalistischen und die reformistischen Arbeiter blicken, sich nicht auf diese Tätigkeit einer Gewerkschaftsminderheit beschränken. Sie muß danach trachten, ihre Verbindung mit den Massen und ihren Einfluß auf diese auszunutzen, um sie, selbstverständlich in den Klassengewerkschaften, neu zu gruppieren, aber auch, um sie zu möglichen Aktionen für die Verteidigung ihrer Lebenshaltung zu führen. Um den Widerstand der reformistischen Führer gegen die Aufrechterhaltung des gewerkschaftlichen Lebens zu brechen, muß sie, ohne ihre Arbeit als Minderheit im Gewerkschaftsverband aufzugeben, bestrebt sein, die Massen für den Klassenkampf neu zu gruppieren.

Der Kongreß hat diese doppelte Aufgabe gelöst:

1. Indem er die Losung der energischen Verteidigung der Klassengewerkschaften gegen das Monopol der faschistischen Gewerkschaften ausgab und zu diesem Zweck in der organisierten und unorganisierten Arbeiterschaft eine Kampagne für den Umbau der Gewerkschaftsorganisation auf Grundlage der Betriebe einleitete. Der Gewerkschaftsverband, der stets bestrebt ist, die Masse — d. h. den kommunistischen Einfluß — nicht in die Organisation

eindringen zu lassen, hat bereits gegen diese Reorganisation Stellung genommen. Die Kommunistische Partei kann sich also nicht, ohne die Gewerkschaftsspaltung zu provozieren, über die Beschlüsse des Gewerkschaftsverbandes hinwegsetzen und gewerkschaftliche Betriebssektionen schaffen. Sie muß sich darauf beschränken, zu diesem Zweck eine Agitation innerhalb der Arbeitermassen zu führen.

2. Indem er die Losung der Bildung von Agitationskomitees innerhalb der Fabriken ausgab, deren Rolle darin bestehen soll, die durch das faschistische Gesetz abgeschafften Betriebskommissionen zu ersetzen, zu Kampforganen der breiten Massen in den Betrieben zu werden und Teilaktionen zur Verteidigung der Arbeitsbedingungen und der Löhne innerhalb der Betriebe zu führen. Die Partei darf also diese Losung nicht als eine einfache Agitationsplattform betrachten, sondern sie muß überall, wo es ihr die Umstände gestatten, zur Organisierung dieser Komitees schreiten. Das ist für unsere Partei das einzige Mittel, um eine Verbindung mit der Masse der Betriebe aufrechtzuerhalten und diese Masse zur Aktion zu führen. Bei der Stellung, die sie in der Arbeiterklasse einnimmt, würde unsere Partei Selbstmord begehen, wenn sie in einem Augenblick, wo die Gewerkschaften nur als Skelette existieren, sich auf Aktionen einer Gewerkschaftsminderheit beschränken wollte. Die von den Agitationskomitees eingeleiteten Teilaktionen in den Fabriken werden den Massen wieder Vertrauen einflößen, sie werden ihnen zeigen, daß es möglich ist, das Monopol der faschistischen Gewerkschaften zu brechen und das Unternehmertum zu zwingen, direkt mit den Vertretern der Arbeiterklasse zu unterhandeln. In Anbetracht der vollständigen Untätigkeit des Gewerkschaftsverbandes ist diese Aktion eine der hauptsächlichsten Aufgaben der Partei.

Welche Verbindung besteht zwischen dieser doppelten Aufgabe der Partei: Verteidigung der Gewerkschaften und Arbeit als Kommunistische Minderheit in den Gewerkschaften und Entwicklung der Agitationskomitees innerhalb der Fabriken? In Anbetracht der Untätigkeit und selbst des Verschwindens der Gewerkschaften besteht die Gefahr, daß die Aktions-Komitees in der Parteiarbeit an die erste Stelle treten, daß die Gewerkschaftsarbeit vernachlässigt und teilweise aufgegeben wird.

Um diese Gefahr zu vermeiden, hat der Parteitag beschlossen, daß die Hauptaufgabe der Agitationskomitees in der Verteidigung der Gewerkschaften und der Reorganisierung der Massen im Gewerkschaftsverband besteht. Sie dürfen sich nicht zu Konkurrenzorganisationen der Gewerkschaftsorganisationen entwickeln, sie müssen sich vielmehr bemühen, die ihnen folgenden Massen den Gewerkschaften zuzuführen, um so durch ihre Gewerkschaftsarbeit die Eroberung der Massen der großen Verbände und des Gewerkschaftsbundes durch die Kommunistische Partei vorzubereiten.

Diese vom Parteitag angenommene politische Linie stieß auf eine zweifache Opposition.

Die eine, bestehend aus der Ultralinken und dem Genossen Tasca, bekämpfte die Bildung der Agitationskomitees, indem sie erklärte, daß die Hauptaufgabe der Partei gegenwärtig in der Verteidigung und der Wiederherstellung der Gewerkschaften, ihrer Umwandlung auf Grundlage der Betriebe bestehen. Die Bildung der Agitationskomitees würde diese Arbeit behindern, da auf diese Weise neben den Gewerkschaften eine Massenorgani-

sation unter dem direkten Einfluß der Partei geschaffen würde. Bordiga vertrat den Standpunkt, daß die Agitationskomitees erst später geschaffen werden sollten, und zwar dürften sie nicht von den Massen in den Betrieben gewählt, sondern müßten durch die Gewerkschaftsorganisationen ernannt werden und ihrer Disziplin unterworfen sein. Ebenso befürwortete Tasca die Bildung von gewerkschaftlichen Sektionen in den Betrieben — gegen den Widerstand des Gewerkschaftsbundes — und, für eine spätere Periode, die Identifizierung der Gewerkschaftssektionen mit den Agitationskomitees.

Auf der anderen Seite zeigte sich eine andere Opposition gegen die Thesen der Mehrheit. Piccini, der bis zum Parteitag Mitglied des Zentralkomitees der Partei war, vertrat den Standpunkt, daß die Gewerkschaften durch das faschistische Gesetz ihre Funktion in der italienischen Arbeiterbewegung faktisch verloren hätten, und daß sie als Massenorganisation in Zukunft nicht mehr in Frage kommen. Das faschistische Gesetz habe sie tatsächlich endgültig liquidiert. Die Gewerkschaften verteidigen, bedeute eine Tradition verteidigen und nicht ein Organ, das fähig wäre, noch Arbeiterkämpfe zu führen. Die Partei müsse aus dieser Lage ihre Schlußfolgerung ziehen, die Gewerkschaftsarbeit aufgeben und neue Formen der Massenorganisation ins Leben rufen: die Agitationskomitees, wobei sie diesen aber nicht die Aufgabe der Verteidigung der Gewerkschaften stellen dürfe; sie müsse sich dessen bewußt sein, daß diese neuen Organe die Gewerkschaften in der weiteren Entwicklung der italienischen Arbeiterbewegung ersetzen werden.

Die Mehrheit des Parteitages hat diese beiden extremen Standpunkte lebhaft bekämpft und zurückgewiesen. Gegen den Widerstand der ultralinken Opposition hat sie auch jenen Kommunisten, die den faschistischen Gewerkschaften zwangsweise angehören, Direktiven vorgeschrieben. Sie sollen dort die Forderung erheben nach Einberufung von Generalversammlungen, nach Durchführung der Demokratie im inneren Leben der Organisationen, nach Wahl der Komitees usw., um so die faschistischen Gewerkschaften zum Klassenkampf zu treiben und im Faschismus selbst den Gegensatz der sozialen Interessen zu steigern.

Des weiteren hat der Parteitag, gegen die Stimmen der Ultralinken, Agrarthesen angenommen, die die Arbeit der Partei unter den Bauern konkretisieren.

### *Schlußfolgerungen und Perspektiven*

Der 3. Parteitag bringt die lange innere Krise der Partei zum Abschluß; er besiegelt die politische Niederlage der Linken. Die rechte Gefahr, die auf einige vereinzelte Personen ohne wirklichen Einfluß in der Partei beschränkt ist, ist sozusagen nicht vorhanden; die große Mehrheit der Partei ist einmütig und steht hinter der von der Partei durchgeführten politischen Linie. Diese lange Krise, die die Mitglieder zwingt, die allgemeinen Fragen der Taktik und der Organisation zu diskutieren, hat ihr geistiges Niveau gehoben. Die Partei hat diskutiert, den ultralinken Standpunkt verurteilt und ihre politische Linie festgelegt, indem sie von ihrer eigenen Erfahrung ausging. Ihre Neuorientierung ist keine künstliche, sie entspricht einer tatsächlichen Umwandlung der Ideologie der Masse der Partei.

Andererseits wird die Entwicklung des Einflusses der Partei durch ihr Ansehen in den Arbeiter- und Bauernmassen und durch die allgemeine politische

Lage des Landes stark begünstigt. Sie wird zum einzigen antifaschistischen Aktionszentrum, das die Sympathien der durch den Bankrott des Aventin enttäuschten Massen gewinnt.

Diese Stellung stellt unsere Partei vor zwei große Aufgaben: sie muß sich, trotz der Reaktion, mit diesen sympathisierenden Massen verbinden und sie fest um die Partei organisieren.

Sie muß sich in dieser besonders günstigen Periode bemühen, der Arbeiterklasse das Vertrauen zu sich selbst wiederzugeben, und sie daran gewöhnen, in unserer Partei ihren Führer zu sehen. Dies bedingt die Ausarbeitung eines Planes von Teilaktionen, der stets alle dem Kampf günstigen Umstände ausnutzt und, ohne die Massen in Abenteuer zu stürzen, ihre Kampfkraft durch die Erreichung bestimmter Ziele stärkt.

Durch ihre Aktion zur Verteidigung und Neuorganisation der Gewerkschaften muß sie den Gewerkschaftsbund erobern.

Durch eine kluge und planmäßige Anwendung der Einheitsfronttaktik muß sie die Sympathien der maximalistischen Arbeiter gewinnen und sie in Gegensatz zu ihren Führern bringen, um den Maximalismus zu liquidieren. Dasselbe muß sie gegenüber der Unitarischen Partei tun.

Sie muß den Kampf gegen die Kriegsgefahr und gegen die faschistischen Gesetze ausnützen zur Erweiterung ihres Einflusses auf dem Lande; sie muß ihre bereits erfreuliche Resultate aufweisende Arbeit auf dem Lande verstärken.

Sie muß die zehn Prozent der Parteimitgliedschaft, die noch unter dem Einfluß der ultralinken Ideologie stehen, vollständig gewinnen, indem sie das politische und ideologische Niveau der Partei auch weiterhin hebt.

Dies sind die wichtigsten Aufgaben, deren detailliertere Aufzählung in ihrem Aktionsprogramm festgelegt ist.

Unsere italienische Sektion hat in einer langsamen und schwierigen Entwicklung eine politische Kraft erlangt, die es ihr gestattet, mit Vertrauen in eine neue wichtige Etappe ihrer Entwicklung einzutreten.

Moskau, den 10. Februar 1926

**G. WOITINSKI:**  
**ERFOLGE UND PERSPEKTIVEN DER ARBEITER-  
 BEWEGUNG UND DER NATIONALEN BEWEGUNG  
 IN CHINA**

*1. Die Resultate der Bewegung*

Der Sinn der Ereignisse in Schanghai tritt gegenwärtig deutlich zutage in jenem Kampf, den die chinesischen Massen nach zwei Richtungen hin führen — gegen die Imperialisten und gegen die eigenen Militaristen, für die Zentralisierung des Landes und für seine Demokratisierung.

Sieben bis acht Monate lang war die nationale Bewegung in China fast ununterbrochen im Aufstieg begriffen. Nur einmal gab es eine kleine Pause: Gegen Ende des Sommers, als der Streik in Schanghai aus einer nationalen in eine Klassenbewegung umschlug.

Welches Ergebnis haben die sieben bis acht Monate dieser Bewegung gezeitigt?

Das erste Ergebnis ist, daß die nationalen und militärischen Kräfte des Landes sich zum erstenmal seit der Revolution von 1911 einer politischen Partei — der Kuo-min-tang — genähert haben. Zum erstenmal begann die Kuo-min-tang nicht nur die nationale Bewegung, sondern auch die nationalen militärischen Kräfte des Landes zu beeinflussen und teilweise zu führen. Das hat ungeheure Bedeutung; denn in China stellen in der gegenwärtigen Epoche die nationalen Militärkräfte eine der treibenden Kräfte der Revolution dar, und man kann sich in einem solchen Lande keine Zentralisierung ohne aktiven Eingriff der nationalen militärischen Kräfte vorstellen. Bisher, d. h. bevor in China die Volksarmeen gebildet wurden — d. h. bis zum vorigen Jahre — war nicht ersichtlich, welche militärischen Kräfte bei der Sache der Vereinigung und Zentralisierung des Landes mit der allgemeinen nationalen Bewegung gemeinsame Sache machen würden. Erst nach den Ereignissen von Schanghai wurde es im Verlauf der allgemeinen Entwicklung der nationalen Bewegung klar, daß die Volksarmeen die militärischen Kräfte sind, die gemeinsam mit der Kuo-min-tang die leitenden Kräfte der nationalen Vereinigung darstellen.

Der zweite Erfolg, der im Prozeß der Befreiungsbewegung während dieser wenigen Monate hervorzuheben ist, besteht darin, daß die Kuo-min-tang selbst bedeutend gewachsen ist. Die Kuo-min-tang, die im Vorjahr nur einige Zehntausend Mitglieder zählte, hat gegenwärtig nicht weniger als 300 000 Mitglieder. Diese Ziffern erschöpfen jedoch die Bedeutung und den Einfluß der Kuo-min-tang noch nicht. Die Kuo-min-tang hat aufgehört, eine provinzielle Partei, eine Partei des Südens zu sein. Sie ist jetzt zu einer nationalen Partei geworden. Sie hat ihren Einfluß nicht nur auf Zentralchina, sondern auch auf den Norden ausgedehnt. Außerdem erstreckt sich ihr ideologischer Einfluß natürlich auf noch viel größere Massen, als sie

selbst Mitglieder hat. Die Losungen, die die Kuo-min-tang und die Kommunistische Partei im vergangenen Jahre ausgaben und die für die Mehrzahl der Bevölkerung mehr oder minder abstrakte Begriffe waren, haben sich während der letzten Monate in Losungen verwandelt, denen Hunderttausende und Millionen folgen.

Die Losung der Annullierung der von China nicht auf Grund seiner Gleichberechtigung geschlossenen, der sogenannten „ungleichen“ Verträge, hat nicht nur unter der städtischen Bevölkerung, sondern zum Teil auch unter der Bauernschaft ungeheure Massen erobert. Die Zolltarifkonferenz, die von den Imperialisten im Oktober vorigen Jahres einberufen wurde, ist ein Ergebnis der Bewegung der Massen unter der Losung der Annullierung der „ungleichen“ Verträge. Die Tarifkonferenz der imperialistischen Staaten in Peking war ein Zugeständnis der Imperialisten, zu dem diese unter dem Druck der sozialen Bewegung und infolge des Kampfes der Massen unter der Losung: „Nieder mit den ungleichen Verträgen!“ genötigt wurden. Unter der Losung der allchinesischen Nationalversammlung, die von der Kuo-min-tang und der Kommunistischen Partei im Oktober-November vorigen Jahres ausgegeben wurde, fand in den bedeutendsten Zentren Chinas — Peking, Schanghai, Nanking und anderen Städten — der Kampf statt. Die die Interessen des englisch-japanischen Kapitals vertretende Regierung Tschang Tso-lins geriet ins Wanken, wurde geschwächt und war gezwungen, einen Teil der Minister fallen zu lassen, sie teils durch liberale Minister, teils durch Mitglieder der Kuo-min-tang zu ersetzen. Das erfolgte unter dem Druck der Massen, die unter den Losungen: „Nationalversammlung“, „Sturz der gegenwärtigen militärischen Regierung“ und Einsetzung einer „demokratischen Regierung“ marschierten.

Abgesehen von dem Kampf um diese politischen Hauptlosungen, denen die Volksmassen folgten, führten die Kommunistische Partei und die Kuo-min-tang die Massen auch gegen die ausländischen Unternehmer und gegen die Provinzbehörden in den Kampf.

Im Süden Chinas hatte die revolutionäre Bewegung einen noch ausgeprägteren Charakter. Während sich der Kampf in Schanghai und den Zentralprovinzen gegen den vereinigten Block der Imperialisten richtete, bald gegen die Japaner, bald gegen die Engländer, dann wieder als Einheitsfront gegen alle Imperialisten vorging, richtete sich die Bewegung im Süden ausschließlich gegen den britischen Imperialismus.

Außerdem hatte die Bewegung hier einen mehr volkstümlichen Charakter, denn in der Provinz Kwantung liegt die Macht in den Händen der Kuo-min-tang, die eine Regierungspartei ist. Hier unterstützte die Regierung die Bewegung der Volksmassen. In letzter Zeit hat der britische Imperialismus hier eine ungeheure Niederlage erlitten — eine Niederlage, wie er sie in China während der ganzen Zeit seit seinem Eindringen in das Land noch nicht erlebt hat. Der Umstand, daß Hongkong zeitweilig aufgehört hat, der wichtigste Verkehrshafen zu sein, daß er wirtschaftlich untergraben wurde — bedeutete für den britischen Imperialismus nicht nur im Süden, sondern in ganz China die größte moralische Niederlage. Das tat den englischen Imperialisten, sogar in den übrigen Kolonien, wie in Indien, ungeheuren Abbruch.

Andererseits schuf der Umstand, daß die Engländer zum erstenmal eine derartige Niederlage im Süden Chinas erlitten hatten, der Umstand, daß die

chinesischen Massen die Offensive und die Möglichkeit der Intervention vereitelten, die Voraussetzungen für die Entwicklung der nationalen revolutionären Bewegung in größerem Umfange als jemals vorher. Dadurch erhielt die Basis von Kanton die Möglichkeit, sich zu festigen, die Bauernmassen in die Bewegung hineinzuziehen und die ganze Provinz von den einheimischen Gegenrevolutionären zu säubern.

Die Provinz Kwantung besaß ihren eigenen gegenrevolutionären General Tscheng Tsu-ming, der von den Engländern mit Geld und Verkehrsmitteln unterstützt wurde. Als der Kantoner Streik Hongkong eine Niederlage bereitete, wurden dadurch gleichzeitig die Ueberreste der chinesischen Gegenrevolution aus der Provinz Kwantung verdrängt. Gegenwärtig bildet der Süden die Hauptbasis, von der aus die Befreiung sich weiter ausbreiten kann.

Die Bewegung in den Zentral- und Nordprovinzen, vor allem der Kampf der Arbeitermassen — haben zweifellos beim Erfolg im Süden eine ungeheure Rolle gespielt. Nach dem unmittelbaren Kampf gegen die Imperialisten sahen wir eine Reihe bedeutender wirtschaftlicher Streiks in Schanghai, Hankou, Nanking und Tientsin. Zum erstenmal in China sehen wir die Arbeiter nicht nur gegen die ausländischen Unternehmer, sondern auch gegen die einheimischen Kapitalisten kämpfen. Aber hier steht die nationale Bewegung selbst vor einer Spaltung. Ehemals richtete der Kampf sich nur gegen die ausländischen Imperialisten, und die Arbeitermassen wurden von den Sympathien seitens der Millionenmassen der Kleinbourgeoisie, seitens der Handwerker, Ladenbesitzer, Handelsbourgeoisie und zum Teil sogar der Großbourgeoisie unterstützt. Als jedoch die Arbeiterbewegung sich gegen die einheimischen Kapitalisten kehrte, begannen die mittleren und kapitalistischen Schichten sich von der nationalrevolutionären Einheitsfront abzuwenden.

Hier erhielten die Kommunistische Partei und die Kuo-min-tang eine ungeheure Lehre, die in Zukunft eine große Rolle spielen wird. Sie lernten begreifen, daß es Situationen gibt, wo das Proletariat sich gemeinsam mit den übrigen Bevölkerungsschichten, gemeinsam mit der Kleinbourgeoisie zum Kampf gegen die Imperialisten erhebt. Sobald jedoch das Proletariat manövrieren muß, sobald die Bewegung abzuflauen beginnt, da ist die Kleinbourgeoisie bereits keine Hilfe mehr, sondern ein Hemmschuh. Unsere Kommunistische Partei hat gegenüber der Kleinbourgeoisie und der mittleren Handelsbourgeoisie eine Reihe von äußerst komplizierten Manövern ausführen müssen.

Im Süden bewies dieser Prozeß, daß dort, wo eine demokratische Volksregierung besteht, beim Abströmen eines Teiles der Bourgeoisie vom Proletariat die Bauernschaft in die Bresche tritt. Der Kampf gegen Tscheng-Tsu-ming bewies, daß die Bauernschaft die Arbeiter im Kampfe gegen die konterrevolutionären Generäle unterstützt.

Das ist natürlich einer der Haupterfolge der nationalen Befreiungsbewegung. Die in der letzten Zeit zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und dem Industrieproletariat hergestellte Verbindung ist für das ganze Land von ungeheurer Bedeutung. Die Kommunistische Partei spielte bei der Führung der Streikbewegung und bei der Organisation der Gewerkschaften eine ungeheure Rolle.



Die Ergebnisse dieser Verbindung traten, abgesehen vom Wachstum der Kommunistischen Partei selbst, in folgendem zutage: In Schanghai sind zum erstenmal 120 000 Industriearbeiter gewerkschaftlich organisiert worden; Presse und Bildungsarbeit in diesem großen ausländischen Hafen wurden organisiert. Die Kommunistische Partei arbeitete zu Beginn des Aufstandes fast unter legalen Verhältnissen; als jedoch die nationale Bewegung abflaute, da begann nicht nur für die Partei, sondern auch für die Gewerkschaften eine Periode der Illegalität. Aber auch unter diesen Verhältnissen wuchs die Kommunistische Partei durch den Zustrom der fortgeschrittenen Elemente des Industrieproletariats. Unsere Partei besitzt eine ziemlich große Presse — mehrere Wochenblätter (50 000 Exemplare wöchentlich) eine Reihe illustrierter Arbeiterzeitschriften, Zeitungen; sogar die Wandzeitungen haben in China in einer Reihe von Fabriken der Industriezentren Anklang gefunden. Außerdem beteiligt sich die Presse aktiv an der Tätigkeit der Kuo-min-tang.

Die Kuo-min-tang ist eine ziemlich große demokratische Volkspartei, deren soziale Grundlage ziemlich buntscheckig ist: Bauern, Handwerker, städtische Arbeiter, Intellektuelle und Kaufleute. Im Verlaufe des Kampfes ist die Partei während der letzten 6 bis 7 Monate bedeutend gewachsen und in ihren Reihen hat eine Differenzierung begonnen. Das ist natürlich nur eine Widerspiegelung der allgemeinen sozialen Differenzierung im Lande. Wenn die Bourgeoisie von der Arbeiterbewegung, von der nationalen Einheitsfront abzuströmen beginnt, muß das natürlich auf die Kuo-min-tang zurückwirken. Innerhalb der Kuo-min-tang machen sich Schwankungen bemerkbar. In der letzten Zeit hat sich in der Kuo-min-tang ein rechter Flügel aus jenen Elementen herauskristallisiert, die ihr seit der Revolution von 1911 angehören, aber mit der alten Aristokratie, der ehemaligen Bürokratie und zum Teil mit den ausländischen Unternehmern in Verbindung stehen. Dieser Teil der Kuo-min-tang beginnt den Kampf um die Mehrheit in der Partei, um den Parteiapparat. Zwischen dem linken und dem rechten Flügel fand und findet jetzt ein Kampf innerhalb der Partei statt. Der linke Flügel der Kuo-min-tang und die Kommunisten kämpfen unter der Losung der Parteeinheit. Sie kämpfen gegen die Spaltung der Partei und entlarven die rechten Führer als Elemente, die den Imperialisten und Militaristen in die Hände arbeiten und die Spaltung der Partei anstreben.

Der letzte Kongreß der Kuo-min-tang bewies, daß es der Mehrheit gelungen ist, die Parteeinheit zu erhalten. Es genügte der Ausschluß einer Reihe von rechten Kuo-min-tang-Mitgliedern, um die Partei zu sanieren und ihr die Möglichkeit zu geben, zu wachsen und neue Massen zu gewinnen.

Die Einheit der Kuo-min-tang ist gegenwärtig von besonderer Wichtigkeit. Man kann den Imperialisten keine Einheitsfront entgegenstellen, wenn zwischen den Kommunisten und den Kuo-min-tang-Mitgliedern kein fester Block besteht. Darum war der soeben beendete Kongreß der Kuo-min-tang der Ansicht, daß in nächster Zeit die Aufgabe darin bestehen wird, nicht nur die Einheitsfront zu bewahren, sondern sie zu erweitern, indem man nicht nur die Kuo-min-tang-Mitglieder, sondern auch jene politischen Gruppierungen und Elemente in die Einheitsfront einbezieht, die gegen die Imperialisten vorgehen wollen, selbst wenn sie das Programm der Kuo-min-tang nicht teilen.

Es gibt in China rein nationalistische Gruppierungen, die man in diese Front einbeziehen kann. Die Bewahrung der antiimperialistischen Einheitsfront, ihre Festigung, wird von der Kommunistischen Partei als besonders wichtig angesehen, da die Imperialisten gegenwärtig eine noch größere Aktivität an den Tag zu legen beginnen als früher. Im vergangenen Jahr, während der Ereignisse von Schanghai, gerieten die Imperialisten ein wenig aus dem Konzept, ihre Aktivität ließ nach, sie unternahmen mehrere Monate hindurch keinerlei entschiedene Schritte zur Unterdrückung der sozialen Bewegung. Gegenwärtig jedoch, wo in der nationalen Bewegung ein vorübergehender Stillstand eingetreten ist, beginnen die japanischen Imperialisten im Norden und die englischen im Süden zur Offensive überzugehen. Der letzte Konflikt auf der Ostchinesischen Bahn ist der Ausdruck der im Norden von den Japanern entwickelten „Aktivität“. Andererseits deuten die Aussperrungen in den Gruben zwischen Tientsin und Schanghai auf eine Aktivität der Engländer hin. Im Süden will der Generalgouverneur von Hongkong die Unterhandlungen mit den Kaufleuten von Hongkong nicht weiter fortsetzen. Das ist wiederum ein Beweis für die Aktivität der englischen Imperialisten in China. Es ist anzunehmen, daß zwischen den englischen und japanischen Imperialisten bereits gewisse Vereinbarungen über einen Angriff auf die nationale Bewegung bestehen. Die Imperialisten wollen zweifellos die gegenwärtig in der nationalen Bewegung Chinas eingetretene Stockung benützen, um gegen die Einheitsfront oder deren einzelne Teile die Offensive zu eröffnen.

Amerika wird aller Wahrscheinlichkeit nach keine aktiven Schritte im Sinne einer unmittelbaren Intervention oder der offenen Unterstützung der Militaristen unternemen, es wird aber den rechten Flügel der nationalen Bewegung unterstützen und den Versuch unternemen, die Befreiungsbewegung durch politische Intrigen, Diplomatie, Presse, durch Professoren usw. zu zersetzen. So versuchen die Imperialisten von allen Seiten, ideologisch und durch militärische Intrigen, die nationale Bewegung zu unterdrücken und zu zersetzen. Unter solchen Verhältnissen ist die Einheitsfront unerlässlich. Die Bewahrung der Einheit der Kuo-min-tang ist absolut notwendig und ein Erfolg der Befreiungsbewegung.

## 2. Die Perspektiven der Bewegung

Es hat den Anschein, als ob die Bewegung in China gegenwärtig im Abflauen begriffen ist. Die Volksarmeen im Norden haben eine teilweise Niederlage erlitten, die großen Aktionen, die großen Demonstrationen, die Streiks haben aufgehört. Es hat den Anschein, als ob die revolutionäre Welle zurückgehe. In Wirklichkeit ist das jedoch nicht der Fall. Es ist zwar richtig, daß große Aktionen fehlen, daß die Streikwelle fehlt, aber das kann auch nicht ununterbrochen fort dauern. Dagegen kann man mit voller Ueberzeugung sagen, daß die nationale Bewegung keine Niederlage erlitten hat, daß die Arbeiterklasse Chinas als Ganzes sich noch gar nicht erhoben hat, daß noch längst nicht alle städtischen Arbeitermassen in den Kampf einbezogen worden sind.

Wir stehen noch ganz am Anfang des begonnenen Kampfes, der weltgeschichtliche Bedeutung hat. Gegenwärtig wird ein so großes Industrie-

zentrum, wie Tientsin, das die Bewegung in Schanghai nicht unterstützte, als die Streikwelle dort ihren Höhepunkt erreichte, zum revolutionären Zentrum des Nordens von China. Erst dieser Tage fand in Tientsin der dritte allchinesische Eisenbahnerkongreß statt. Es ist dies der erste Fall in der Geschichte Chinas, daß ein Kongreß im Norden tagt. Die Arbeiter des Nordens beginnen in die Bewegung einzutreten, die Arbeiter des Nordens beginnen am Kampf teilzunehmen. Das bedeutet, daß die Arbeiterbewegung Chinas neue und äußerst wichtige Gebiete zu erfassen beginnt.

Das gleiche kann man auch hinsichtlich der nationalen Bewegung sagen. Es gibt eine Reihe von Provinzen, die erst jetzt in die anti-imperialistische Bewegung einbezogen werden. Das kann man beispielsweise über die ganze Provinz Tschili sagen. Somit hat die nationale Bewegung die größten Möglichkeiten vor sich. Sie hat keine Niederlage erlitten. Die Bewegung hat sich nur infolge der militärischen Umgruppierungen etwas verlangsamt.

Die Japaner unterstützen Tschang Tso-lin. Die Engländer wollen Wu Pei-fu unterstützen, ihn wieder in die Höhe bringen. Infolgedessen findet im Lande eine Umgruppierung der militärischen Kräfte statt. Aber wie bereits jetzt zu sehen ist, werden diese Umgruppierungen die Bedeutung der Volksarmeen als der wichtigsten, gegen den Imperialismus und die einheimischen Militaristen gerichteten Militärmacht nicht beeinträchtigen können. Die Provinz Schantung, wo sich Tschang Tso-lins Vertreter befinden, macht gegenwärtig einen Kampf durch, dessen Ergebnis zu einer Ausbreitung des Einflusses der Volksarmeen führen kann. Während dieser Umgruppierungen konzentriert sich Tschang Tso-lin im Norden und sammelt seine Kräfte. Aber die Nachricht, daß er die Mandschurei für unabhängig erklären will, beweist, daß er sich fürchtet, sofort den Kampf um die Macht in ganz China zu beginnen und bloß seine Kräfte sammelt, um sich für die Zukunft vorzubereiten. Aber in der Mandschurei selbst ist seine Stellung sogar trotz der Unterstützung der japanischen Imperialisten keine allzu feste. Gegenwärtig erleben wir somit eine Periode einer gewissen Stabilisierung und des Waffenstillstandes. Wir stehen vor einem Waffenstillstand, während dessen die nationale Bewegung, die noch keine Niederlage erlitten hat, neue Kräfte sammeln kann. Es findet ein Organisationsprozeß, eine Sammlung der Kräfte statt. Nach einer gewissen Zeit sind neue militärische Konflikte unvermeidlich.

Vor welche Aufgaben sind die Kommunistische Partei und die Kuo-min-tang bei einer derartigen militärischen und politischen Lage gestellt? Diese Aufgaben bestehen in folgendem: Die Kommunistische Partei und die Kuo-min-tang stellen nach wie vor die Losungen der provisorischen Volksregierung und der allchinesischen Nationalversammlung auf. Gleichzeitig müssen sie begreifen, daß die Entwicklung und Stärkung der Organisationen sowie die Propaganda unter der Bauernschaft und deren Organisierung zu den Hauptaufgaben gehört. Diese Periode muß ausgenutzt werden, um zu festigen, was uns die Bewegung bisher gebracht hat. Sodann ist es notwendig, die antiimperialistische Bewegung auszugestalten, indem man die Massen über die Angriffe der Imperialisten aufklärt. Man muß versuchen, einige Gruppen in der Provinz Tschili zu neutralisieren und die neugebildeten Militärgruppen in die antiimperialistische Bewegung einzubeziehen. Hier wären noch einige

Worte über Wu Pei-fu zu sagen. Er ist ein bedeutender General, der bis zum vorigen Jahr eine große Rolle gespielt hat. Während der Ereignisse in Schanghai und nachher war er durch den ganzen Verlauf der Bewegung zur Neutralität gezwungen, war er gezwungen, nicht gegen die Volksarmeen vorzugehen. Gegenwärtig, wo es Tschang Tso-lin gelungen ist, die Volksarmeen im Norden zurückzuschlagen, und wo eine Periode des Waffenstillstandes begonnen hat, will Wu Pei-fu aufs neue gegen die Volksbewegung vorgehen, um so wieder ein militärischer Faktor zu werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß er sowohl auf dem Territorium, wo er sich befindet, als auch in den Provinzen, wohin er sich wenden wird, diskreditiert werden wird, und zwar deshalb, weil er nicht gegen Tschang Tso-lin, sondern gegen die Volksarmeen vorgeht und dadurch in Wirklichkeit Tschang Tso-lin und folglich auch die Japaner und Engländer unterstützt.

Die Kommunistische Partei und die Kuo-min-tang erkennen, daß in diesem Augenblick die Organisation der Einheitsfront aller sozialen Kräfte — linke Kuo-min-tang-Mitglieder, Zentristen und reine Nationalisten mit einbegriffen —, die Kardinalfrage ist. Es ist anzunehmen, daß es der Kuo-min-tang und der Kommunistischen Partei gelingen wird, die Einheitsfront gegen die Imperialisten zu bewahren und auszugestalten. Die Woge der Befreiungsbewegung hat seit dem Mai des vorigen Jahres nicht nur die Massen der großen Häfen, sondern auch durch die Bauernverbände Hunderttausende von Bauern im Süden Chinas in die Bewegung hineingerissen. Die Bauernverbände Chinas sind Kampforganisationen, die die Ortsbehörden, die Grundbesitzer bekämpfen und die in den Kampf gegen die Imperialisten einbezogen werden. Aber nicht nur im Süden ist es gelungen, mit der Organisation der Bauern zu beginnen. Es ist dies auch in mehr oder weniger großem Maße im Gebiete der Volksarmeen, in den Provinzen Honan und Tschili, unweit von Peking, gelungen. Wir hörten vor zwei Monaten von Bauernaktionen und Demonstrationen. Die Bauern forderten die Aufhebung der Zölle auf die Einfuhr ihrer Erzeugnisse in die Städte.

Wird es in nächster Zeit gelingen, eine zentrale Regierung zu organisieren, falls es zu militärischen Konflikten zwischen den Truppen von Mukden und den Volksarmeen kommt und die Volksarmeen siegen? Wird es gelingen, die allchinesische Nationalversammlung zu organisieren, wie das im Programm der Kuo-min-tang gefordert wird? Das wird davon abhängen, ob die Kuo-min-tang und die Kommunistische Partei es verstehen werden, sich den Waffenstillstand zunutze zu machen, die soziale Bewegung zu organisieren, und es hängt ab von dem Einfluß der Kuo-min-tang auf die Volksarmee. Nur in unmittelbarer Verbindung mit diesen Fragen kann man die Frage stellen, ob die Bildung einer Volksregierung, ob die Einberufung einer allchinesischen Nationalversammlung möglich ist.

Auf jeden Fall aber sind diese Losungen — Zentralisierung des Landes, Bildung einer demokratischen Regierung—, von der Kommunistischen Partei und der Kuo-min-tang gleich zu Beginn der Ereignisse in Schanghai ausgegeben, die leitenden Losungen, mit deren Hilfe die Kommunistische Partei und die Kuo-min-tang die Massen sowohl vor als auch nach der Niederlage der Mukdenschen antinationalen Kräfte führen werden.

16. Februar 1926

## D. PEPPER: NEUE ERSCHEINUNGEN IN DER INTER- NATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG

Eine Reihe neuer Erscheinungen soll hier zusammengefaßt werden, die im letzten Jahre in der internationalen Arbeiterbewegung sich gezeigt haben. Eine zweifache Bewegung können wir feststellen: einerseits wurden gewisse Teile der Arbeiterbewegung nach rechts gedrängt, andererseits beginnen breite Schichten der internationalen Arbeiterbewegung sich in der entgegengesetzten Richtung, nach links zu entwickeln.

Zur Methode der Verallgemeinerung der Erscheinungen ist es nötig, zu bemerken, daß ich hier nur die Konturen und kleine Details geben will. Ich will hauptsächlich das Neue hervorheben, deshalb wird das Bild nicht vollständig sein, es wird manchmal sogar einseitig erscheinen. Diese Arbeit hat nicht den Zweck, eine Analyse der Sozialdemokratie oder der Arbeiterbewegung als Ganzes zu geben, sondern nur eine Analyse der neuen Erscheinungen innerhalb der Sozialdemokratie, innerhalb der Arbeiterbewegung. Es wäre eine Verschiebung der Proportionen, wenn wir in unseren taktischen Konklusionen nur die hier geschilderten Neuerscheinungen in Betracht ziehen würden und nicht auch die hier nichtgeschilderten unverändert gebliebenen Bestandteile und Faktoren der Arbeiterbewegung.

### I.

#### *Erscheinungen der Rechtsentwicklung*

Eine Reihe Erscheinungen zeigen eine deutliche Rechtsentwicklung mancher Schichten und Formen der Arbeiterbewegung. Diese Rechtsentwicklung hat als soziale Basis eine Erstarkung der Arbeiteraristokratie in manchen europäischen Ländern, hauptsächlich aber in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Wurzeln dieser Entwicklung liegen:

1. In der relativen Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage Europas, möglich geworden hauptsächlich durch den Kapitalexport aus Amerika.

Der Kriegszusammenbruch vernichtete in Deutschland und in allen besiegten Ländern die Privilegien der Arbeiteraristokratie, verminderte die numerische Stärke dieser bevorzugten Schicht der Arbeiterklasse; gleichzeitig aber wurden Millionen bis dahin unorganisierter, ungelernter, wirklich proletarischer Massen in die Gewerkschaften und in das politische Leben hineingezogen. Die Entwicklung der letzten Jahre aber brachte eine entgegengesetzte Tendenz mit sich. Arm in Arm mit der Stabilisierung des Kapitalismus vollzieht sich eine Neubildung der Arbeiteraristokratie. Besonders klar tritt diese Erscheinung in Deutschland auf, wo sie sogar durch bewußte Bestrebungen des deutschen Unternehmertums gefördert wird. Große Massen der un-

gelernten Arbeiter haben die Gewerkschaften wieder verlassen, und es besteht wieder eine große Kluft zwischen den Löhnen der Arbeiteraristokratie und des eigentlichen Proletariats. Diese Neubildung der Arbeiteraristokratie ergab ja die soziale Grundlage für das Wiedererstarken der Sozialdemokratie in Deutschland.

2. In dem mächtigen Aufschwung des amerikanischen Imperialismus, den er durch den Kapitalexport, durch die gewalttätige und halbgewalttätige Eroberung neuer Märkte besonders in den letzten zwei Jahren genommen hat, liegt die zweite Wurzel dieser Rechtsentwicklung in der internationalen Arbeiterbewegung. Kein imperialistisches Land hat jemals in der Geschichte so viel Kapital exportiert, wie Amerika in den Jahren 1924 und 1925. Die ganze Welt schuldet dem amerikanischen Imperialismus, und die ganze Welt muß schwer arbeiten, um diese Schulden zu amortisieren und ihre Zinsen zu tilgen. Dazu werden noch die alten Kriegsschulden, die lange Zeit nur papierne Unterschriften bedeuteten, jetzt eine nach der anderen fundiert. Millionen und Hunderte von Millionen Dollar strömen jährlich von Europa, von Asien, von Mittel- und Süd-Amerika nach den Vereinigten Staaten als Tribute der ganzen Welt an den amerikanischen Imperialismus. Kein imperialistisches Land war jemals in der Lage, so große und so feste Brocken als Anteil an der Beute seiner Arbeiterklasse hinzuwerfen, wie die Bourgeoisie der Vereinigten Staaten. Der Krieg und das ökonomische Erdbeben der Nachkriegszeit im Jahre 1921 erschütterten zwar sogar die Privilegien der amerikanischen Arbeiteraristokratie, aber in den Jahren 1924 und 1925 erlebten wir eine Restauration der Vorrechte der Arbeiteraristokratie. Das Verbot der Einwanderung gibt der amerikanischen Arbeiteraristokratie eine monopolistische Stellung; es bedeutet eine Art Hochschutzzoll für die Ware Arbeitskraft. Die amerikanische Arbeiteraristokratie hat heute die höchsten Arbeitslöhne der Welt.

In den letzten Zwei Jahren zeigen sich immer klarer die Folgen dieser Restauration der Sonderrechte der Arbeiteraristokratie:

1. Zusammenschumpfen der Gewerkschaften auf die Hälfte;
2. Abebben der Labor Party-Bewegung, die im Jahre 1923 wirklichen Massencharakter zeigte;
3. Aufkommen von Unternehmengewerkschaften (Company Unions) als Massenerscheinung in den Jahren 1924 und 1925;
4. Kapitalistische Entwicklung der Gewerkschaften durch Gründung von Arbeiterbanken und durch andere Formen der unmittelbaren Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten.
5. Entwicklung des Labor-Imperialismus, der „Monroe-Doktrin der Arbeit“, der Ideologie des pan-amerikanischen Arbeiterimperialismus, wie sie am krassesten im Bericht der „American Federation of Labor“ zu ihrem letzten Kongreß zum Ausdruck kam:

„Laßt uns fühlen, daß der nordamerikanische Kontinent, die Vereinigten Staaten und Kanada mit unserer Schwesterrepublik Mexiko unser Gebiet ist, und daß es unsere Absicht ist, auf diesem Gebiet unter der Arbeiterschaft tätig zu sein . . . Des weiteren geben wir der Welt die ernsteste Warnung, deren wir fähig sind, daß wir freiwillig in der westlichen Hemisphäre keine Bewegung der „alten Welt“ dulden werden, die den amerikanischen Völkern sich aufzwingen will. Was die Regierung der Vereinigten Staaten durch Präsident Monroe Europa gegenüber als eine War-

nung gegen bewaffnete Angriffe erklärt hat, erklären wir mit gleichem Nachdruck gegen Angriffe durch Propaganda. Die amerikanischen Kontinente sind für Demokratie. Die pan-amerikanische Föderation ist die anerkannte internationale Arbeiterbewegung der amerikanischen Kontinente. Vermittelt dieser geben die amerikanischen Republiken den Bestrebungen und Idealen ihrer Arbeitermassen Ausdruck und die amerikanischen Völker sind entschlossen, daß dies so bleiben soll.“

Eine Reihe historischer Umstände (zuerst unbeschränktes freies Land, später das Fehlen einer zentralisierten Regierung im europäischen Sinne und die Vertiefung der Spaltung der Arbeiterklasse in Arbeiteraristokratie und eigentliches Proletariat durch nationale Gegensätze) brachten die für die amerikanische Arbeiterschaft schon vor dem Kriege so charakteristische Entwicklung der Arbeiteraristokratie mit sich. Das wahnwitzige Tempo der imperialistischen Entwicklung in den letzten zwei Jahren hat die durch ökonomische Krisen und vereinte Angriffe der neuen zentralen Staatsgewalt und der Bourgeoisie zerrüttete Arbeiteraristokratie wieder erstarren lassen. Es ist also kein Zufall, daß die einzige wirkliche Massenorganisation der amerikanischen Arbeiterschaft, die „American Federation of Labor“, die durch die Arbeiteraristokratie beherrscht wird, außerhalb, und zwar rechts von der II. Internationale steht.

Die III. Internationale ist die Vertreterin der allgemeinen grundlegenden historischen Interessen des Proletariats im Weltmaßstabe.

Die II. Internationale ist die politische Vertreterin der Arbeiteraristokratie Europas (wenn auch die überwältigende Mehrheit ihrer Mitgliedschaft wirkliche Proletarier sind).

Die American Federation of Labor ist aber die Vertreterin der Arbeiteraristokratie der Arbeiteraristokratie.

Die II. Internationale ist der politische Ausdruck der Tatsache, daß die europäische Arbeiteraristokratie einen Anteil an den Ueberprofiten der europäischen Bourgeoisie hat, die aus den Kolonien herausgepreßt werden.

Die „American Federation of Labor“ mit ihrer Politik des Klassenzusammenwirkens nach innen und des pan-amerikanischen Imperialismus nach außen ist der politische Ausdruck der Tatsache, daß die amerikanische Arbeiteraristokratie die Ueberprofite des amerikanischen Imperialismus teilt, die er nicht nur aus den Kolonien und den Mittel- und Südamerikanischen Halbkolonien, sondern auch aus der Arbeit des europäischen Proletariats als Ganzes herauspreßt.

## II.

### *Erscheinungen der Linksentwicklung*

Reich, mannigfaltig und bunt sind die Erscheinungen, die die Linksentwicklung mancher Arbeiterschichten zeigen. Mit gewissem Recht könnte man diese Linksentwicklung als ein Wiederaufleben der Zweieinhalbinternationalen-Stimmung charakterisieren.

Wir möchten hier die wichtigsten dieser Tatsachen und Symptome aufzählen:

1. Das Bündnis des englisch-russischen Proletariats. Das Gewerkschaftseinheitskomitee der Arbeiterklassen Groß-Britanniens und der Sowjetrepubliken ist die organisatorische Form dieses Bünd-

nisses. Der Anschluß der finnischen und norwegischen Gewerkschaften an das Einheitskomitee sind weitere Symptome des Kampfgeistes, ebenso wie das mächtige Echo der Einheitsbewegung in den Gewerkschaften der ganzen Welt.

2. Die Arbeiterdelegationen nach der USSR. Sicherlich ist es eines der wichtigsten Merkmale der Zeit, daß die europäischen Arbeiter beginnen, die Sowjetunion zu „entdecken“. Der Erfolg der britischen Arbeiterdelegation hatte eine prinzipielle Bedeutung. Die Resultate der deutschen Arbeiterdelegation wirken sich in immer breiterem Umkreis aus. Das Buch „Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Sowjetrußland?“ wurde in 100 000 Exemplaren verkauft. In über 1000 Gewerkschafts- und Belegschaftsversammlungen wurde über die Erfahrung der deutschen Arbeiterdelegierten Bericht erstattet.

Auch die tschechische, die schwedische und die norwegische Arbeiterdelegation zeigten Massenausstrahlungen. Sogar in den Vereinigten Staaten von Amerika haben fast 200 000 Arbeiter Komitees gebildet, um Arbeiterdelegationen nach dem Lande des sozialistischen Aufbaus und der Arbeiterherrschaft zu senden.

3. Die Herauskristallisierung linker Flügel. Kaum ein wichtiges Land gibt es heute, in dem jetzt nicht heftige Kämpfe zwischen linken und rechten Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie vorhanden wären. Die ersten Jahre der Nachkriegsperiode zeigten überall die Spaltung der Sozialdemokratie. Mit der fortschreitenden Stabilisierung des Kapitalismus stabilisierte sich aber auch die Sozialdemokratie. Der Hamburger Kongreß im Jahre 1923 brachte die Vereinigung der Zweiten und Zweieinhalb Internationale. Der Jubel der Einheit dauerte aber nicht lange. Heftige Fraktionskämpfe erschüttern jetzt wieder den ganzen Körper der internationalen Sozialdemokratie.

Wir wollen hier die wichtigsten Symptome der einzelnen Länder aufzählen:

**Groß-Britannien:** Die merkwürdigsten Erscheinungen der Herauskristallisierung eines linken Flügels sehen wir in England, im Lande der konservativsten Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit.

Was sind die wichtigsten Zeichen?

1. Die wachsende Aktivität der Arbeiterklasse. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften ist seit dem letzten Herbst im Wachsen. Die Stimmenzahl der Labour Party wurde in allen parlamentarischen Nachwahlen und Gemeindewahlen der jüngsten Zeit größer.

2. Die innere Kohesion, das Solidaritätsgefühl der Arbeiterklasse ist im Wachsen; wichtige Verschmelzungsprozesse gehen in den Gewerkschaften vor sich; starke Tendenzen zeigen sich zur Bildung der „Industriellen Allianz“; allgemein ist die Parole: „Mehr Macht für den General Council“ (Generalrat der Gewerkschaften).

3. Eine allgemeine Kampflost beherrscht die Arbeiterklasse; der „Rote Freitag“ war bisher der Höhepunkt dieses Kampfgeistes; eine stürmische Opposition empfangt das von Thomas abgeschlossene Abkommen in der Eisen-



bahnergewerkschaft (nur 41 Stimmen waren dafür, darunter 15 bezahlte Angestellte der Gewerkschaft, und 36 Stimmen dagegen, also die wirkliche Mehrheit der Delegierten).

4. Der Gewerkschaftskongreß in Scarborough brachte den Sieg des linken Flügels; auch die Niederlage des linken Flügels auf dem Kongreß der Labour Party in Liverpool ist nicht so schlimm, wenn man die Abstimmungsergebnisse analysiert, da in jeder geschlossen abstimmenden Delegation starke Minderheiten für die linke Politik vorhanden waren.

5. Der linke Flügel organisiert sich in den verschiedensten Formen; die Minderheitsbewegung in den Gewerkschaften ist in ständigem Wachsen; die Presse des linken Flügels sprießt auf wie Pilze nach einem Regen; der linke Flügel beginnt auch in der Labour Party organisatorische Form anzunehmen.

6. Wichtige Veränderungen gehen in der Ideologie der Arbeiterschaft vor sich: die sozialistischen Ideen durchdringen immer mehr das Proletariat, das sich früher nur bis zur „Trade-Unions-Ideologie“ emporschwang; die Frage der außerparlamentarischen revolutionären Gewalt wird in der ganzen Arbeiterpresse wochenlang diskutiert.

Deutschland: Die Opposition in der Sozialdemokratie besteht schon seit längerer Zeit. Ihre hauptsächlichsten Herde waren Hessen-Frankfurt und Sachsen. Diese lokale Opposition wuchs aber zu einem linken Flügel im nationalen Maßstabe, als die Kehrseite des Dawes-Planes sich manifestierte — die Massenarbeitslosigkeit und die ständige Regierungskrise. Die Frage der Fürstenentschädigung, der Großen Koalition, die Auswirkungen Locarnos und die Arbeiterdelegationen nach der USSR, haben gewaltig zur Vertiefung und Verbreiterung dieses oppositionellen linken Flügels beigetragen. Im Reichsmaßstabe hat sich dieser linke Flügel gegen die Koalition mit der Bourgeoisie erklärt. In seinem Hauptzentrum, in Sachsen, ist er aber schon einen Schritt weitergegangen; er erklärt sich schon für eine Koalition mit den Kommunisten. Zwei große Siege dieser Opposition, die gleichzeitig auch Siege der Kommunistischen Partei bedeuten, zeigen das Erstarken des Massendrucks dieser linken Opposition. Die offizielle Leitung der Sozialdemokratie war gezwungen, unter dem Drucke ihrer eigenen Mitgliedschaft in den Fragen der Großen Koalition und des Volksentscheids über die Expropriation der Fürsten zu kapitulieren. Die sozialdemokratische Parteileitung mußte zähneknirschend die Vermittlung der Gewerkschaften in der Volksentscheidsfrage in Anspruch nehmen, da sonst (wie eine bürgerliche Zeitung schrieb) ihre Anhänger nicht nur bataillonsweise, sondern als ganze Armeen zu den Kommunisten übergelaufen wären.

Frankreich: Die französische Politik steht im Zeichen der Finanzkrise, der permanenten Regierungskrise und der Kolonialkriege. Der Januar-Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs war eigentlich nichts anderes als die politische Widerspiegelung dieser drei Krisen. Der Parteikongreß endete mit dem Siege des linken Flügels in der entscheidenden Frage; mit 1766 Stimmen gegen 1331 wurde die Resolution gegen die sofortige Beteiligung an einem Kabinett, in dem die Parteien des radikalen Kleinbürgertums die Mehrheit hätten, angenommen. Der linke Flügel zeigt drei Strömungen: die Gruppe

Faure-Blum, die bereit wäre, sich an einem Ministerium zu beteiligen, wenn die Mehrheit des Kabinetts für die Sozialistische Partei gesichert wäre, wenn auch der Ministerpräsident ein Radikaler wäre; die Gruppe Compère-Morel, die bereit ist, einige Radikale im sozialistischen Kabinett zu dulden, aber schon im vorhinein freie Hand für, den Rahmen des Parlaments sprengende Maßnahmen haben will; die dritte Gruppe ist die um Zyromski-Bracke, die nur eine rein sozialistische Regierung haben wollen, die aussprechen, daß eine zeitweilige Diktatur des Proletariats unvermeidlich ist und die auch mit der Kommunistischen Partei im Einverständnis kämpfen wollen.

Polen: Der Januar-Kongreß der PPS stand im Zeichen des Fraktionskampfes. Die Opposition hatte nicht weniger als 40 Prozent der Delegierten. Das ist ein wichtiges Zeichen der Radikalisierung der polnischen Arbeitermassen, um so mehr, als die PPS schon früher durch eine Reihe Spaltungen nach links „gesäubert“ wurde. Im Zentrum der Kämpfe auf dem Parteitag stand die Frage der Koalitionsregierung.

Norwegen: Starke Tendenzen manifestieren sich in der norwegischen Arbeiterbewegung für die Einheit des Proletariats, und zwar auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes. Unter dem Druck der revolutionären Arbeiter, die trotz der Spaltung noch immer in ziemlich großer Zahl in Tranmaels Partei geblieben sind, mußte Tranmael die Parole der „Sammlung der Arbeiterklasse“ ausgeben. Auch die Gewerkschaftsfrage brachte der Einheitsparole einen neuen Schwung. Infolge der alten Tradition der norwegischen Arbeiterbewegung nimmt die Entwicklung des linken Flügels die organisatorische Form zur Schaffung einer Labour Party an.

Tschechoslowakei: Die Differenzierung in der Sozialdemokratie geht hier in einer besonders merkwürdigen Weise vor sich: auf nationaler Grundlage. Die tschechischen Sozialdemokraten sitzen in der Koalitionsregierung mit ihrer „eigenen“ tschechischen Bourgeoisie, während die deutschen Sozialdemokraten wiederum in Gemeinschaft mit ihrer „eigenen“ deutschen Bourgeoisie das bittere Brot der Opposition essen. Die beiden sozialdemokratischen Lager bekämpfen sich immer heftiger als „staatsfreundlicher“ rechter und als „staatsfeindlicher“ linker Flügel.

Dänemark: Die Sozialdemokratie ist hier an der Regierung, und als Gegenstück erscheint eine starke Oppositionsbewegung in den Gewerkschaften, die sogar bis zur Abspaltung ziemlich breiter Massen von dem durch die Sozialdemokratie beherrschten Gewerkschaftsbund führte.

Oesterreich: Die Sozialdemokratische Partei bildet selbst einen Teil des, mit Respekt zu sagen, linken Flügels des letzten Kongresses der II. Internationale in Marseille; aber auch innerhalb dieser starken Massenpartei zeigen sich oppositionelle Gruppen im Burgenland und in der Jugend.

Ungarn: Der Pakt der Sozialdemokratie mit Horthy und ihr gleichzeitiges Bündnis mit der bürgerlichen Opposition im Parlament führte zur Spaltung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, zur Konstituierung einer neuen linken Partei, aber auch zur Herauskristallisierung einer neuen Opposition innerhalb der Sozialdemokratie auf ihrem letzten Parteitag.

Amerika: Die allgemeine Richtung der Arbeiterbewegung geht seit zwei Jahren nach rechts. Es wäre aber ein großer Fehler, nicht auch die Er-

scheinungen zu sehen, die sich eben in den letzten Monaten wieder als Tendenzen einer Linksentwicklung melden. Worin bestehen diese Symptome?

1. Vorstöße und Siege des linken Flügels in der Schneiderindustrie, wo die kommunistische Führung die bisherige sozialdemokratische Führung mit Erfolg hinausdrängte;

2. Vorstöße des linken Flügels im Bergarbeiterverband;

3. der fünfmonatige große Streik der Kohlenbergarbeiter;

4. das Erstarken der Widerstandsbewegung der Arbeiter in der Textilindustrie;

5. eine gewisse Neubelebung der Labor Party-Bewegung.

Man könnte noch mehr Tatsachen nennen, aber die bisherigen genügen, um das Vorhandensein der Differenzierung, der Fraktionskämpfe, der Herausbildung linker Flügel in fast jedem Lande zu beweisen. Die Heraustraggung linker Flügel ist eine ziemlich allgemeine Erscheinung. Aber eine Fehlerquelle muß man hier sofort signalisieren. Es besteht hier die Gefahr, daß man zu sehr verallgemeinert. Die Entwicklung muß in jedem einzelnen Lande ganz konkret untersucht werden. Die Linke-Flügelbewegung zeigt ein ganz anderes Gesicht in den Sieger- als in den besiegten Ländern: in den Ländern, in denen neue Krisen zu verzeichnen sind, und in den Ländern, wo die Krisen schon in einer zweiten Auflage vorhanden sind; in den Ländern, wo wir starke kommunistische Parteien, und in denen, wo wir schwache kommunistische Parteien besitzen. Die spezifische ökonomisch-politische Lage jedes Landes färbt die politische und organisatorische Form, die Reife der Linksbewegungen.

4. Wahlerfolge der Kommunisten: Besonders in 3 Ländern konnten die Kommunisten bedeutende Wahlerfolge in den letzten Zeiten verzeichnen: in Belgien, in Deutschland und in der Tschechoslowakei.

In den belgischen Provinzialwahlen vom 8. November 1925 hatten die Sozialdemokraten etwa 60 000 Stimmen verloren, während die kommunistische Partei Belgiens ihre Stimmzahl um etwa 30 Prozent erhöhte.

Seit Mitte 1924 haben die Kommunisten in Deutschland bei jeder Wahl abnehmende Stimmzahlen gehabt, aber Ende 1925 bei den Gemeindevahlen in Berlin, bei den preußischen Provinzialwahlen und bei den süddeutschen Landtagswahlen konnte die kommunistische Partei wieder neue Erfolge buchen, während die Sozialdemokratie zurückging.

Die Parlamentswahlen Ende November 1925 in der Tschechoslowakei bedeuteten einen vollen Sieg der Kommunisten, die fast eine Million Stimmen auf sich vereinigten, und eine empfindliche Niederlage der Sozialdemokratie. Sogar der Berliner „Vorwärts“ war gezwungen, diese Niederlage einzugestehen:

„Die Wahlen haben mit einer Niederlage des Sozialismus geendet . . . Die kommunistische Partei aber ist sehr stark gewachsen . . . daß sie (die Sozialdemokraten) von 1 600 000 Stimmen, die sie 1920 bekamen, rund 1 Million Stimmen verloren haben, zum großen Teil an die Kommunisten . . . daß muß ihnen doch sagen, daß die Mehrheit des tschechischen Proletariats von ihrer bisherigen Koalitionspolitik nichts wissen will.“

Dasselbe Bild also in allen drei Ländern: Stimmzunahme der Kommunisten auf Kosten der Sozialdemokratie.

5. **Sozialdemokratische Annäherungsversuche an die Kommunisten.** In den letzten Zeiten mehren sich immer häufiger die Annäherungsversuche von Sozialdemokraten mehr oder minder linker Schattierungen. Manchmal wenden sie sich an die Sowjetunion, manchmal aber direkt an die III. Internationale. Nur einige dieser Einheitsfrontvorschläge möchten wir hier aufzählen:

Otto Bauers große Rede, die er am 21. Dezember 1925 in der Versammlung der Wiener Vertrauensmänner der Sozialdemokratischen Partei hielt, hat von diesen Annäherungsversuchen das weiteste Echo gefunden. Otto Bauer sagt in dieser Rede ungefähr das folgende:

1. der Sowjetunion ist die Wiederherstellung der Landwirtschaft gelungen;
2. in der Wiederherstellung der russischen Industrie zeigt sich ein ungeheurer Fortschritt;
3. die Lebenshaltung der Arbeitermassen hat sich bedeutend gebessert;
4. mit dem ökonomischen Aufschwung sind auch die Möglichkeiten des sozialpolitischen und kulturpolitischen Fortschrittes gegeben;
5. die Arbeitermassen haben Vertrauen zum Sowjetregime;
6. er stellt folgenderweise den Erfolg des sozialistischen Aufbaues fest:

„Das Wichtigste für uns als Sozialisten ist, daß jetzt doch die Hoffnung entsteht, daß zwar noch nicht der Beweis erbracht ist, aber in ein paar Jahren schon erbracht werden kann, daß es auch ohne Kapitalisten geht. Sie begreifen, welche Stärkung der Sozialismus in Europa erfahren muß, wenn es dort gelingen würde, das zu beweisen. Heute sind wir noch nicht so weit. Es ist noch kein Sozialismus, was in Rußland ist. Es ist aber auch kein Kapitalismus, es ist ein Land in einem Uebergangszustand, seine Wirtschaft enthält sehr viele kapitalistische Elemente, aber auch sehr viel sozialistische.“

7. Die internationale Arbeiterklasse muß ein Bündnis mit der Sowjetunion schließen:

„Deshalb ist es das größte Interesse des Sozialismus in der Welt, daß das gewaltige Experiment der russischen Revolution nicht durch feindliche Kapitalismächte gestört werde. Deswegen unser Standpunkt, an dem wir immer festgehalten haben und festhalten werden, daß die Arbeiterklasse aller Länder das stärkste Interesse daran hat, die Sowjetrepublik zu schützen. Was immer uns von den Bolschewiki trennen mag, gegenüber den kapitalistischen Feindseligkeiten müssen wir ihr volle Solidarität bewahren. Das haben wir österreichischen Sozialdemokraten immer festgehalten, das erklärt auch, warum wir in Marseille dem einseitigen Antibolschewismus anderer Parteien entgegengetreten sind.“

Ein anderes Annäherungszeichen aus — Dänemark. Dieser Versuch kommt zwar von einem nicht besonders wichtigen Lande, trotzdem ist er aber interessant, da er ziemlich gut eine internationale politische Stimmung widerspiegelt. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete I. P. Nielsen schrieb in der theoretischen Zeitschrift der dänischen Sozialdemokratie „Socialisten“:

„Die junge russische Republik wird eine kräftige Stütze in der Sozialdemokratie der Länder bekommen, die sich ihrerseits als Verteidiger und Begünstiger der Interessen der sozialistischen Republik fühlen wird. Die alten Sozialdemokraten werden wieder auf den rechten Plan kommen und Verjüngung für ihre Ziele aus der russischen Arbeiter- und Bauernrepublik holen.“

Und am Ende:

„Schaut nur, wie alle Länder von der gesellschaftlichen Pestilenz der Arbeitslosigkeit überzogen sind . . . nicht nur Dänemark allein . . . Ich glaube deshalb nicht, daß wir, wie gern wir es vielleicht auch wollen, einer radikalen Umwandlung der ökonomischen Gesellschaftsgrundlage aus dem Wege gehen können; der jetzige Rahmen ist zu eng, um alle zu umfassen, er muß gesprengt werden. Mit diesem vor Augen, wird die Sammlung der Arbeiterbewegung der ganzen Welt ein Gewinn sein.“

Der amerikanische Sozialist Norman-Thomas, der als Nachfolger des alten Debs in der Führerschaft der Sozialistischen Partei Amerikas betrachtet wird, schreibt im Zentralorgan der SP, dem amerikanischen „New Leader“, vom 5. Dezember 1925 über die Ursachen der Spaltung zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten, über die Fehler der Sozialisten auf dem Gewerkschaftsgebiete und in der Propaganda gegen die russische Revolution, um dann zu folgendem Ergebnis zu kommen:

„Man darf nicht vergessen, daß der Durchschnittsarbeiter den Zusammenbruch des russischen Experiments nicht nur als einen Zusammenbruch des Kommunismus, sondern auch des Sozialismus betrachten würde. Wir wollen noch weiter gehen. Ich glaube, daß es bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge logisch möglich wäre, zum Zwecke unmittelbarer Aktionen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten eine Einheitsfront zu bilden, wobei jede der Parteien ihre Stellung zu einigen wichtigen Fragen der Philosophie und der Politik beibehält.“

Das wichtigste Symptom eines Annäherungsversuches zeigt der am 1. Januar 1926 im englischen „New Leader“ abgedruckte Beschluß der Exekutive der Independent Labour Party in England. Dieser Beschluß geht am weitesten, da er nicht nur mit der Sowjetunion, sondern direkt mit der III. Internationale eine Annäherung sucht. Der Beschluß besteht aus zwei Teilen: Der erste Teil besagt, daß die Independent Labour Party Versuche unternehmen wird, die II. und die III. Internationale zu vereinigen. Sie wird diese Frage in der nächsten Sitzung der Exekutive der II. Internationale aufwerfen. Sie schlägt vor, die Kommunisten sollen die Frage des bewaffneten Aufstandes in den Hintergrund schieben, und man soll den Kampf auf die Bekämpfung des Kapitalismus und Imperialismus konzentrieren. Der zweite Teil des Beschlusses besagt, daß die Independent Labour Party in der Zukunft nicht mehr um jeden Preis eine einstimmige Beschlußfassung in der II. Internationale suchen wird. Sie will nicht mehr ihren linken Flügel-Standpunkt verheimlichen, und dadurch wird sich natürlicherweise ein linker Flügel dort, in der II. Internationale, herausformen, dadurch wird eine lebhaftere Diskussion der neuen Ideen und der neuen Politik durch die ganze Internationale erweckt.

In diesen Annäherungsversuchen muß man klar zwei Tendenzen auseinanderhalten: Die erste Tendenz ist der aufrichtige Wille der sozialdemokratischen Massen zur Einheit der Arbeiterbewegung. Die zweite Tendenz aber ist die Spekulation der mehr oder minder sozialdemokratischen linken Führer, die durch solche Annäherungsmanöver beweisen wollen, daß nicht sie, sondern die Kommunisten die Feinde der Einheit sind.

Alle diese Tatsachen und Ereignisse zusammen sind Symptome einer Belebung, Differenzierung und Radikalisierung gewisser Teile der internationalen Arbeiterbewegung. Es beginnen sich die Konturen einer Zweieinhalb-Internationale-Stimmung in manchen Teilen der Arbeiterschaft zu zeigen. Unter anderen Umständen und unter gänzlich verschiedenen Bedingungen

melden sich wieder die Stimmungen von 1920, als die Independent Labour Party in England, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihre Erkundigungsbriefe und ihre Vertreter nach Moskau sandten, um über die Bedingungen der Vereinigung mit der III. Internationale zu verhandeln. Man soll die Bedeutung dieser Symptome sicherlich nicht überschätzen — Anfang 1926 sind sie sicherlich nicht so stark wie Ende 1920 — aber noch weniger darf man vor der Bedeutung dieser Zeichen die Augen verschließen.

### III.

#### *Die Wurzeln der linken Stimmungen*

Die Zweieinhalb-Internationale-Stimmung meldete sich zum ersten Male in den letzten Kriegsjahren und in den ersten Nachkriegsjahren in der Arbeiterbewegung. Wie schon erwähnt, erreichte diese Stimmung ihren Höhepunkt im Jahre 1920. Die ersten Frosterscheinungen der verhältnismäßigen Stabilisierung des Kapitalismus vernichteten diese, ach so zarten Blumen.

Die Wurzeln dieser verflissenen Zweieinhalb-Internationale-Stimmung waren folgende:

1. Die mächtige ökonomische Erschütterung, die durch den Weltkrieg hervorgebracht wurde, die Unfähigkeit des Kapitalismus, die elementarsten Bedürfnisse der Massen zu befriedigen: kein Essen, keine Kleidung! Wohnungselend!
2. Die Enttäuschung der Massen in der Vaterlandsverteidigungspolitik der Sozialdemokratie.
3. Das Beispiel der jungen siegreichen russischen Revolution als eine unerschöpfliche Quelle der Begeisterung.

Die Wurzeln der neuen Zweieinhalb-Internationale-Stimmung sind die folgenden:

1. Eine Reihe ökonomischer Krisen in fast allen wichtigen Ländern Europas. Man darf diese Krisenerscheinungen nicht in einen Topf werfen. Man muß mindestens zwei Unterscheidungen machen: man muß den Krisentypus England-Frankreich und den Krisentypus Deutschland auseinanderhalten.

Zur ersten Gruppe gehören Siegerländer, in denen die Nachkriegskrise sich erst in den letzten Jahren bemerkbar macht, nicht so wie in den besiegten mitteleuropäischen Ländern. Auch innerhalb dieses ersten Typus sind selbstverständlich große konkrete Unterschiede: in England eine industrielle Krise, in Frankreich eine Finanzkrise der Inflation. Das britische Imperium erlebt jetzt die zweite Erschütterung seiner Macht. Die erste Erschütterung Mitte der 90er Jahre, verursacht durch das Aufkommen des jungen deutschen Imperialismus, hatte die Privilegien der britischen Arbeiteraristokratie zum zweiten Male angegriffen und hat zur Gründung der Labour Party geführt. Die zweite Erschütterung kam in den letzten Jahren durch die Uebermacht des amerikanischen Imperialismus und durch die Verselbständigung der Dominions, und wird zur Schaffung einer Kommunistischen Massenpartei führen.

Den Krisentypus Deutschland könnte man auch Nachsanierungskrisen nennen, da sie solche Länder ergreift, die schon eine gewisse Stabilisierung durchgemacht haben. Die Krise ist da in Deutschland, wo nach einem Jahre Ruhe jetzt die Kehrseite des Dawes-Planes sich zeigt.

Sie ist da in Polen, wo sich der erste Zusammenbruch einer schon sanierten Valuta vollzog. Sie ist da in Oesterreich und Ungarn, wo man schon einmal über die Völkerbundsanie rung jubelte.

Gemeinsam ist den Ländern beider Typen die permanente Massenarbeitslosigkeit, die aber nicht nur in diesen Ländern, sondern auch in Schweden, Dänemark usw. wütet. Zur Abwechslung keine Massenarbeitslosigkeit in Frankreich, statt dessen aber Inflation und Teuerung.

2. Enttäuschung der Massen durch die sozialdemokratischen Koalitionsregierungen. Die bürgerlich-sozialdemokratischen Regierungen sind eine internationale Erscheinung geworden. Theorie und Praxis der II. Internationale stehen gleichzeitig im Zeichen der Koalitionsregierungs politik. Bekanntlich wurde von Karl Kautsky die Theorie aufgestellt: die politische Form des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung.

Es gibt kaum ein Land in Europa, wo die Arbeiterschaft nicht Erfahrungen mit bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierungen gemacht hätte. In Deutschland beteiligte sich die Sozialdemokratie schon dreimal an Koalitionsregierungen: 1919, 1923, und sie führte Ende 1925 eine große Debatte über die Möglichkeit einer neuerlichen Beteiligung. In Frankreich finden wir eine typisch französisch-raffinierte Form der Koalitionsregierung, nämlich eine verkappte Form: die Sozialdemokraten sitzen nicht in der Regierung selbst, sondern beteiligen sich an dem linken Block und unterstützen die Regierung von außen. Die Labour Party-Regierung in England war formell eine reine „Arbeiterregierung“ der Labour Party, in Wirklichkeit aber stellte sie eine Koalition mit den Liberalen dar, da sie als Minderheitsregierung ohne die Stimmen der Liberalen im Parlament keine Minute existieren konnte. In Polen sitzt die PPS in einer Koalitionsregierung — und in was für einer! mit den reaktionärsten Elementen der Großgrundbesitzer und Kapitalisten. In der Tschechoslowakei bilden die tschechischen Sozialdemokraten eine Koalitionsregierung mit den tschechischen Parteien des Großgrundbesitzes und der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und gegen die nationalen Minderheiten. Sogar das kleine Dänemark hat das Glück, eine sozialdemokratische Regierung zu besitzen. Auch in Schweden ist ebenfalls eine solche, die in Wirklichkeit eine Koalition mit den Volksfreisinnigen darstellt, da sie nur von der Gnade der Stimmen dieser Partei abhängig ist. In Belgien hat jetzt „die Macht“ eine Regierung der Sozialdemokraten und Klerikalen. In Ungarn saßen die Minister der Sozialdemokratie im Kabinett des weißen Terrors und retteten Horthy zweimal vor der Vernichtung.

Die Arbeitermassen haben bittere Erfahrungen mit diesen sozialdemokratischen Koalitionsregierungen gemacht, die weder die politische Macht der Arbeiterklasse befestigten noch wirkliche ökonomische Vorteile für das Proletariat sicherten.

**3. Die Stärkung der Positionen der U.S.S.R.** Die chronische Arbeitslosigkeit, die permanenten Regierungskrisen, wo Regierungen auf Regierungen folgen, demonstrieren immer mehr wachsenden Massen die Aussichtslosigkeit der kapitalistischen Anarchie in Europa. Gleichzeitig aber wenden sich die Arbeiter mit mehr und mehr wachsenden Hoffnungen den Perspektiven des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion zu. Nach Abebben der ersten Jahre der Begeisterung für die russische Revolution bildeten die Zustände in der Sowjetunion während der Periode des Bürgerkrieges und des Hungers das „erschreckendste Beispiel“ für die sozialdemokratische Agitation. Diese Zeiten sind aber vorüber.

Kautskys Ammenmärchen über den Kannibalismus in der Sowjetunion ziehen nicht mehr. Die Festigung der Arbeiterrepublik ist heute der stärkste Aktivposten in der Bilanz der Weltrevolution. Die Auswirkung der Stärkung der Positionen der U.S.S.R. könnte man in folgende Bestandteile zergliedern:

- a. Das Steigen des Lebensniveaus des russischen Proletariats.
- b. Die Erfolge im Aufbau des Sozialismus.
- c. Die internationale Anerkennung der U.S.S.R.
- d. Im Zusammenhang mit der Massenarbeitslosigkeit in Europa die Hoffnung, das mächtige Gebiet und die riesige Bevölkerung der Sowjetunion als möglichen Markt für Industrieprodukte gewinnen zu können (besonders klar tritt diese letzte Tendenz in England und in der Stellungnahme der österreichischen Genossenschaftler hervor).

#### IV.

##### *Die Charakterzüge des linken Flügels*

1. Die linke Stimmung ist eine internationale Erscheinung, besitzt aber noch keine wirklichen internationalen Verbindungen. In Marseille, auf dem Kongreß der II. Internationale, vollzog sich die Scheidung zwischen rechtem und linkem Flügel nicht in den einzelnen Parteien, sondern ganze Länder bekämpften sich als geschlossene Einheiten.

2. Diese linke Stimmung hat bisher noch nicht die organisatorischen Grenzen der II. Internationale durchbrochen. Sie ist noch durchweg innerhalb der II. Internationale, aber sie hat schon ganz eigenartige neue organisatorische Formen geschaffen. Folgende Formen könnte man feststellen:

- a. Die Arbeiterdelegation.
- b. Das englisch-russische Einheitskomitee.
- c. Die verschiedenen Einheitskomitees und Aktionskomitees in den Gewerkschaften und in den Betrieben.
- d. Die Labour-Party-Form, die eigentlich eine spezielle Form der Einheitsfrontorganisationen bildet.
- e. Die interessante Form der Minderheitsbewegung.

3. In fast jedem Lande zeigen diese Linken-Flügel-Bewegungen eine feindselige Stimmung gegenüber den „eigenen“ Kommunisten, aber sie manifestieren schon eine freundliche Stimmung gegenüber den russischen Gewerk-



schaften oder gegenüber der Sowjetunion und teilweise sogar gegenüber der III. Internationale. Dies stellt ein ziemlich charakteristisches Merkmal dar. Man könnte sagen: je weiter der Kommunist ist, desto hübscher ist er — für diese verschwommenen Stimmungen der Halbheiten.

4. In allen diesen Bewegungen muß man Führer und Arbeitermassen ganz scharf auseinanderhalten. Natürlich sind auch Ausnahmen, aber in den meisten Fällen sind diese linken Führer sehr schwankende Gestalten, sehr unsichere Kantonisten. Sehr oft treffen wir auch den Typus der „abkommandierten“ linken Führer, die einfach von der offiziellen Parteileitung zur Führung, und zwar zur Irreführung dieser linken Bewegungen bestimmt werden. Also Methode Ebert — Januar-Streik in Deutschland: „Sich an die Spitze der Bewegung stellen, um sie dann besser abwürgen zu können.“ Die schönsten Beispiele könnte man von den Parteitag der PPS oder der sozialdemokratischen Partei Ungarns bringen. Aber man darf natürlich im Angesicht dieser abkommandierten Führer die Massen der ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter dieser Opposition nicht vergessen. Sehr typisch ist, was Revière, ein Arbeiter aus dem Betriebe, auf dem Parteitag der französischen Sozialistischen Partei sagte: „Wir sprechen hier im Namen der zahlenden Viecher.“ Diese Arbeiter besitzen also schon das Bewußtsein, daß sie von der Führerschaft ihrer eigenen Partei unterdrückt werden.

5. Die soziale Basis der linken Stimmungen sind überall die am meisten proletarischen Zentren. In Deutschland ist die Opposition in Sachsen am stärksten. Sachsen aber stellt heute den fünften Teil der Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dar; nur 11 Proz. der Erwerbstätigen Sachsens sind in der Landwirtschaft tätig. Auf dem Parteitag der PPS kamen die oppositionellen Delegierten von den Industriegebieten Dombrowa, Lodz, Radom. In Frankreich steht der Norden und die Seine-Organisation hinter dem linken Flügel.

6. Die zentralen Fragen des Gegensatzes in allen diesen Kämpfen der rechten und linken Flügel bilden die Fragen der Koalitionsregierung oder des „gradlinigen“ Klassenkampfes. Es ist kein Zufall, daß gleichzeitig in einer ganzen Reihe von sozialdemokratischen Parteien die Frage der Beteiligung an bürgerlichen Regierungen die zentrale Streitfrage ist. Der mächtige Proteststurm der linken sozialdemokratischen Arbeiter in Deutschland gegen die große Koalition, der Parteitag der PPS, der Kongreß der ungarischen Sozialdemokratischen Partei, der Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs, der wegen dieser Frage innerhalb einiger Monate schon zum zweiten Mal zusammentrat — überall dreht es sich um die Frage der Koalitionsregierung. Wenn wir alle diese Parteikongresse, Diskussionen und Resolutionen studieren, so sehen wir, daß man das Problem der Koalitionsregierung als ein bloßes Produkt der Machinationen und der Verräterei der reformistischen Führerschaft nicht erledigen kann. Natürlich spielt der gemeine Verrat der sozialdemokratischen Führerschaft eine große Rolle im Zustandekommen der verräterischen Koalitionspolitik. Aber mit dieser Feststellung können wir uns nicht begnügen. Es ist eine unablegbare Tatsache, daß auch Massenstimmungen der sozialdemokratischen Arbeitermassen in der Bildung der Koalitionsregierungen eine Rolle spielen. Man muß die Ge-

dankengänge dieser sozialdemokratischen Arbeitermassen genau studieren, wenn man sie mit Erfolg bekämpfen will.

Was sind die hauptsächlichsten dieser Gedankengänge, dieser Argumente für eine Koalitionsregierung?

a. Die Furcht vor der Reaktion. „Wenn wir die Regierung nicht übernehmen, kommt die Reaktion. In Frankreich heißt der Schwarze Mann „Bloc National“, in Deutschland „Bürgerblock“, in anderen Ländern Faschismus. In Polen deklamiert Daszynski mit den Resten seines alten Pathos: „Wir mußten die Koalitionsregierung bilden, denn Sikorski wollte seine Regimenter nach Warschau schicken.“

b. Die Verteidigung des neuen nationalen Staates. Dieser Gedankengang spielt hauptsächlich in der Tschechoslowakei und in Polen eine große Rolle. Beides sind Länder, wo die Erinnerungen an eine jahrhundertlange russisch-zaristische und eine österreichisch-habsburgische Unterdrückung noch lebendig sind und wo starke sogenannte „staatsfeindliche“ nationale Minderheiten bestehen, wie in Polen die Weißrussen und Ukrainer und in der Tschechoslowakei die Slowaken, Ungarn und Deutschen. Die sozialdemokratischen Arbeiter sagen: Unser junger nationaler Staat ist sehr schwach und kann leicht zugrunde gerichtet werden. Man muß also eine Koalitionsregierung mit der „eigenen“ Bourgeoisie gegen die „staatsfeindlichen“ Nationalitäten bilden.

c. Wir müssen doch „etwas“ erreichen, etwas „Sofortiges“, etwas „Handgreifliches“ für die Arbeiterklasse. Das ist das dritte Argument für die Koalitionsregierung. Die Arbeitslosigkeit wächst, die Massen hungern, sie sagen sich selbst: „Wenn unsere Führer in der Regierung sitzen, fällt vielleicht doch ein Brocken auch für uns ab.“ Besonders bezeichnend sind die Aussprüche der Genossenschaftler und Gewerkschaftler auf dem Parteitag der französischen Sozialistischen Partei.

d. Wenn wir die Macht allein übernehmen, können wir sie nicht halten, und dann kommt der weiße Terror — das ist das vierte Argument für eine Koalitionsregierung in den Köpfen der sozialdemokratischen Arbeiter. Italien, wo nach der Fabrikbesetzung der Faschismus folgte, und Ungarn, wo die Rätediktatur durch die Horthy-Herrschaft abgelöst wurde, dienen besonders als „abschreckende“ Beispiele.

7. Die Frage der Einheit der Arbeiterklasse ist auch eine der wichtigsten Konfliktfragen zwischen dem rechten und dem linken Flügel.

8. Kampf oder Unterwerfung in ökonomischen Forderungen, in Lohnfragen oder Streiks, bildet wieder eine andere Streitfrage.

9. Die Haltung gegenüber Sowjetrußland wird besonders in den letzten Zeiten immer stärker als Konfliktfrage in den Vordergrund geschoben.

10. Die Frage der pazifistischen Illusionen (Völkerbund, Locarno, Dawes-Pakt) spielten nicht nur auf dem Marseiller Kongreß, sondern in fast jedem Lande eine wichtige Rolle.

11. Der Konflikt zwischen der Politik der Unterstützung der Revolution der Kolonialvölker und der imperialistischen Haltung der Arbeiteraristokratie steht ebenfalls auf der Tagesordnung.

Alle diese oppositionellen Bewegungen zeigen ein gewisses Wiederaufleben der revolutionären Phrase. Wie bekannt, vereinigte die verfllossene Zweieinhalb-Internationale die Parole der Diktatur des Proletariats mit den Illusionen des Parlamentarismus. Bekannt ist ja die Forderung der deutschen Unabhängigen: „Man muß die Arbeiterräte in der Verfassung verankern.“ Das Wort „Revolution“, das in den letzten Jahren in gut erzogenen sozialdemokratischen Kreisen nicht mehr schicklich war, ist jetzt auf den Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs, der PPS und in der deutschen linkssozialdemokratischen Presse wieder zu Ehren gekommen. In Polen erklärt der Delegierte von Radom: „Die Revolution wird selbst zu uns kommen und als Gewalt siegen“. In Deutschland schreibt die linkssozialdemokratische „Plauener Volksstimme“: „Mit Mundspitzen macht man keine Revolution“. Die Rede Compère-Morels auf dem Januar-Parteitag der französischen Sozialisten wird von der „Humanité“ folgenderweise zitiert:

„Er wüßte wohl, welche Maßnahmen eine sozialdemokratische Regierung in den ersten Stunden ihrer Macht zu ergreifen hätte. Sie könnte im Rahmen des Parlamentarismus nichts anfangen . . . Keine Illusionen, es gibt in unseren Reihen viel zu Viele, die nicht weiter sehen, als die Couloirs des Palais Bourbon (Parlament) reichen. Wir sind dort, um die Arbeitermassen zu verteidigen, und solange der Kapitalismus herrscht, wird die Arbeiterklasse niemals das haben, was ihr zukommt.“

Man rief ihm zu: „Treten Sie in die Kommunistische Partei ein.“

„Ha!“ — entgegnet Compère-Morel — „wie gründlich muß man doch in dieser Partei vergessen haben, was Sozialismus ist, wenn es nicht mehr möglich ist, auf einem ihrer Kongresse so zu reden, wie ich es tue.“

Und er endet:

„ . . . Eine weitere Aufgabe ist es, die proletarische Einheit auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet vorzubereiten.“

Und Renaudel zitiert mit Entrüstung den Ausspruch Maurins aus dem „Etincelle“: „Die Spaltung wurde in Tours schlecht durchgeführt.“ Mit anderen Worten, man hätte sich nicht von den Linken (von den Kommunisten) sondern von den Rechten, von den Opportunisten trennen sollen.

Alle diese Erscheinungen haben selbstverständlich nur einen bedingten Wert. Ihre Darstellung aber mußte naturgemäß das Neue betonen. Schon um die konservativen Neigungen in unseren Reihen, die sich manchmal gegen das Neue sträuben, bekämpfen zu können. Es war nicht die Aufgabe dieser Analyse, das Alte, das Bekannte, das Opportunistische, das Konterrevolutionäre in der Sozialdemokratie darzustellen, jedoch bei der endgültigen Einschätzung dieser neuen Erscheinungen muß man selbstverständlich die richtigen Proportionen herstellen. Keine Minute darf man vergessen, daß die Sozialdemokratie die Ideologie und Organisation des Opportunismus ist und bleibt, daß sie nicht die Vertreterin der Interessen des Proletariats, sondern der Arbeiteraristokratie ist. Noch weniger darf man der Illusion verfallen, daß die internationale Sozialdemokratie trotz linker Gebarung sich jemals zu einer revolutionären Partei entwickeln könnte. Die Führerin der proletarischen Revolution kann nur die Kommunistische Partei sein, und die Untersuchung aller linken Stimmungen und linker Flügel der Sozialdemokratie muß eben unter dem Gesichtspunkte der Entwicklung der Kommunistischen Parteien vorgenommen werden.

Inwieweit diese Erscheinungen Wert haben, wird von der weiteren Entwicklung der objektiven Verhältnisse abhängen, sicher aber auch von unserer richtigen oder unrichtigen Taktik. Das Vorhandensein dieser linken Stimmung als eine internationale Erscheinung rückt die Einheitsfront noch mehr in den Vordergrund unserer ganzen Politik als bisher. Es wäre ein Unglück, wenn wir den Kontakt mit diesen sich nach links entwickelnden Arbeitermassen nicht herstellen könnten.

Diesen Kontakt aber kann man selbstverständlich nicht mit einer Politik erreichen, die schon vom Genossen Sinowjew in seiner Besprechung mit der deutschen Arbeiterdelegation so scharf verurteilt wurde, einer Politik, die darin besteht, daß man den Kontakt mit den sozialdemokratischen Arbeitern durch Prügel herstellt. Und man wird auch nicht viele sozialdemokratische Arbeiter gewinnen, wenn man bei den Einheitsvorschlägen eine Sprache benutzt, die Norman Thomas als Wortführer der amerikanischen Sozialisten zu folgenden Seufzern veranlaßte: Wie können wir die Einheitsfront mit den Kommunisten bilden, wenn sie uns dazu folgenderweise einladen: ‚Kommt her, ihr gelben Hunde, wir wollen uns vereinigen!‘

Wir stehen noch immer erst am Anfang der Einheitsfronttaktik. Die Kommunistische Internationale kämpft um die Verwirklichung der Einheitsfronttaktik seit einigen Jahren. Eine wirklich konsequente Einheitsfronttaktik wurde aber bisher nur in England durchgeführt, und die Erfolge sprechen für ihre Richtigkeit. In den anderen Ländern war die Durchführung der Einheitsfronttaktik trotz aller Anstrengungen der Kommunistischen Internationale nur episodisch. Seit einigen Monaten führen wir eine wirkliche Einheitsfronttaktik auch in Deutschland, und gewisse wichtige Erfolge melden sich schon.

Die Analyse der neuen Erscheinungen in der internationalen Arbeiterbewegung muß verbunden werden mit dem Studium der Fehler in der Anwendung der Einheitsfronttaktik, zum Zwecke einer großzügigen, wirklichen Anwendung der neuen politischen und organisatorischen Methoden der Erfassung der breiten Massen.

P. SEMARD:

## DER PARTEITAG DER FRANZÖSISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI UND DIE POLITISCHE LAGE IN FRANKREICH

Unter den letzten politischen Ereignissen, die sich in Frankreich abgespielt haben, ist der Sozialistische Parteitag vom 10. und 11. Januar von besonderer Bedeutung, nicht nur wegen seiner Wirkungen auf die Innenpolitik, sondern auch infolge der Perspektiven, die er eröffnet, und in bezug auf die Festlegung einer richtigen Einheitsfronttaktik für unsere Partei.

Um den Charakter dieses Kongresses besser zu verstehen, ist es notwendig, sich kurz die in den letzten 18 Monaten von den Linksblock-Regierungen Herriot und Painlevé mit Unterstützung der Sozialisten verfolgte Politik in Erinnerung zu rufen.

Am 11. Mai 1924 Uebernahme der Macht durch den Linksblock mit einem Programm, das in erster Linie den inneren und äußeren Frieden verheißt, die Besserung der finanziellen Lage mit Hilfe von Steuermaßnahmen, die besonders die besitzende Klasse treffen sollen, dazu eine Reihe sozialer Reformen zur Verbesserung des Loses der Arbeiterklasse.

Kaum ein Jahr war verstrichen, und wir sahen die Erklärung des Krieges in Marokko, dem bald der Krieg in Syrien folgte. Die Lage der Finanzen verschlechterte sich von Tag zu Tag, um zu einem gewissen Zeitpunkt katastrophal zu werden. Die Inflation wird zum „Finanzsystem“ der Regierung, zu dem sie Zuflucht nimmt, um sich das von ihr benötigte Geld zu verschaffen. Auf den Schultern der Arbeiter lasten die schweren Steuern und die Lebensmittelteuerung.

Unter Ausnützung dieser verworrenen Situation organisiert und entwickelt sich der Faschismus, während sich gleichzeitig die Herrschaft der amerikanischen Finanz mit einer kaum verhüllten Bedrohung der großen Staatsmonopole (Tabak, Streichhölzer, Post- und Telegraphenwesen, Eisenbahnen) ankündigt.

Im Laufe der Monate folgt eine Kabinettskrise auf die andere, ohne daß sich eine Lösung der Finanzkrise anbahnen würde. Es zeigt sich, daß Frankreich einem Plan vom Typus des Dawesplanes zutreibt, um eine Regelung seiner äußeren Schuld zu erlangen.

Der Bankrott des Linksblocks, den unsere Partei vorausgesehen und angekündigt hatte, wird endlich auch von den Elementen dieses Blocks selbst erkannt. Sozialistische Führer, wie Compère Morel, erklären, „daß das Ergebnis der Politik des Kartells gleich Null ist“. Der Sozialist Fogel schreibt in der „Etincelle“, dem Blatt der sozialistischen äußersten Linken,

„daß dies eine unfruchtbare und vergebliche Politik gewesen ist, deren bedauerliche Resultate jetzt bekannt werden. Man wird — sagt er — auf Genf und Locarno hinweisen; wir werden nicht mit böswilligem Vergnügen antworten: Krieg in Marokko, Krieg in Syrien; wir sagen, daß dieser berühmte Frieden sehr oberflächlich ist und

vom Zufall eines Ministerwechsels in dem einen oder dem anderen Lande abhängt und daß dies nicht der Friede ist, den wir gewünscht haben.

Der alte reformistische Gewerkschaftsbund selbst, der niemals aufgehört hat, mit allen Kräften den Linksblock zu unterstützen, spricht in einem Manifest den Bankrott des Kartells aus, in dem er

„die Unentschlossenheit aller Linksparteien hervorhebt und bedauert, daß die Kammer des 11. Mai weder die sofortige Energie aufgebracht, um die wirkliche Lage des Landes zu entschleiern, noch den Mut gehabt habe, die Maßnahmen zur öffentlichen Wohlfahrt zu ergreifen, die diese Lage erheischt.“

Es ist augenscheinlich, daß diese späten „Geständnisse“ unter dem stets größer werdenden Druck der Arbeiter- und Bauernmassen gemacht worden sind, die immer unruhiger wurden und sehr viel energischere Maßnahmen verlangten. Schon bei den Gemeindewahlen vom Mai 1925 hatte man in den Wählermassen des Kartells einen allgemeinen Ruck nach links zur Sozialistischen Partei hin. Auch innerhalb der Sozialistischen Partei selbst war dieser Linksruck zu beobachten; dort bildete sich eine „Linke“, was gewisse Führer nötigte, ihre politische Linie — wenn auch nur formell — zu korrigieren. Es sei hervorgehoben, daß dieser Ruck nicht nur den inneren und äußeren Ereignissen und dem Umstand zu verdanken war, daß das Kartell keine positiven Ergebnisse gezeitigt hatte, sondern auch der Einheitsfrontpolitik unserer Partei.

So wurde die seit 11. Mai 1924 durch das Wahlkartell an den Linksblock gebundene Sozialistische Partei, deren Führer im Parlament die Regierung Hériot und Painlevé unterstützten, unter dem Druck der sozialistischen Arbeiter genötigt, diese ihre Unterstützungspolitik aufzugeben. Als in der Folge an die SP die Einladung zum Eintritt in die Regierung erging, bildete sich im Schoße der Partei im Zusammenhang mit dieser Einladung eine so ernsthafte Opposition, daß innerhalb von fünf Monaten zwei Kongresse einberufen werden mußten, die die Frage der Regierungsbeteiligung diskutierten, und sogar Spaltungsgerüchte auftauchten.

Der Parteitag im August erklärte sich gegen die Unterstützungspolitik und lehnte die eventuelle Teilnahme der Sozialistischen Partei an einer von anderen Parteien gebildeten Regierung ab, ohne die Stellung der Partei zu einer rein sozialistischen oder in ihrer Mehrheit sozialistischen Regierung zu präzisieren. 2210 Stimmen wurden damals für diese von Paul Faure und Blum eingebrachte Resolution abgegeben, gegen 559, die die Resolution Renaudels erhielt.

Als kurze Zeit darnach die Einladung zum Eintritt in die Regierung wiederholt wurde, begann eine lebhafte Diskussion innerhalb der ganzen Partei, wo die von Renaudel geführte Minderheit für die erlittene Niederlage Revanche zu nehmen versuchte.

In der Diskussion offenbarten sich drei Richtungen: die Anhänger der Regierungsteilnahme, mit Renaudel und Paul Boncour an der Spitze, die die Teilnahme sogar an „einem in seiner Minderheit radikalen Ministerium“ vorschlugen; die Gegner der Regierungsteilnahme, mit Compère-Morel, Paul Faure und Lebas an der Spitze, die die ganze Macht oder wenigstens die absolute sozialistische Mehrheit verlangten in einem „mit einigen Radikalen“ gebildeten Ministerium; und endlich die äußerste Linke mit Zyromski und Maurin, die nur ein „rein sozialistisches Kabinett“ akzeptierten.

In Wirklichkeit waren alle drei Richtungen, mit zweifellos verschiedenen „Nuancen“, für Unterstützung und Teilnahme an der Regierung, was aus der von dem Parteitag angenommenen Resolution hervorgeht.

In allen Distriktsorganisationen entbrannte der Kampf für oder gegen die Regierungsteilnahme, und es ist charakteristisch, daß die industriellen Bezirke — Norden, Seine, Rhonemündungen, Haute Vienne — gegen die teilnehmerische Rechte stimmten, trotz deren Bemühungen und obgleich der reformistische Gewerkschaftsbund einen Druck zugunsten dieser Rechten ausgeübt hatte.

Den Parteitag vom 10. und 11. Januar kennzeichnete eine Atmosphäre heftigster Feindschaft, in der Beschimpfungen manchmal an die Stelle von Argumenten traten und die Gefahr der Spaltung an die Wand gemalt wurde. Man diskutierte zwei Tage lang, obwohl bis auf wenige Stimmen an Hand der von den Distriktsorganisationen bereits vorgenommenen Abstimmungen bereits feststand, daß die Mehrheit gegen eine Regierungsteilnahme war.

Der Gegensatz zwischen den drei Richtungen war kein politischer; besonders zwischen Boncour—Renaudel einerseits und Paul Faure—Compère-Morel andererseits bestand im Grunde kein wesentlicher Unterschied in ihren Vorschlägen; ihr „rechter“ oder „linker“ Standpunkt wurde ausschließlich bestimmt durch die Stellung und den Druck der sozialistischen Arbeiter ihrer eigenen Bezirke und durch eine annähernde Schätzung der Meinung der Mehrheit ihrer Wählermassen; die Uneinigkeit beruhte auf taktischen Erwägungen. Abgesehen von den Wahlkombinationen und den Manövern der einen und der anderen, den Gelüsten der „Rechten“ nach Ministerposten und der revolutionären Phraseologie der „Linken“, stand der Kongreß dennoch unter dem Eindruck des Ernstes der Ereignisse, und er wurde vor allem durch den wachsenden Druck der sozialistischen Arbeiter beherrscht.

Während der listige Blum sein kleines zentristisches Manöver kombinierte, in dem er Gegner der Teilnahme und äußerste Linke zu fangen gedachte und das darin bestand, die Resolution der „Linken“ „klar zu formulieren“, jonglierten die Führer dieser Richtung mit dem Wort Klassenkampf, um die sozialistischen Arbeiter zu befriedigen und ihnen zu beweisen, daß die Partei in ihrer Mehrheit zu ihrer revolutionären Tradition zurückkehre.

Die Ueberprüfung der sogenannten „anti-teilnehmerischen“ Resolution, von Paul Faure und Blum eingebracht und mit dem Zusatz von Compère-Morel mit 1766 gegen 1331 Stimmen angenommen, zeigt, daß der auf dem Augustparteitag gefaßte Beschluß, mit der Unterstützungspolitik zu brechen, eine Abschwächung erfahren hat; tatsächlich erklärt man sich in dieser Resolution von neuem bereit, eine Unterstützungspolitik gegenüber jeder Regierung der Reform und des Friedens zu treiben, die energisch entschlossen ist, die finanziellen Widerstände des Unternehmertums und des Senats zu brechen, wobei man es unterläßt, festzustellen, welches die politische Zusammensetzung dieser Regierung sein müßte. Die Resolution zeigt auch in den Punkten, die sie präzisiert, eine gewisse Revision in der Richtung einer Abschwächung der von dem Augustparteitag eingenommenen Stellung „gegen jede Regierungsteilnahme“. Die von diesem Kongreß angenommene Resolution besagte:

„daß die sozialistische Partei auch weiterhin die eventl. Teilnahme an einer von anderen Parteien gebildeten Regierung ablehne“;

sie betonte, daß

„unabhängig von den Schwierigkeiten, die sich aus dem Charakter der sozialistischen Aktion ergeben, die Teilnahme beim gegenwärtigen Zustand der Partei und angesichts der politischen Verhältnisse den Interessen der Arbeiter und des Sozialismus selbst nur schaden könne, ohne in irgendeinem Falle und irgendwie die Aufgabe einer demokratischen Regierung zu erleichtern“.

Die Resolution des Januarparteitages erklärt zunächst, daß die Sozialistische Partei „sich kategorisch weigert, einige ihrer Vertreter in ein von einer anderen Partei gebildetes Kabinett zu entsenden“, sie erklärt jedoch nicht minder kategorisch, daß die Sozialistische Partei

„sich keineswegs den direkten Verantwortlichkeiten der Regierung zu entziehen gedenke und daß sie bereit sei, diese auf sich zu nehmen, sei es ganz allein oder mit Hilfe von Linkagruppen, sei es, indem sie in die Regierung, die sie bilden würde und wo sie die Autorität und die Mehrheit hätte, die Vertreter anderer Gruppen beriefe, damit sie stets die Gewißheit habe, in der Aktion der Regierung jene Entscheidungen entschlossen, energisch, kühn und willensstark durchzusetzen, die ihrer Meinung nach allein geeignet sind, die Zukunft des Landes und die bedrohte Demokratie zu schützen!“

Während man in der August-Resolution erklärte, daß die sozialistische Regierungsbeteiligung in keinem Falle und in keinem Maße geeignet ist, die Aufgabe einer demokratischen Regierung zu erleichtern, verlangt man in der Januar-Resolution die ganze Macht oder die absolute Mehrheit in der Regierung, um die Zukunft des Landes und die bedrohte Demokratie zu schützen.

Wo ist der Sozialismus in dieser rein ministeriellen und kleinbürgerlichen Erklärung? Es scheint, daß die „energischen“, „kühnen“ und freiwilligen Entscheidungen benutzt werden sollen, damit das sozialistische Ministerium die bürgerliche Demokratie und ihren Staatsapparat rette, diesen Staatsapparat, der die Arbeiter unterdrückt, statt sie zu verteidigen, der ihnen Lasten auferlegt, statt sie zu entlasten, und von dessen Zerstörung die Sozialisten keineswegs sprechen, den sie im Gegenteil gegen alle Diktaturen beschützen wollen.

Es war die die Regierungsteilnahme angeblich ablehnende „Linke“, die diese Resolution eingebracht hat und damit einverstanden war, daß der schlaue Blum sie „mit einem Zusatz versah“ und zusammen mit Paul Faure dem Parteitag vorlegte. Faktisch hat die „Linke“ vor der „Rechten“ kapituliert, und der Sozialist Fogel ist im Recht, wenn er in der „Etincelle“ schreibt, daß „nicht Renaudel geschlagen wurde, sondern die äußerste Linke der Partei“, und er fügt an die Adresse der Führer hinzu:

„So werden wir also immer abdanken vor dem Zentrum und einer Linken, die sich nicht zu erklären wagt! Ihr wollt keine Zweideutigkeiten, und dennoch laßt ihr sie fortbestehen; ihr verurteilt die Teilnahme an der Regierung, aber ihr wollt trotzdem die Zusammenarbeit der Klassen. Wo sind alle euere schönen Reden hin? Zweifellos sind sie wie Rauch verfliegen; ihr wagt es noch, zu uns von Unterstützungspolitik zu sprechen? Wo ihr sehr wohl wißt, daß sie nicht möglich ist. Es ist das eine Kinderei oder Bluff.“

Dieses harte Urteil wird dazu beitragen, die sozialistischen Arbeiter nicht nur über das Zurückweichen der Führer aufzuklären, die sich „Linke“ nennen, sondern auch über deren politische Uebereinstimmung mit den „Rechten“.

Der Triumph der „Rechten“ ist nur mehr eine Frage von Monaten und von Manövern. Vom Augustparteitag bis zum Januarparteitag hat sie 782 Stimmen gewonnen, während die „Linke“ 454 verloren hat. Gleich nach



dem Parteitag konnte Pierre Bertrand vom „Quotidien“, von Renaudel inspiriert, schreiben:

„Der sozialistische Parteitag hat die Teilnahme an der Regierung abgelehnt, aber deren Befürworter haben so bedeutende Fortschritte in den Distriktsorganisationen gemacht, daß dieser Beschluß nicht als endgültig anzusehen ist. Ein neuer Kongreß wird billigen, was der Pariser Kongreß mißbilligt hat.“

Es ist vorauszusehen, daß die sozialistische Parlamentsfraktion sich binnen kurzem in zwei Flügel spalten, und daß damit ein neuer Parteitag nötig werden wird, der Pierre Bertrand recht geben wird. Die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung liegt also nicht mehr in weiter Ferne, und wir müssen mit dieser Möglichkeit als Perspektive rechnen für die Festsetzung der Taktik unserer Partei.

Es ist klar, daß die Arbeitermassen, und selbst die sozialistischen Arbeiter, die wirklichen Gründe nicht kennen, die die sozialistischen Führer veranlassen, „links“ oder „rechts“ Stellung zu nehmen. Es sind gute, ehrliche Arbeiter, die davon überzeugt sind, daß die „Gegner der Regierungsteilnahme“ ihre Partei zur wirklichen sozialistischen Lehre zurückführen wollen. Anstatt auf sich selbst zu zählen und sich mit uns in einer Einheitsfront zu verbinden, hoffen sie noch auf die „linke“ Haltung mancher ihrer Führer, wie Paul Faure und Compère-Morel — und sie glauben ehrlich an eine Rückkehr ihrer Partei zum Klassenkampf.

Es war also durchaus nützlich, daß am Vorabend des sozialistischen Kongresses unsere Partei mit aller Schärfe unterstrich, daß alle drei Richtungen in der Sozialistischen Partei unter verschiedenen Formen nur die gleiche direkte Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie suchten, damit wir die Arbeiter warnen konnten vor den Illusionen, die die sogenannten „Gegner der Regierungsteilnahme“, die Compère-Morel, Paul Faure und der „linke“ Lebas, mit Hilfe ihres ultrarevolutionären Wortschwalls und ihrer demagogischen Kritik an der negativen Politik des Linksblocks zu erzeugen versuchten; wo sie doch selbst diese Politik unterstützt hatten und neuerdings bereit waren, sie wieder zu unterstützen.

Wir mußten zu verhindern suchen, daß der Kristallisationspunkt für die Linksschwenkung der sozialistischen Arbeiter eine angebliche Linke wurde, die genau wie die „Rechte“ ihre Aktivität auf das rein parlamentarische Gebiet beschränkt und deren Führer, ehemalige Minister aus der Zeit Jes Krieges und des Burgfriedens, sich von denen der „Rechten“ in ihrer Politik der Klassenharmonie, die die Grundlage der Politik der Parteien der II. Internationale ist, in keiner Weise unterscheiden. Es war nötig, die zweideutige Haltung jener Führer der drei Richtungen zu charakterisieren, die sich nur in den Methoden der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie und des Ministerialismus unterscheiden, die sie im kapitalistischen Regime anzuwenden sich bereit erklären, damit wir die sozialistischen und mit ihnen sympathisierenden Arbeiter über die Notwendigkeit der Stärkung der Klasseneinheit durch die Teilnahme an der Einheitsfront aufklären können. Wir müssen das um so mehr, als gewisse Führer der „Linken“ jetzt, unter dem Druck ihrer Anhänger, geneigt sind, die zur Verteidigung der Tagesforderungen vorgeschlagene Einheitsfront anzunehmen, während die rechten Führer auch weiterhin systematisch die Einheitsfront ablehnen, genau so wie sie die Gewerkschaftseinheit verwerfen. Sie handeln übrigens in diesen

Fragen in völliger Uebereinstimmung mit dem alten Gewerkschaftsbund, dessen Führer dieselbe politische Plattform verfechten und der Einheitsfront und der Gewerkschaftseinheit ebenso feindlich gegenüberstehen.

Es ist dies die einzige wichtige taktische Frage, wo sich die „rechten“ und die „linken“ Führer und die Führer der äußersten Linken unterscheiden: wir müssen die der Einheitsfront günstige Haltung der letzteren benützen, um den Arbeitern die Spaltungspraktiken der „rechten“ Führer aufzuzeigen und um ihnen den Betrug klarzumachen, der in der Losung der Herstellung der politischen Einheit steckt, die Renaudel gewöhnlich der Gewerkschaftseinheit und der Einheitsfront entgegenstellt.

Endlich zeigt die obige Untersuchung des Spieles der Führer und der Schattierungen innerhalb der Sozialistischen Partei, daß, wenn die Meinungsverschiedenheiten auf politischem Gebiet noch nicht sehr tiefgehend sind, umgekehrt die taktischen Gegensätze bereits viel ernster zum Ausdruck kommen. Diese taktischen Gegensätze werden sich in dem Maße verschärfen, wie der Linksruck ausgeprägter wird, und zwar nicht nur bei den sozialistischen Arbeitern, sondern auch bei den sozialistischen und mit den Sozialisten sympathisierenden Wählermassen, und dieser Zwiespalt wird zweifellos auch die politischen Fragen aufrollen, was dazu beitragen wird, den Opportunismus der „revolutionären“ Haltung, die gewisse Führer der „Linken“ einnehmen, zu entlarven.

Die Spaltungsdrohungen, die auf dem sozialistischen Parteitag laut wurden, scheinen um so ernster zu sein, als schon jetzt die sozialistische Einheit aufrecht erhalten wird, indem man sie der Klasseneinheit entgegenstellt. Die „Rechte“, die morgen die Mehrheit sein wird, lehnt diese Klasseneinheit systematisch ab, und das in dem Augenblick, wo innerhalb der Sozialistischen Partei selbst diese Klasseneinheit mehr und mehr durch die Teilnahme der Arbeiter an der Einheitsfront und an den proletarischen Einheitskomitees Fortschritte macht.

Die sozialistische „Rechte“, die wieder die Führung der Partei übernommen hat, und mit Unterstützung der Führer des alten Gewerkschaftsbundes eine der Einheitsfront und der Gewerkschaftseinheit feindliche Politik treibt, wird sich nicht nur von der „Linken“ der sozialistischen Arbeiter entfernen, die Seite an Seite mit den Kommunisten, Revolutionären Syndikalisten und Parteilosen in den proletarischen Einheitskomitees kämpfen, sie wird auch den Bruch mit dieser, uns schon sehr nahestehenden Linken herbeiführen.

Um diese sozialistischen Arbeiter für unsere Partei zu gewinnen, müssen wir die Anwendung der Einheitsfronttaktik bis zum äußersten entwickeln, indem wir sie auf ein Programm von Tagesforderungen stützen, die geeignet sind, die Arbeiter zu interessieren und die breitesten Massen zusammenzufassen.

Ohne Zweifel müssen wir in der Praxis der Einheitsfronttaktik verschieden vorgehen, je nachdem es sich um „rechte“ und „linke“ Führer handelt, auf alle Fälle aber so, daß die Arbeiter, die sich politisch von der Gesamtheit ihrer Führer bereits entfernt haben, überzeugt werden, daß die einzig wirksame Aktion gegen den Krieg in Marokko und Syrien, gegen die Inflation, gegen die Teuerung und gegen die schweren Steuern, der gemeinsame Kampf des Proletariats ist, und nicht die Arbeitsgemeinschaft mit der

Bourgeoisie und die Teilnahme der sozialistischen Führer an der Regierung in der kapitalistischen Ordnung.

Die letzten Vorschläge unserer Partei auf parlamentarischem Gebiet, in denen sie sich bereit erklärte, eine sozialistische Regierung oder die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung zu unterstützen, falls diese einen wirklichen Kampf führen würde:

1. für die Kapitalabgabe und für die Lösung der Finanzkrise auf Kosten der Kapitalisten;
2. für sofortigen Friedensschluß in Marokko und in Syrien und für die Befreiung aller Gefangenen, die für diesen Frieden gekämpft haben;
3. gegen den Faschismus, durch Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Organisationen, Reinigung der Armee und der hohen Verwaltungskörperschaften von faschistischen Elementen,

hatten kein anderes Ziel, als den Arbeitern an Hand der Erfahrung zu zeigen, daß die Sozialisten in der Regierung genau so unfähig sind wie die Radikalen, ein einfaches demokratisches Programm zu verwirklichen. Aber unsere Vorschläge wiesen gleichzeitig auf die Notwendigkeit hin, die außerparlamentarische Aktion fortzusetzen durch die Einheitsfront und durch die Tageskämpfe für die Arbeiterforderungen.

Zur Zeit treiben die sozialistischen Führer im Parlament in ihrer Mehrheit neuerdings faktisch eine Unterstützungspolitik, in der Erwartung einer Wiederkehr eines Linksblocksministeriums, das ihnen die Teilnahme an der Regierung gestatten würde. In dieser Lage müssen wir unsere Einheitsfront von unten ausbauen, auf Grund eines Programms, das die weiter oben erwähnten allgemeinen Forderungen enthält, die den Tagesforderungen beigefügt sind: Lohnerhöhungen, gleitende Lohnskala, allgemeine Durchführung des Achtstundentages, so daß wir in allen Unternehmungen die Arbeitermasse mobilisieren und zu einer einheitlichen und gemeinsamen Aktion gegen den Kapitalismus führen können.

Der Kampf um die Löhne wird jetzt in Frankreich äußerst aktuell, denn wenn hier die Arbeiterklasse bisher im Vergleich zu den Nachbarländern verhältnismäßig am günstigsten gestellt war, da sie weder Arbeitslosigkeit noch Lohnsenkung durch die Inflation gekannt hatte, so ist dem heute nicht mehr so. Die Symptome einer Wirtschaftskrise machen sich fühlbar, und die Schwerindustrie treibt zur Inflation, um zu versuchen, der Krise zu entinnen oder deren Wirkungen abzuschwächen. Auch die Regierung wird zur Inflation ihre Zuflucht nehmen, um sich ihren finanziellen Verpflichtungen zu entziehen. Für die Bourgeoisie, die nichts zahlen will, ist die finanzielle Sanierung ein Problem, das nicht anders gelöst werden kann als durch die öffentliche Versteigerung des nationalen Reichtums. Und die Bourgeoisie wird sich zu dieser Lösung entschließen; in Erwartung des günstigen Augenblicks wendet sie Palliativmittel an, die mit wachsender Schwere auf den arbeitenden Massen lasten. Durch die Annahme einer Art Dawes-Plan werden die auswärtigen Schulden an Amerika und England geregelt werden. All dies stellt eine ernsthafte Bedrohung des Achtstundentages und der Löhne dar sowie eine noch größere Versklavung der Arbeiter, und es eröffnet die Perspektive einer weiteren Teuerung und drückenderer Steuern.

Natürlich findet in dieser Lage aufeinanderfolgender politischer Krisen, unablässiger finanzieller Schwierigkeiten und allgemeiner Unsicherheit der Faschismus ein günstiges Entwicklungsfeld, das die Schwäche der Demokraten und der Sozialdemokraten, das Ergebnis ihrer Mitschuld, nicht einzuengen imstande ist.

Andererseits zeigt es sich, daß die in Marokko und Syrien zur Ehre und zum höheren Profit der Finanzleute und der Kriegsmaterial produzierenden Industriellen geführten Kriege bis zum äußersten getrieben werden sollen, was den finanziellen Bankrott und das Elend der Arbeitermassen nur noch steigern kann.

Angesichts dieser Perspektiven wird unsere Partei — bei gleichzeitiger Entlarvung der lügnerischen demokratischen und sozialistischen Führer, die den Arbeitern immer wieder Hoffnung machen, daß man die verworrene Situation zu ihrem Vorteil mittels parlamentarischer Methoden lösen könne — ihre politische Tätigkeit immer mehr nach den Arbeiter- und Bauernmassen orientieren, um sie in einer mächtigen Klassenfront zusammenzuschließen, in völliger Uebereinstimmung mit dem Unitarischen Gewerkschaftsbund (CGTU).

Im Laufe dieser gemeinsamen Aktionen und der kommenden Kämpfe für die Verteidigung ihrer Forderungen werden die Arbeiter, und besonders die Sozialisten, endlich die Unwirksamkeit der parlamentarischen Methoden, die ihre Führer zur Anwendung bringen, ebenso wie den großen Betrug der Zusammenarbeit der Klassen und des Ministerialismus erkennen, und sie werden in unsere Kommunistische Partei kommen, um in ihr den Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen.

Das wird das Ende des bereits erschütterten Linksblocks bedeuten, der Arbeiter- und Bauernblock aber wird wachsen und so die Möglichkeit einer erfolgreichen Agitation für die Arbeiter- und Bauernregierung gewähren.

## G. WALETZKI: DER KONGRESS DER PPS

Der in den ersten Januartagen in Warschau stattgefundene 20. Kongreß der PPS (Polnische Soz. Partei) verdient aus folgenden Gründen besondere Aufmerksamkeit: Von allen kapitalistischen Ländern ist Polen das Land, in dem die ökonomische und finanzielle Krise in der letzten Zeit einen katastrophalen Umfang angenommen hat. Das Land macht infolgedessen eine schwere politische Krise durch. Seit dem November des vorigen Jahres gehört die PPS der Koalitionsregierung an, — einer Regierung, die von ganz besonderer Art ist. Auf dem Kongreß selbst trat eine sehr starke Opposition auf. Und endlich ist Polen eines der wichtigsten Objekte im Spiele der imperialistischen Großmächte.

Im Mittelpunkt der Diskussion des Kongresses stand demgemäß die Koalitionsfrage. Die Opposition (40 Prozent der Delegierten) setzte sich aus drei Gruppen zusammen: die eine Gruppe verlangte den bedingungslosen Austritt aus der Regierung und Appell an die Massen; die andere Gruppe verlangte die Aufstellung einer Reihe ultimativer Forderungen und Austritt aus der Regierung, falls diese Forderungen abgelehnt würden; die dritte Gruppe schließlich bestritt zwar die Zweckmäßigkeit des Eintrittes in die Regierung für die Partei, stellte sich jedoch auf den Boden „der vollzogenen Tatsachen“ und beschränkte sich darauf, von den sozialistischen Ministern zu verlangen, daß sie einen größeren Druck auf ihre bürgerlichen Kollegen ausüben sollen. Die Haltung einiger Führer der Opposition auf dem Kongreß und ihre fast völlige Kapitulation am Schlusse des Kongresses läßt den Gedanken zu, daß sie einfach als Opposition von den Führern abkommandiert waren, um die ehrlichen oppositionellen Arbeiter zu verwirren und unschädlich zu machen. Es wäre jedoch ein großer Fehler, die durchaus symptomatische Erscheinung zu unterschätzen, die die Opposition auf dem Kongreß offenbarte.

Schon die bloße Zusammensetzung der Opposition war charakteristisch: der Opposition gehörten Delegierte der großen Industriezentren (Dombrowa-becken, Lodz, Schirатов, Radom), der östlichen Grenzgebiete (Wilna), die Vorsitzenden der Gewerkschaften der Eisenbahner, der Bergarbeiter und auch der Vorsitzende des Warschauer Gewerkschaftsrates an. Kurz, als aufrichtige oder entschlossene oder heuchlerische und gemäßigte Oppositionelle traten Delegierte auf, die in Verbindung mit den Massen stehen und gezwungen sind, dieser Masse Rechenschaft über ihre Politik abzugeben.

### *Die Politik der Verteidiger der Koalition*

Die Koalition war notwendig, sagten die Verteidiger der Koalitionspolitik, weil sie das einzige Mittel war, das Land vom Ruin zu retten, weil sie ein Versuch war, die zerstörte Industrie wieder herzustellen, die Demokratie vor

einer Umwälzung und der Diktatur von Abenteurern zu schützen und die sozialen Errungenschaften der Arbeiter zu verteidigen. Gewiß, die Zusammensetzung der gegenwärtigen Koalitionsregierung ist eigenartig; außer der PPS gehören der Regierung an: die erbitterteste traditionelle Feindin der PPS, die reaktionäre, nationaldemokratische Partei (ND), die die Interessen der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer vertritt; die „Piast“, die Vertreterin der Interessen der Großbauern; die Nationale Arbeiterpartei und die Christliche Demokratie. Die Koalition ist gegen alle linken Bauerngruppen und gegen die nationalen Minderheiten gerichtet.\* Die Opposition fühlt sich dadurch etwas geniert. Doch dies erwies sich als unvermeidlich und ist unbedingt notwendig. Die Gründe für den Eintritt in die Koalition sind folgende: Erstens alle anderen Kombinationen wurden in der Periode der Regierungskrise erschöpft und haben zu nichts geführt! „Zu uns waren Gerüchte gedrungen“, erzählte Daszynski, „daß Sikorski (der frühere Kriegsminister und der ernsteste Gegner Pilsudskis) seine Regimenter nach Warschau führt, und daß er im Kriegsministerium sich ein ganzes Verschwörernest eingerichtet habe. Man mußte unverzüglich den Parlamentarismus und die Demokratie retten.“ Zweitens erklärte der Arbeitsminister Semenzki: „War es unsere dringendste Aufgabe, für die Belebung der Industrie Sorge zu tragen. Das ist auch die Aufgabe unserer Klassenfeinde. Die Industriellen kommen zu mir, dem sozialistischen Arbeitsminister, und bitten um Unterstützung bei Wiederherstellung der Industrie, folglich ist das ein gemeinsamer Weg zu einem gemeinsamen Ziel“. Drittens: die Bauernparteien sind im engen Klassenegoismus befangen, ihnen sind die großen Fragen der Volkswirtschaft gleichgültig, jene Fragen, die in erster Linie die Arbeiter wie die Bourgeoisie interessieren; es ist deshalb begreiflich, daß die Koalition mit den Vertretern der Großbourgeoisie notwendig wurde, um das Wirtschaftsleben des Landes vor dem Ruin zu bewahren. Viertens: Gerade das Bündnis mit der Großbourgeoisie ist das beste Mittel, die sozialistischen Errungenschaften der Arbeiter gegen die Bourgeoisie zu verteidigen, weil diese durch die Koalition gebunden ist.

### *Der Vorstoß der Opposition*

Gegen diese Motivierung der Koalition eröffneten die Vertreter der Opposition das Feuer.

„Mit der Herabsetzung des Budgets“, sagte erstens Zaremba, der Vertreter der gemäßigten Opposition, „begann die Herabsetzung der Arbeitslöhne der staatlichen Angestellten. Es stimmt nicht, daß wir in die Regierung eingetreten sind, weil wir vor der Gefahr eines Angriffes auf die Errungenschaften der Arbeiter standen; denn in Wirklichkeit suchten die besitzenden Klassen aus Furcht vor der Bewegung, die sich aus der Not und dem Elend der Massen ergab, die Koalition mit uns. Die Bourgeoisie schuf sich aus der PPS einen Panzer gegen den Angriff der Massen.“ „Die Anhänger der Koalition“, sagte

\* Im Ministerrate befinden sich zwei besonders verhaßte Minister. Kernik, der an der blutigen Unterdrückung des Eisenbahnerstreikes und des Krakauer Aufstandes im November 1923 die unmittelbare Schuld trägt, und Sdechowski, der an der Verschwörung im Januar 1919 beteiligt war, die die Aufgabe hatte, Pilsudski und Moratschewski zu verhaften, um die Diktatur der Rechten aufzurichten.

der Abgeordnete Stantschik, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, der bisher auf dem rechten Flügel der Partei stand, „schweigen über die außerparlamentarische Macht der Arbeiterklasse, der wir eine größere Bedeutung beimessen als der parlamentarischen Tätigkeit.“

Der Abgeordnete Kurilowitsch, Vorsitzender des Eisenbahner-Gewerkschaftsverbandes, trat mit besonderer Schärfe auf, da gerade die Eisenbahner, denen die neue Koalitionsregierung die Gehälter kürzte, die ersten Opfer der Retter des Vaterlandes vom Ruin waren. „Hunderte von Arbeitern geben ihre Mitgliedsbücher zurück“, erklärte er. „Man kann das Land nicht auf Kosten der Arbeiter sanieren. Die Arbeiter werden es nicht zulassen. Wenn es nötig sein sollte, werden die Arbeiter die Revolution machen und auf diese Weise die Macht ergreifen.“ Diese Erklärung fand stürmischen Beifall. Der Abgeordnete Gardetzki, Vorsitzender des Warschauer Gewerkschaftsrates, ist der Auffassung, daß schon die Unterstützung des Grabski-Kabinetts ein Verzicht auf den Klassenkampf war um einer Illusion willen; um so schädlicher sei der Eintritt in die gegenwärtige Regierung, die die Sanierung auf Kosten der Arbeiter durchsetzen will.

„Es ist eine Schande, die Grabreden der Gewerkschaftsführer Kwapinski (Vorsitzender des Verbandes der landwirtschaftlichen Arbeiter) und Schulawski (Generalsekretär der Zentralkommission der Gewerkschaften Polens) zu hören. Es ist eine Schande, diese Grabreden zu hören und zu veröffentlichen“ (stürmischer Beifall), erklärte der Deputierte Usembo. „Das tötet den Kampfgeist der Arbeiter“ (stürmischer Beifall). „Dem Abgeordneten Kurilowitsch wurde verboten, öffentlich gegen die Lohnkürzung der Staatsangestellten aufzutreten, was dazu führte, daß wir die Eisenbahner verloren. Die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung, die an jeder Nummer des „Robotnik“ prangt, ist zu einer leeren Phrase geworden. Wenn dies so weiter geht, werden wir bald zu einem Stab ohne Armee werden.“ „Man befiehlt uns immer, unsere Prinzipien des Klassenkampfes aufzugeben“, meinte Dobrowolski, der Delegierte aus Zirardow, „bald um Schlesiens willen, bald wegen Wilna, dann wieder wegen Danzig. Die Arbeiter beschuldigen den Minister Semenzki, daß es seine Schuld ist, wenn man sie auf der Straße mißhandelt. Jetzt spielen wir nicht mehr die erste Geige bei den Arbeitern, sondern die Kommunisten Skryba und Pristupa“. (Namen der kommunistischen Sejm-Abgeordneten).

Die konsequenteste Rede hielt der Delegierte Grzeznarowski, ein ehemaliges zur Katorga in Sibirien verurteiltes Mitglied der PPS. „Niemand glaubt mehr den Führern der Partei, sie haben sich nicht bewährt. Die erste Etappe unserer Ohnmacht war der freiwillige Verzicht auf die Macht der Moratshewski-Regierung im Januar 1919; wer hätte geglaubt, daß wir je in einer Regierung sein könnten mit denjenigen, die wir als Verbrecher kennzeichneten? Die PPS hilft jetzt am Wiederaufbau des Kapitals mit. Jene, die sich der Illusion hingeben, daß die PPS noch Einfluß auf die Massen hat, befinden sich im Irrtum; denn wir haben in den Arbeitern den revolutionären Enthusiasmus getötet. Unsere Kompromißpolitik hat den Kommunisten geholfen, ihre Ideen zu verbreiten. Der Gang der Geschichte ist nicht aufzuhalten, die Revolution wird selbst zu uns kommen, und sie wird als Gewalt triumphieren. Das Volk fürchtet sie nicht, es hat nichts zu verlieren; aber

wir als Partei können viel dabei verlieren.“ Zum Schlusse gab der Redner eine von der Organisation in Radom angenommene Resolution bekannt, in der folgende Forderungen aufgestellt werden:

1. Abberufung der Minister;
2. Einbringung eines Antrages über die Auflösung des Sejm;
3. falls der zweite Antrag abgelehnt wird, ist eine breite Agitation unter den Arbeiter- und Bauernmassen zu entfalten.

Stonrowski (Wilna) wendet sich gegen die Herabsetzung der Löhne bei den staatlichen Angestellten. „Es ist ein Fehler, die staatlichen Angestellten von uns abzustoßen; ohne Angestellte und Intellektuelle werden wir nicht genügend Kräfte haben.“ Holzberger (Lodz) erinnert daran, daß es in Lodz 56 000 registrierte Arbeitslose gibt: „Die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung wird die Industrie nicht wieder aufbauen. Die Schließung der Betriebe ist ein bewußtes Werk der Unternehmer, sie ist ihre Offensive, sie ist die Spekulation auf die künftige Goldanleihe. Die Arbeiter bringen der bürgerlichen Unabhängigkeit Polens viel zu große Opfer. Die Unabhängigkeit Polens darf keine Strohuppe für die Arbeiter sein, um derentwillen die Arbeiter zugunsten der Bourgeoisie Zugeständnisse machen.“

Der Delegierte des Dombrower Kohlenbeckens Pawelek protestiert dagegen, daß „Mißtrauen in die Kraft der Arbeiterklasse gesät werde, er protestiert gegen den Pessimismus der Koalitionsverteidiger. Unsere Minister sind ohnmächtig; die Tätigkeitsdauer der Feldgerichte, deren Beseitigung wir gefordert haben, ist von der neuen Regierung verlängert worden. Skrzynski, der Vorsitzende des Ministerrats, war in unserem Gebiet, eine Delegation unserer Gewerkschaften besuchte ihn, ohne daß etwas dabei herausgekommen ist.“

#### *Zurückschlagung der Attacke*

Gegen alle diese einfachen, konkreten und zuweilen naiven Argumente der Opposition war der Kampf nicht leicht. Die Verteidiger des Eintritts in die gegenwärtige Regierungskoalition, die fast alle alte, geriebene, in der Anwendung demagogischer Politikasterei geübte Leute sind, begründeten ihre Beweisführung damit: so schlecht auch diese Koalition sei, so wäre es ohne die Koalition noch schlimmer.

„Welch eine Revolution könnten wir in der gegenwärtigen Situation machen“, fragte der erste Berichtstatter auf dem Kongreß und Redakteur des Zentralorgans der Partei. „Die Revolution kann kein Heilmittel gegen die Schließung der Betriebe sein. Wir wollen nicht auf Ruinen bauen. . . . Gewiß, nicht alles ist von uns abhängig. Infolge der verbrecherischen Politik der besitzenden Klassen kann sich plötzlich alles ändern. Allein die Taktik der Partei darf nicht auf die Spekulation der Katastrophen eingestellt sein. Wenn jedoch eine derartige Bewegung jetzt eintreten würde, so muß das Ruder in den Händen der PPS bleiben.“ Ein anderer Berichtstatter, der Vorsitzende der Parlamentsfraktion, Barlitzki, sagte: „Die gegenwärtige Situation birgt schwere Gefahren und kann katastrophal werden. Wenn wir es nicht verstehen, die Situation und unsere Nerven zu beherrschen. . . Hunderttausende



von Arbeitern sind erwerbslos, die Industrie geht zugrunde und die Arbeiterklasse ist gezwungen, nicht nur allein um ihre Rechte, sondern um ihre nackte Existenz zu kämpfen. Dieses Opfer (Eintritt in die Regierung) verlangte von uns die Arbeitermasse, die einen harten Kampf um ihre Existenz führt. Wenn wir in der Koalition nicht wären, so kann man sich nur schwer denken, was die Bourgeoisie aus dem Staate und aus der Arbeiterklasse gemacht hätte. Wir entschlossen uns schweren Herzens zu der vorläufigen Gehaltskürzung der Staatsangestellten, nachdem wir zur Ueberzeugung gelangt waren, daß die katastrophale Lage der Staatskasse dieses Opfer erfordert. . . Wenn wir aus der Regierung austreten sollen, so bitte ich, mir zu sagen, was weiter geschehen wird. Welch einen konkreten Ausweg gibt es?“ (Während Barlitzkis Rede, als er behauptete, daß der Eintritt der PPS in die Koalitionsregierung die Rechte der Arbeiter sichert, unterbrachen ihn die Lodzer Delegierten mit den Zurufen: „Gestern wurde in Lodz Arbeiterblut vergossen“, worauf Barlitzki antwortete: „Mir sind die gestrigen Ereignisse noch unbekannt.“

Julawski, Generalsekretär der Vereinigten Gewerkschaften, der als dritter Berichterstatter auftrat, erklärte: „Jede rechte Regierung hätte zweifellos die bestehende Arbeitergesetzgebung für jahrelang beseitigt. . . Durch die Aufrollung der wichtigsten Tagesfragen setzten wir den Kampf für unsere grundlegenden Forderungen praktisch fort, traten wir für die Verstaatlichung derjenigen Industriezweige ein, die dazu bereits reif sind, und gleichzeitig fordereten wir die Ausübung der breitesten Kontrolle über die Betriebe. Mit dieser Forderung erklären sich jetzt in gewissem Maße auch die Vertreter der Industrie einverstanden. . . Wir kämpfen gegenwärtig innerhalb des Ministerrates und wissen nicht, wie dieser Kampf enden wird. In jedem Falle verlieren wir durch den Eintritt in die Koalition nichts. Die Gefahr besteht nicht in der Koalition, sie besteht in dem wirtschaftlichen Ruin und es ist unsere Pflicht, gegen diesen Ruin anzukämpfen.“

Der Arbeitsminister Semenzki sagte: „Es ist jetzt schwer festzustellen, von welchem Nutzen eine Opposition gegen eine unbekannte Regierung gewesen wäre, die sich nach unserer Ablehnung der Koalition gebildet hätte. Die Wiederherstellung der Industrie ist sowohl unsere Aufgabe wie die unserer Klassegegner. Daraus geht hervor, daß es einen gemeinsamen Weg und ein gemeinsames Ziel für uns und sie gibt. Unsere Kritiker weisen sehr richtig auf die Notwendigkeit der Kontrolle der Industrie hin, die die enge Interessenpolitik der Kapitalisten verhindern soll. Auch wir verlangen sie, und zwar nicht erfolglos. Gerade heute hat der Herr Präsident der Republik während des Neujahrsempfanges auf die Notwendigkeit der Kontrolle der Verwaltungsausgaben hingewiesen. Die Verkürzung der Gehälter der Staatsbeamten, Eisenbahner, Lehrer war notwendig, damit die Staatskasse die Möglichkeit hat, den Arbeitern die Löhne auszuzahlen. Es ist besser, allen weniger zu zahlen, als überhaupt nicht zu zahlen.“

Mit einer großen Rede zur Verteidigung der Koalitionspolitik trat der alte Führer der galizischen Sozialopportunisten *D a s z y n s k i* auf. Nachdem er an die Geschichte der Bildung des gegenwärtigen Kabinetts erinnerte und den Anwesenden versicherte, daß ohne Eintritt der PPS in die Regierung das Land von einer Umwälzung und einer Proklamierung der Diktatur bedroht

war,\* erklärte er, daß dank der PPS die Frage der Herabsetzung der militärischen Dienstjahre auf ein Jahr auf die Tagesordnung gestellt sei. Wird uns das Ausland eine Anleihe geben, wenn Fensterscheiben eingeschlagen werden und hungrige Volksmassen die Läden plündern? Es ist notwendig, das Budget um 500 Millionen herabzusetzen. Aus diesem Grunde mußten die Angestelltengehälter gekürzt werden. Es wird noch notwendig sein, die Zahl der Angestellten, d. h. die Bürokratie einzuschränken. Man soll nicht mit der Solidarität, die zwischen der modernen Bürokratie und den kämpfenden Arbeitern besteht, Mißbrauch treiben. Die Wirklichkeit ist hart. Sie ist beinahe ungeheuerlich, und es ist die Pflicht der PPS, die unmittelbare Verantwortung für die Regierung zu übernehmen. Wollen wir hoffen, daß dieser Versuch nicht mißglückt. Moratschewski, der Minister der öffentlichen Arbeiten, erklärte: Die Herabsetzung des Budgets wurde auf Kosten der Arbeiter durchgeführt. Die zweite Maßnahme zur wirtschaftlichen Sanierung, die Vermehrung der Zirkulationsmittel, muß auf Kosten der besitzenden Klasse durchgeführt werden. Moratschewski lehnt die Verpachtung des Tabak- und Branntweinmonopols an das ausländische Kapital ab, er ist gegen die Aufgabe der Selbständigkeit der polnischen Bank und stellt das Projekt der Sicherung einer neuen Geldemission durch eine Hypothekenbelastung des Vermögens der Bourgeoisie und der Grundbesitzer dem gegenüber. Diese Klassen sind noch mit 600 000 Zloti Steuern im Rückstande, die unbedingt eingetrieben werden müssen. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß der Berichtstatter Barlitzki, Vorsitzender der Sejm-Fraktion der PPS, es für notwendig hielt, in seinem Schlußwort Moratschewskis Machwerk in der Finanzfrage zu desavouieren und zu erklären, daß er seinerseits bereit sei, das Tabakmonopol an die ausländischen Kapitalisten zu verpachten.

Außer der allgemeinen Frage über den wirtschaftlichen Zusammenbruch spielten in der politischen Diskussion die Bauernfrage und die Frage der nationalen Minderheiten eine sehr große Rolle.

### *Gegen die Bauernschaft*

Wir haben schon erwähnt, daß die radikalen Gruppierungen der Bauern nicht zum Bestande der Regierung gehören. Dies gilt besonders von der Partei „Wyzwolenje“, mit der zusammen die PPS Polen aufbaute und mit der sie zu Ende des Jahres 1918 die Moratschewskische Arbeiter- und

\* In der Frage der Stellung zu Pilsudski, dessen Rückkehr zum aktiven politischen Leben, sei es in der Aufrichtung einer eigenartigen faschistischen Diktatur, sei es in irgendeinem Abkommen mit seinen bisherigen erbittertsten Feinden, den Nationaldemokraten, war der Kongreß nicht einmütig. Man vermied es, offen über diese Frage zu sprechen. Der Abgeordnete Jaworowski, ein äußerster Rechter, führte aus: „Ohne die Koalitionsregierung stand Polen vor der Gefahr eines Bürgerkrieges. Ich will keine Diktatur, weder eine rechte noch eine linke. Ich sympathisiere persönlich mit Josef Pilsudski, achte und liebe ihn, aber seine Diktatur will ich ebensowenig, wie jede andere.“ Andererseits erklärte der Oppositionelle Stantschik: „Die Genossen schrecken uns mit der Diktatur der Generale und sagen, daß man die Demokratie verteidigen müsse. Ich bin ein Demokrat, aber wenn irgendein Diktator auftreten sollte, so würde ich nicht die Kampfmethoden ablehnen, die nicht zu den Waffen gehören, welche die Demokratie anerkennt.“ Als aber Daszynski in seinem Schlußwort Pilsudskis Namen nannte (unsere Armee ist nach dem Austritt Pilsudskis die Beute von Streibern geworden), stand der ganze Kongreß auf und brachte Pilsudski eine Ovation dar.

Bauern-Regierung bildete. Dieser Bruch mit dem traditionellen Bundesgenossen, an den sich eine Koalition mit dem traditionellen Feinde, der bürgerlich-feudalen Nationaldemokratie, anschloß, vollzog sich bereits im Sommer 1925 im Zusammenhang mit der Diskussion im Sejm über den Antrag einer Agrarreform. Die PPS unterstützte diesen Antrag. Die Vertreter der Wyzwolenje und die radikaleren Bauerngruppen, zu denen die armen und Mittelbauern im polnischen Dorfe gehören, kämpften entschieden gegen diesen Antrag, wie ebenso natürlich die Kommunisten. Mit dieser Tatsache ist eine tiefe Veränderung in der politischen und sozialen Orientierung der PPS verknüpft. Davon zeugen nicht bloß die Debatten in der Agrarfrage, die einen besonderen Punkt in der Tagesordnung des Kongresses bildeten (die Debatten standen, nebenbei gesagt, auf einem sehr niedrigen Niveau), davon zeugt auch die allgemeine politische Diskussion.

Die „Bauernparteien“, erklärte der Berichtstatter Perl, „stehen auf dem Standpunkte des äußersten Egoismus des Dorfes gegenüber der Stadt. Es gibt keine linke Gruppierung als Block.“ „Die Bauernparteien“, sagte ein anderer Berichtstatter über die allgemeine Politik der Partei, Julawski, „können den Dingen, die sich jetzt in Polen abspielen, ruhig zuschauen und sagen: Uns geht das alles nichts an. Wir werden nicht zugrunde gehen. Sie werden auf ihrem Acker nicht zugrunde gehen, aber die Arbeiterklasse befindet sich in einer anderen Lage.“ „Man hat uns beschuldigt, daß wir in der Frage der Agrarreform keine sozialistische Stellung einnehmen“, sagte der Deputierte Kupanski, „weil wir mit den Bauernparteien nicht zusammengehen, aber wir müssen in erster Linie daran denken, die landwirtschaftlichen Arbeiter des Bodens nicht zu berauben.“ „Wir müssen die Aktivität im Dorfe erhöhen, doch nur unsere eigene. Es darf nicht geschehen, daß kleinbürgerliche Parteien, wie „Wyzwolenje“, eine Partei, die voller Gegensätze ist und über kein Programm verfügt, sich das Recht anmaßt, ausschließlich Vertreterin des Dorfes zu sein“, sagte Perl in einer anderen Rede. „Die billigste Phrase“, erklärte der Deputierte Jaworowski, „ist zweifellos die Phrase von dem Bündnis mit den Bauernparteien. Es war stets die Tragödie der Geschichte Polens, daß die Städte durch die Klassenpolitik des Adels unterdrückt wurden. Wir nähern uns jetzt derselben tragischen Situation. Der Unterschied zwischen der jetzigen Situation und der damaligen besteht bloß darin, daß wir an Stelle des Adels die Bauernschaft haben.“ „Wie können wir mit der „Wyzwolenje“ zusammengehen?“, fragte Daszynski, „nachdem diese uns mit den unflätigsten Schimpfworten überhäuft . . . Wenn die Wyzwolenje eine vernünftige Politik will, so mag sie zu uns kommen, unseren Weg anerkennen und ihre Intrigen und Verleumdungen aufgeben.“ (1) Daszynskis Phrasen, sein Versuch, dem Kern der Frage bewußt aus dem Wege zu gehen, wurde in dem Schlußwort von Julawski ergänzt: „Wyzwolenje ist keine Partei des Progresses, obwohl sie eine radikale Partei ist. Denn der Radikalismus ist nicht immer gleichbedeutend mit Fortschritt. Die Parteien, die in die Koalition eintreten, um das Wirtschaftsleben zu retten, stellen keine zufällige parlamentarische Mehrheit dar. Es sind dies Parteien, die die Stadt vertreten: Sozialisten, die nationale Arbeiterpartei, die Christlichen Demokraten und die Nationaldemokraten. Die Partei „Piast“ (die Partei der Großbauern), die ebenfalls in die Koalitionsregierung eintrat, wollte diese Koalition nicht.“

Die Diskussion in der Agrarfrage brachte einige Ergänzungen zu diesen Aussprüchen. Kwapiński, der Vorsitzende der landwirtschaftlichen Gewerkschaftsverbände, erklärte, daß die PPS gezwungen war, ihre frühere Losung „Boden ohne Entschädigung“ aufzugeben, weil diese Forderung dem Artikel der Polnischen Verfassung über den geheiligten Charakter des Privateigentums widerspricht. Der Berichterstatter hält den vom Sejm angenommenen Gesetzentwurf in der Agrarfrage, gegen den die radikalen Bauernparteien und die Kommunisten unter der Losung „Boden ohne Loskauf“ kämpfen, für „einen Schritt vorwärts“, weil dieser Entwurf das Prinzip der zwangsmäßigen Enteignung enthält. Daß diese Enteignung in Wirklichkeit nur zugunsten der Kulaken und der Großgrundbesitzer durchgeführt werden kann, darüber wurde geschrieben. Dagegen wurde darauf hingewiesen, daß „die Zersplitterung des Bodens nicht im Interesse des Sozialismus liege.“

Die Opposition übte sowohl in der Agrarfrage wie in der allgemeinen politischen Diskussion eine sehr scharfe Kritik an der offiziellen Politik der Partei. „Die Regierung hat die Vermögenssteuern für die Grundbesitzer, aber nicht für die Kleinbauern herabgesetzt. Wenn wir die Interessen des Dorfes ignorieren, so werden wir Einfluß und Vertrauen im Dorfe nicht gewinnen. Man muß von der Agrarreform als von einer sozialen Frage sprechen und nicht von dem Gesichtspunkt dieses oder jenes Zugeständnisses an die landwirtschaftlichen Arbeiter, die auf den Gütern beschäftigt sind.“ (Abgeordneter Usembló.) „Mit diesem Gesetz können wir nicht ins Dorf gehen, denn es erfüllt nicht die Forderungen der Bauernmassen.“ (Delegierter Płjuskowski.) Allein der Angriff der Opposition gegen die politische Linie der Partei war hauptsächlich gegen den Bruch der Führer mit den radikalen Bauernparteien gerichtet, an deren Stelle die verhaßte revolutionäre Nationaldemokratie trat.

Diese Wendung in der Politik der PPS konstatierte auch die radikal-bürgerliche Zeitung „Kurier Pranny“, die in einem Artikel über den Kongreß folgendes ausführt: „Wenn die demokratischen Bauernparteien tatsächlich nichts durchsetzen können, ohne sich mit der städtischen Demokratie zu verbinden, so werden in dem vorwiegend agrarischen Polen alle Bemühungen der Vertreter der werktätigen Schichten und der Arbeiter in den Betrieben nichts erreichen ohne Verständigung mit der Bauernschaft . . . Die Kommunisten haben das viel besser und schneller begriffen als die radikalen demokratischen Intellektuellen, die bei uns an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen.“

Gewiß, es handelt sich nicht um das Nichtbegreifen einer Binsenwahrheit seitens der Führer der PPS. Allein die in letzter Zeit stattfindende Differenzierung der Bauernschaft und die Radikalisierung der kleinbäuerlichen Schichten zwingt die Führer der PPS, die die Partei in erster Linie konterrevolutionär machen wollen, sie von der Bauernschaft zu trennen und sie sogar in offenen Gegensatz zu ihr zu bringen.

### *Die Frage der nationalen Minderheiten*

Ebenso verhält es sich mit der Stellung der PPS zur Frage der nationalen Minderheiten. Es ist charakteristisch, daß nicht der Nationalismus der PPS die Stellung ihrer Führer zu einer oder der anderen nationalen Minderheit in

Polen bestimmt, sondern ihre konterrevolutionäre Einstellung. So ist die offizielle PPS den Deutschen und Juden gegenüber, die jetzt nicht mehr Träger revolutionärer Bestrebungen sind, sehr sanft und versöhnlich gestimmt. Dagegen steht sie den „slawischen Minderheiten“, den Ukrainern und Weißrussen, feindlich gegenüber.

Das kam u. a. darin zum Ausdruck, daß auf dem Kongreß Vertreter des Bundes, der linken und rechten Paole-Zionisten ebenso wie der deutschen Sozialdemokraten in Polen anwesend waren, die den Kongreß sehr warm begrüßten; dagegen waren die Weißrussen und Ukrainer nicht vertreten.

Alle drei Berichterstatter gingen stillschweigend über die Frage der nationalen Minderheiten hinweg. Dagegen wurde diese Frage von den Rednern der Opposition aufgeworfen. „Die Berichterstatter sprachen hier davon, daß wir Einfluß auf die Regierung hätten. Weshalb wurde in diesem Falle dieser Einfluß nicht benutzt, um die Verbrechen an dem ukrainischen und weißrussischen Volke zu verhindern? Und was sagen die Berichterstatter zu dem schimpflichen Prozeß gegen Steiger, diesem Prozesse, der der zaristischen Regierung vollständig würdig gewesen wäre!“ (Crzeczmarowski). „Ich weiß nicht, was das für eine demokratische Regierung ist, in der die Weißrussen und Ukrainer nicht vertreten sind. Uns Sozialisten ist der jüdische, ukrainische, weißrussische, deutsche Arbeiter hundertmal näher als der polnische Fabrikant oder Gutsbesitzer“ (Delegierter Golubko). „Jaworowski spricht hier von den Feinden Polens genau so, wie die zaristischen Satrapen seinerzeit von uns gesprochen haben“ (Tscherkowski). „Es ist unbedingt notwendig, für die nationalen Minderheiten das Recht auf Selbstbestimmung anzuerkennen. Ich habe sogar nichts dagegen, daß sie sich von Polen lostrennen“ (Plawaki).

In der Diskussion über das Gesetz der Agrarreform betonten Dzengelewski, Usemble, Pljuskowski, daß dieses mit den Stimmen der PPS angenommene Gesetz gegen die ukrainischen und weißrussischen Bauern gerichtet ist. Die offiziellen Führer der Partei ließen sich durch die Reden der Opposition zu Ausführungen über die Frage der nationalen Minderheiten hinreißen. Und was waren das für Reden, die man da zu hören bekam!

„Man wirft uns vor, daß die Lage in den Grenzgebieten trotz der Koalitionsregierung sich nicht geändert habe. Ich rechne darauf, daß durch Eintritt des Genossen Moratschewski in die Regierung die Politik in der Frage der nationalen Minderheiten geändert werden wird. Wenn man jedoch die Frage eines Zusammengehens mit den Vertretern der nationalen Minderheiten im Sejm aufwirft, so muß man darüber noch nachdenken, ob diese überhaupt mit uns sprechen wollen“ (Daszynski).

„Wir können mit den slawischen nationalen Minderheiten nicht zusammengehen, weil sie eine feindliche Stellung zu unserem Staate einnehmen“ (Petrowski). „Es kann von einer gemeinsamen Regierung mit den nationalen Minderheiten, die staatsfeindliche Elemente sind, keine Rede sein“ (Jaworowski). „Wir sind bereit, mit der Demokratie der nationalen Minderheiten ein Abkommen zu treffen, das steht auch in unserem Programm, aber dazu gehört auch der Wunsch nach einem solchen Abkommen seitens dieser Demokratie“ (Barlitzki).

Der Kongreß nahm eine Resolution in der Frage der „Grenzgebiete“ an, in der auf Grund des Rechtes jeder Nation auf Unabhängigkeit die Losung der

„Autonomie für Gebiete der Republik aufgestellt wird, die von dichten Massen der Ukrainer und Weißrussen bevölkert sind.“

In der Resolution wird gleichfalls „von der Verteidigung der Rechte der nationalen Minderheiten gegen Mißgriffe seitens der Polizei und Behörden“ gesprochen; diese Resolution spricht von der „Notwendigkeit der Einführung von Selbstverwaltungsinstitutionen, vom Recht auf eine nationale Schule“. Zum Schluß empfiehlt die Resolution die Aufrechterhaltung „des engsten Kontaktes mit den Sozialisten der nationalen Minderheiten“.

Diese Resolution, die von den offiziellen Rednern absolut nicht begründet wurde, sondern sogar in offenem Widerspruch zum Ton und Inhalt jener Reden steht, wurde augenscheinlich in der Kommission unter dem Drucke der Opposition abgefaßt.

### *Die allgemein-politische Resolution*

Die auf dem Kongreß angenommene politische Resolution ist das Resultat einer intensiven „Hinter-den-Kulissen-Arbeit“ in der Kommission. Anscheinend ist es der Mehrheit gelungen, durch die Einbringung verschiedener Verbesserungen in den Text der Resolution die Opposition zu spalten, so daß schließlich ein Teil der Opposition mit einigem Vorbehalt für die Resolution stimmte, ein anderer Teil für seine Verbesserungen eintrat und gleichzeitig seine Loyalität versicherte, während nur die kleine Gruppe, die sich um Grzenarowski scharte, ihren Standpunkt behauptete. Ueber den Charakter der Abstimmungen wie über ihr ziffernmäßiges Resultat ist aus dem Berichte nichts zu ersehen.

Die Resolution ist außerordentlich geschickt abgefaßt. Während der Eintritt in die Koalitionsregierung mit Hilfe derselben Argumente verteidigt wird, deren sich die offiziellen Redner auf dem Kongreß bedienen, bevollmächtigt die Resolution die leitenden Organe der Partei, ultimative Forderungen in der Frage der Erwerbslosenunterstützung, der Steuereinbringung von den besitzenden Klassen zu erheben und den Kampf gegen die Teuerung, den Kampf um die Wiederherstellung der Industrie, um die Reorganisierung der Administration und des Militärdienstes in dem Augenblicke aufzunehmen, in dem die führenden Stellen der Partei ihn für geeignet halten werden.

Außerdem formuliert die Resolution 16 Forderungen als „Direktiven für die Politik der PPS in der nächsten Periode“. Diese „Direktiven“ beziehen sich vorzugsweise auf die brennendsten und dringendsten Fragen, die vor der Masse stehen. Sie sind jedoch absichtlich so unklar formuliert, daß sie als Losungen für Massenkampagnen nicht in Frage kommen, sondern nur als Hinweise für die parlamentarische Tätigkeit dienen können. Ebenso unklar ist der Punkt über die „Beschleunigung der Auflösung des Sejm“ und die Anberaumung neuer Wahlen formuliert.

Von den Kommunisten wurde auf diesem Kongreß der PPS im Gegensatz zu den früheren Kongressen dieser Partei nur sehr wenig gesprochen. Die Verteidiger der Koalitionsregierung, gegen die die Geschütze der Opposition gerichtet waren, fühlten, daß eine Attacke gegen die Kommunisten diesmal ihnen wenig nutzen würde. Sprachen doch die Vertreter der Opposition davon, daß dank der offiziellen Politik der Führer der PPS nicht mehr die

PPS, sondern die Kommunisten in der Masse die erste Geige zu spielen beginnen. Der Berichterstatter in der Organisationsfrage,\* der über die Krise der PPS in den Gewerkschaften sprach, war gezwungen, zu erklären: „Die Gefahr besteht darin, daß Moskau seinen Mitgliedern den Befehl erteilt hat, in die Gewerkschaften einzutreten.“ Es wurde auch weder in den Reden der Führer noch in denjenigen der Opposition der Versuch gemacht, anti-kommunistische Stimmungen zu entfesseln. Der letzte Absatz: „Der Kongreß fordert alle Parteiorganisationen zum schonungslosen Kampf gegen die offene und versteckte Propaganda der Kommunistischen Partei auf, die die Einheit der Arbeiterbewegung bedroht, den Boden für den Faschismus vorbereitet und eine Gefahr für die Unabhängigkeit des Landes ist“, stand in gar keinem Zusammenhang mit den Debatten auf dem Kongreß selbst.

Der Umschwung in der sozialen und politischen Orientierung der Führung der PPS kann kurz etwa folgendermaßen charakterisiert werden: Engzünftige, „rein proletarische“ Basis; Verzicht auf das Bündnis mit der Bauernschaft; im Dorfe wird lediglich die Stellung zum landwirtschaftlichen Arbeiter in Betracht gezogen; Verzicht auf Unterstützung der Angestellten, Lehrer, überhaupt der intellektuellen Kleinbourgeoisie; als einziger „Weggefährte“ gilt die Großbourgeoisie, gelten die Grundbesitzer und ihre Ergänzung im Dorfe, die Großbauern (Kulaki).

### *Die internationale Politik*

Auf der Tagesordnung stand noch ein Punkt: „Ueber die internationale Politik“. Der Berichterstatter, Abgeordneter Nedzjalkowski, erklärte, daß die Partei mit der Politik des polnischen Ministers des Auswärtigen Amtes, des gegenwärtigen Premierministers Skrzynski, besonders mit seiner Stellung zum Genfer Protokoll und für Locarno, vollständig einverstanden sei. Die tatsächliche Stellung der Führer der PPS zur Frage der auswärtigen Politik brachte die Rede des Abgeordneten Diamand zum Ausdruck. Sie läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Revision der Stellung Polens zu Frankreich, englische und deutsche Orientierung.

Der Delegierte Plawski (Oppositioneller) erhob heftige Angriffe gegen den „spezifischen Sowjet-Militarismus“ und beantragte eine entsprechende Ergänzung der Resolution. Um „nicht in den Verdacht der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates zu kommen“, schlug der Berichterstatter vor, über die von ihm beantragte Verbesserung der Resolution „außerhalb der Tagesordnung“ abzustimmen.

Im Zusammenhang mit der „Außenpolitik“ steht auch das Auftreten der ausländischen Gäste. Als Vertreter der II. Internationale war auf dem Kongreß anwesend der deutsche W e l s , was durchaus kein Zufall war, sondern vollständig im Einklang steht mit der Orientierung der PPS auf Deutschland, England und Locarno. Außer Wels ergriffen noch das Wort der Menschewik D a n , der Sozialrevolutionär T s c h e r n o w und der georgische „Minister“ G e g e t s c h k o r i . Dan pries das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Völker und wies als auf das einzige „Beispiel“, wo dieses Recht

\* Nebenbei gesagt, wurde die Organisationsfrage in vertraulicher Sitzung beraten; ein Beweis, wie schlecht es in dieser Beziehung in der PPS steht.

gewahrt werde, auf die Hauptstadt des bürgerlich-feudalen Polens hin. Tschernow sprach von Bolschewismus und Faschismus, Gegetschkori wiederholte das, was sein Kollege Dan sagte. In den Fragen der auswärtigen Politik war der Kongreß, der in der Innenpolitik durchaus uneinig war, laut den Berichten einmütig.

Die Einheit der Partei war gerettet, und nach außen hin war es eine glänzende Rettung. Aus der Rede des Vorsitzenden Daszynski, die er vor Schluß des Kongresses hielt, und die ein demagogisches Kunstwerk war, klang die Befürchtung für die nächste Zukunft hervor. „Niemand erfreute sich auf diesem Kongreß einer solchen Sympathie, wie die Opposition“ — sagte er. „Denn trotz aller Meinungsverschiedenheiten schätzen wir bei den Genossen der Opposition die zweifelloste Lauterkeit ihrer Bestrebungen . . . Die Resolution spricht auch nicht den zehnten Teil dessen aus, was gesagt werden mußte. Denn es ist durchaus keine Verleumdung, daß Polen eine Anzahl Organisationen der Schwarzen Hundert geschluckt hat (das war an die Adresse der Bundesgenossen der PPS in der Koalitionsregierung gerichtet), denn es ist keine Verleumdung, daß unsere Bourgeoisie nichts gelernt hat und in dem Organismus des Staates ein parasitäres Dasein fristet, wie es auch keine Verleumdung ist, daß unsere Armee nach dem Austritt Pilsudskis eine Beute der Streber geworden ist . . . Niemand von uns glaubt uneingeschränkt an die rettende Kraft der Koalition. Wenn wir auf Widerstand, Egoismus, auf Mangel an Verständnis stoßen werden, so werden wir von der Koalition zum Kampfe übergehen. In diesem Kampfe werden wir auf dem vorgezeichneten Wege zur Uebernahme der Macht schreiten, aber nicht mehr einer Koalitionsmacht, sondern zur Macht der Arbeiterregierung in Stadt und Dorf.“ Es ist nicht schwer, den Optimismus, die übertriebene Einschätzung der eigenen Macht und der Macht der Partei zu erkennen. Es ist nicht schwer, zu erkennen, wieviel Lug und Trug in diesen Worten enthalten ist, und wie schwer in Wirklichkeit die Rolle der Agenten der Bourgeoisie für die Führer der sozialverräterischen Partei werden muß.

Der Kongreß der PPS stellt das wertvollste Material dar zum Studium des tiefen Umschwunges, der sich innerhalb dieser Partei im Zusammenhange mit der allgemeinen Lage Polens und dem Prozeß innerhalb der Arbeiterklasse dieses Landes vollzieht. Er beweist, daß für die Kommunistische Partei Polens die Möglichkeit eröffnet wurde, an die Elemente heranzukommen, die bisher für sie unerreichbar waren.



**KURT FISCHER:**

**DIE BEGINNENDE HERAUSBILDUNG  
EINES LINKEN FLÜGELS IN DER  
DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG**

Der Brief des EKKI an die Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei Deutschlands bezeichnete als eines der wichtigsten Momente des neuen Kurses das zielbewußte und energische Hinarbeiten der KPD auf die Herausbildung eines linken Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Voraussetzungen für einen solchen linken Flügel waren zur Zeit der Veröffentlichung des EKKI-Briefes gegeben:

1. in der linken Opposition innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, vor allem in Sachsen,
2. in den linken Strömungen innerhalb der freien Gewerkschaften, deren Träger nicht nur die von den Kommunisten genährte Opposition, sondern vor allem alte sozialdemokratische Gewerkschaftsführer, wie Dißmann, waren, wie das in der Frage der Bildung von Industrieverbänden vor dem Breslauer ADGB-Kongreß offen zum Ausdruck kam,
3. endlich in einer beginnenden scharfen Differenzierung innerhalb der beiden Massenparteien der deutschen Bourgeoisie, in der deutschnationalen Volkspartei und im Zentrum, vor allem aber in der letztgenannten Partei, was von um so größerer Bedeutung ist, als gerade das Zentrum bisher Millionenmassen von Arbeitern fest in seinem Bann hielt.

Langsam und zögernd und unter Ueberwindung großer innerparteilicher Schwierigkeiten setzte der neue Kurs der KPD auf die Gewinnung der breiten proletarischen Massen ein. Die politische und wirtschaftliche Situation war dafür äußerst günstig und wurde von Woche zu Woche günstiger. Die Berichterstattungskampagne der ersten Arbeiterdelegation, die Sowjetrußland bereist hatte, war der eine, die Einheitsfronttaktik der KPD bei den Berliner Gemeindewahlen und in den Provinziallandtags- und Kreistagswahlen ein anderer, und ihre Kampagne gegen den Locarnopakt schließlich ein dritter Ausgangspunkt.

Im Kampfe für die Unterstützung der Millionenmassen der Erwerbslosen wurden breitere Kreise in den Bann der Linksbewegung gezogen, ja über die SPD und die Freien Gewerkschaften hinaus sogar Zentrumsarbeiter und Teile der christlichen Gewerkschaften. Innerhalb der SPD wurden während der Diskussion über die Frage der Teilnahme an der Großen Koalition im Reiche immer weitere Massen auch in solchen Bezirken, in denen die Linken bisher keinen Boden hatten, von der Linksbewegung mit fortgerissen. Die sich immer fester organisierende sächsische Linke in der SPD kommt durch die erneut — nicht zuletzt unter dem Einfluß der kommunistischen Kampagne — in aller Schärfe stehende Frage der Landtagsauflösung in immer schärferen Gegensatz zur offiziellen Führung der Sozialdemokratie.

In der augenblicklichen Massenbewegung für den Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Exfürsten ist bereits eine breite linke Bewegung in der deutschen Arbeiterbewegung vorhanden. Es ist dies noch kein einheitliches, fest organisiertes Gebilde, aber immerhin muß man feststellen, daß sich die Anfänge eines linken Flügels in der deutschen Arbeiterschaft herauszubilden beginnen.

Im Folgenden soll nun die beginnende Herausbildung dieses linken Flügels in möglichst chronologischer Folge — soweit das bei den ineinandergreifenden Faktoren möglich ist — dargestellt werden. Es soll untersucht werden, inwieweit zur Herausbildung eines linken Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung beigetragen haben:

1. Die Rußlanddelegation
2. Die Provinziallandtags-, Kreistags- und Gemeindewahlen
3. Der Locarno-Pakt
4. Die Frage der Beteiligung der SPD an einer Großen Koalition im Reiche
5. Die Frage der Landtagsauflösung in Sachsen
6. Die Auswirkungen des Dawes-Planes, wie sie in der Massenarbeitslosigkeit einen Ausdruck finden
7. Die Frage des Volksentscheides über die Fürstenenteignung.

Im Schlußabschnitt sollen dann die bereits herausgebildeten Anfänge eines linken Flügels betrachtet werden.

## I.

Zu gleicher Zeit mit dem Uebergange der deutschen Bourgeoisie von der östlichen zur westlichen Orientierung begann sich in der deutschen Arbeiterklasse unter dem Druck der Daweslasten ein gewisser Umschwung in ihrer Haltung gegenüber Sowjetrußland bemerkbar zu machen. Die stetig wachsenden Sympathien für Sowjetrußland wurden verstärkt durch den für jeden Arbeiter aus allen Pressemeldungen deutlich fühlbaren Aufschwung in der Sowjetunion und durch die Berichterstattung der ersten deutschen Arbeiterdelegation. Dieser gehörten bekanntlich auch zahlreiche Sozialdemokraten und einzelne Zentrumsarbeiter an. In weit über 1000 Gewerkschafts- und Belegschaftsversammlungen erstatteten diese 58 Arbeiter vor den breitesten Massen der Arbeiterschaft über ihre Reise Bericht. Ihr schriftlicher Bericht — eine Broschüre von 176 Seiten — fand in einer Auflage von 100 000 reißenden Absatz. Das wurde zu einem wesentlichen Faktor im Prozeß der Linksorientierung in der deutschen Arbeiterschaft, vor allen Dingen aber unter den Arbeiterelementen in der SPD und in den Gewerkschaften.

Wie stark die Sympathien für Sowjetrußland bei den breiten Arbeitermassen in der SPD anwachsen, läßt sich an der Haltung der sozialdemokratischen Presse erkennen. Sie ist in steigendem Maße genötigt, den rußlandfreundlichen Stimmungen Konzessionen zu machen. Sogar das extrem rechte „Hamburger Echo“ mußte zum 8. Jahrestage Sowjetrußlands schreiben:

... Als ob Krieg, Niederlage und Revolution niemals gewesen wäre, kämpft Rußland heute wie früher militärisch und diplomatisch an allen Brennpunkten der weltpolitischen Front. Rußland ist wieder stark geworden, stark als Staat, stark als Großmacht. Im Innern dürfte es die schwersten wirtschaftlichen Krisen überwunden haben. Auch als Wirtschaftsmacht ist Rußland im Zuge, seine alte große Bedeutung wiederzufinden. Das deutsche Volk, das infolge seiner geographischen Mittel-

lage, zwischen den Mächten des Westens und dem russischen Riesenstaate von jeher einen erheblichen Teil seiner politischen Aufmerksamkeit nach Osten gewandt hat, das gewohnt ist, alle wichtigen weltpolitischen Probleme mit einem Blick auf Rußland zu diskutieren, hat allen Grund, dem russischen Volk an einem Tag nationaler Feier die herzlichsten Wünsche zu widmen. Auch der Sozialist, ja insbesondere der Sozialist, dem die Gleichberechtigung und innere und äußere Freiheit der Völker zu den obersten Grundsätzen seiner Politik gehört, hat gegenüber dem russischen Staate und dem russischen Volke denselben Willen zum Frieden und zur internationalen Gerechtigkeit zu zeigen, den er jedem Volke gegenüber anzuwenden entschlossen ist."

Die ebenfalls rechtsstehende sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ schrieb an diesem Tage:

„... Hervorgehoben werden muß die maßgebende Rolle der kommunistischen Arbeiterschaft im sowjetischen Staatsmechanismus. Sie ist — mit gewissen Ausnahmen — guten Glaubens, daß sie ihren „eigenen Arbeiterstaat“ vertritt und für das Gedeihen der „sozialistischen Gesellschaft“ kämpft. Dieser psychologische Umstand, der natürlich eine materielle Grundlage hat, beseelt die betr. Arbeiterschicht, ihre ganze Energie und ihren Idealismus in das Sowjetregiment einzusetzen.“

Die linkssozialdemokratische „Dresdener Volkszeitung“ aber schrieb:

„... Dann begreift man, daß das Gefüge dieses eigenartigen Riesenreiches nicht durch die dem Zarismus verwandte Diktatur der dünnen Schicht des Industrieproletariats und der 800 000 organisierten Kommunisten zusammengehalten wird, sondern durch das Bewußtsein der Bauern und Arbeiter, daß sie im Sowjetstaate ihre wirtschaftlichen und kulturellen Ansprüche befriedigen können.“

Die Ausschlüsse von einzelnen Mitgliedern der Rußlanddelegation aus der SPD verstärken nur die Gegensätze der sozialdemokratischen Arbeiter, besonders derjenigen, die an der Wahl der betreffenden Delegierten selbst mitbeteiligt waren, zu ihrer Parteiführung und treiben sie mehr und mehr in die Reihen der linken Opposition, wie das jetzt auch beim Ausschlusse des Delegationsvorsitzenden Freiburger aus der SPD bei den besten sozialdemokratischen Arbeiterelementen in Bayern deutlich zum Ausdruck kommt.

Die Bemühungen der sozialdemokratischen Führerschaft, auch in den Gewerkschaften die Wirkungen der Arbeiterdelegation durch antibolschewistische Referate der Menschewistenführer abzuschwächen, erreichen das Gegenteil. So wurde eine Versammlung der Berliner Dreher, in der der bekannte Menschewist Abramowitsch über „Die wirtschaftliche Lage in Sowjetrußland“ sprach, zu einem flammenden Bekenntnis für Sowjetrußland, und eine Versammlung desselben Referenten in Hannover endete in einer Schlägerei.

Auch der Versuch der sozialdemokratischen Presse, die Gegensätze auf dem Parteitag der KP der Sowjetunion zur Antisowjethetze auszunützen, fand bei den breiten Arbeitermassen der SPD nur wenig Widerhall.

Wie weit die Stimmung der bewußt linksorientierten Arbeitermassen für Sowjetrußland schon fortgeschritten ist, zeigt ein Artikel in der Weihnachtsnummer eines der führenden linken SPD-Organe, der „Chemnitzer Volksstimme“, in dem es heißt:

„Nicht die kommunistische „Aufklärungsarbeit“, sondern die Tatsachen selbst, die Entwicklung des russischen Sowjetstaates, haben die Stimmung so gewendet, daß die Sozialisten der ganzen Welt heute in Rußland einen vom Proletariat regierten Staat sehen, der von den Sozialisten aller Länder gegen die Machenschaften und Intrigen der kapitalistischen Regierungen gestützt und geschützt werden muß.“

## II.

Die Wahlen zum Berliner Stadtparlament am 25. Oktober 1925 brachten eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit. Die KPD forderte sofort von der SPD eine gemeinsame proletarische Politik. Sie verstand es, die Betriebe, Gewerkschaften und einen großen Teil der proletarischen Sport- und Kulturorganisationen für diese Forderung zu mobilisieren. Die sozialdemokratischen Sabotageversuche wurden unter dem Drucke der breiten Massen bald gebrochen. Der erste Erfolg dieses linken Druckes aus den Betrieben und Gewerkschaften und aus der sozialdemokratischen Parteiorganisation selbst war die Bewilligung von 10 Millionen Mark durch die Stadtverordnetenversammlung für die Berliner Erwerbslosen.

Für die Wahlen zu den preußischen Provinziallandtagen und Kreistagen am 29. November 1925 schlug die KPD der SPD — wie schon, wenn auch ohne Erfolg, bei den Berliner Gemeindewahlen — technische Listenverbindung vor. Außer in Oberschlesien lehnte die SPD diesen Vorschlag als „unehrliches Angebot“ ab. Doch führten in einigen Landkreisen der Provinz Ostpreußen und Hessen-Nassau SPD-Arbeiter über ihre eigene Parteileitung hinweg die Listenverbindung mit der KPD durch.

So wurden die Parlamentswahlen zu einem weiteren Faktor zur Linksentwicklung der Arbeiterschaft. Hier lassen sich die Ergebnisse dafür zwar nicht so offen aufdecken, aber es steht zweifellos fest, das Berliner Beispiel und die Beispiele der Listenverbindungen in Ostpreußen und Hessen bestätigen es, daß durch die Wahlen, die von der KPD im Zeichen der Einheitsfront geführt wurden, die linken Stimmungen und Tendenzen gestärkt wurden. Ein weiteres Kennzeichen dafür ist, daß die Gewerkschaften wohl auch bei diesen Wahlen noch zur Wahl für die SPD aufriefen, daß sich aber in ihrem Aufruf im Gegensatz zu den Aufrufen bei früheren Wahlen kein einziges Wort mehr gegen die KPD befand.

## III.

Die sozialdemokratische Führerschaft gehörte bekanntlich zu den eifrigsten Agenten des Locarno-Paktes. Wie aber gerade in der Zeit der vor sich gehenden Westorientierung der deutschen Bourgeoisie in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Sympathien für Sowjetrußland stark wuchsen, führten wir schon aus.

Durch die Enttäuschungen über die aufgehende „Dollarsonne“ des Dawesplanes gewitzigt, trat ein großer Teil der sozialdemokratischen Arbeiterschaft schon von vornherein dem Locarno-Pakt sehr mißtrauisch gegenüber. Die Linken, besonders in Sachsen, nahmen von Anfang an, wenn auch schwächlich und halb, Stellung gegen den Locarno-Pakt. Ihre Haltung erfuhr eine Stärkung durch die Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die nach dem Abspringen der Deutschnationalen wieder einmal den Lückenbüßer machte, um sich Ministersessel in der Großen Koalition zu sichern.

Diese Haltung der SPD-Führung trug wesentlich zur Stärkung des linken Flügels in der SPD bei, sogar Breslau, das Domizil des sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Löbe — eines der „kommenden Männer der SPD — kam in linke Frontstellung gegen die sozialdemokratische Führung. Die Mitgliederversammlung der SPD in Breslau sprach Anfang Dezember der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wegen ihrer Haltung zu Locarno

das Mißtrauen aus. Fast einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die Mitgliederversammlung der SPD, Ortsgruppe Breslau, bedauert außerordentlich die Zustimmung der Reichstagsfraktion zum Vertrag zu Locarno, ohne daß vorher die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen erzwungen wurden.“

Der Redner Schramm erklärte in derselben Versammlung nach dem Breslauer SPD-Organ unter stürmischem Beifall:

„Das Heil der Arbeiterklasse hängt nicht von Locarno ab, denn die Bürgerlichen haben auch zugestimmt.“

Aehnliche Stellungnahmen von Sozialdemokraten besonders in Gewerkschaftsversammlungen wurden aus dem ganzen Reiche bekannt.

#### IV.

Die Frage der Beteiligung der SPD an einer Großen Koalition im Reiche, wie sie nach der Lückenbüßerrolle der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Annahme des Locarno-Paktes gegeben war, brachte die gesamte SPD durcheinander.

Die erste schärfste und entschiedenste Opposition gegen die Beteiligung der SPD an der Großen Koalition im Reiche ging von Sachsen aus. Während der „Vorwärts“ noch eine Kampagne für die Beteiligung an der Großen Koalition führte, nahmen am 21. Dezember die Funktionäre der SPD Groß-Leipzigs eine Resolution an, die eine scharfe Absage an die Große Koalition war. Die linke „Frankfurter Volksstimme“ schrieb zu gleicher Zeit:

„In dem Augenblick, in dem uns Koalitionsparteien mit den Ministersesseln Vollmacht geben würden, in Deutschland die Demokratie zu verwirklichen und im Sinne unserer sozialistischen Ziele zu wirken, wäre keine Sozialdemokratie dagegen, in die offene Hand einzuschlagen. Aber die Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten gewähren uns Ministersitze ohne Macht. Wem gewähren sie denn Macht? Den Monarchisten, in deren Hand sie die Waffen der Republik legen! Wie soll der, dessen Willen niemand vollstreckt, Staatsmacht ausüben, wenn man ihm nichts gewährt als ein gutgeheiztes Büro zur Durchsetzung seines Willens?“

Und die „Plauener Volkszeitung“ schrieb:

„Die Forderungen, auf die die sozialdemokratische Partei als die Vertreterin des deutschen Proletariats in dieser Zeit bestehen muß, die durchgeführt werden müssen, wenn die schlimmsten Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaft von der Arbeiterklasse ferngehalten oder gemildert werden sollen, diese Forderungen werden nie die Unterstützung der kapitalistischen Parteien finden. Die Sozialdemokratie würde, wenn sie sich jetzt an einer Regierung der Großen Koalition beteiligte, wieder auf eine Kompromißpolitik festgelegt werden, bei der sie alles gibt, aber nichts von den anderen für die arbeitenden und hungernden und frierenden Massen erhält. Deshalb sind wir der Auffassung, daß die Sozialdemokratische Partei mit ihren 131 Sitzen im Deutschen Reichstag in der Opposition den Forderungen viel mehr Nachdruck zu verleihen vermag. Sie wird den Druck für die Durchführung dieser Forderungen nach außerhalb des Parlaments organisieren müssen. Die psychologische Situation ist der Einleitung großer Aktionen durchaus günstig, und die Sozialdemokratie darf solchen Aktionen nicht länger aus dem Wege gehen.“

Mitglieder- und Funktionärversammlungen in den sächsischen Bezirken, im Frankfurter Bezirk und Groß-Thüringen sprachen sich scharf gegen die Große Koalition aus.

Das waren jedoch alles Organisationen, in denen die SPD-Linke seit langem verwurzelt ist.

Auf die bisher rechten Bezirke griff die Bewegung gegen die Beteiligung der SPD an der Großen Koalition über, von manchen KPD-Leitungen ganz gut unterstützt. In der Breslauer Mitgliederversammlung der SPD erklärte der Redner Birnbaum u. a.:

„... Die Taktik der Fraktion hat es den Deutschnationalen ermöglicht, sich zu verstecken. In diesem Reichstage müssen wir nun nicht nur die Große, sondern auch die Kleine Koalition ablehnen. Die Aufstellung von Mindestforderungen für den Eintritt in die Regierung nützt uns gar nichts. Wir setzen, wenn wir draußen bleiben, nicht weniger durch, als wenn wir in die Regierung gehen und alles tragen helfen, was uns die anderen bisher beschert haben.“

In der einstimmig angenommenen Resolution dieser Mitgliederversammlung heißt es:

„Gegenüber der durch diese Taktik heraufbeschworenen Regierungsbildung erklärt die Versammlung, daß sie der Beteiligung der SPD an jeder Koalition in diesem Reichstage aufs entschiedenste widerspricht und von Parteiausschuß und Reichstagsfraktion die gleiche Entscheidung erwartet.“

Nach den Berliner Funktionären der SPD sprachen sich die Hamburger, die Stuttgarter und außer der Kasseler und Karlsruher alle übrigen Organisationen gegen die Große Koalition aus. Die gesamte SPD-Presse beschäftigte sich alltäglich mit dieser Frage. So schrieb das „Hamburger Echo“:

„Für die SPD ist selbstverständlich die Entscheidung nicht leicht. Wenn sie für ihre Beteiligung an der Regierung ein soziales Hilfsgesetz durchführen kann, so ist das in der Zeit der Wirtschaftskrise allerdings von Bedeutung. Aber das Programm würde zum Schaugericht, wenn die Stresemänner es über den Haufen werfen können. Die Volksparteier stellen sich völlig, wie heute die „Hamburger Nachrichten“, die kurzerhand jede Verbesserung der Erwerbslosenhilfe verwerfen, weil die „Wirtschaft“ sie nicht tragen könne und eine Inflation die Folge wäre. Sie werden in blindem Hasse jede soziale Hilfstätigkeit einer Regierung mit sozialistischem Einschlag niedertrampeln. Darum raten wir ab vom Experiment einer Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung. Die Partei muß sich Kopf und Arme freihalten für den Kampf in der Opposition!“

In dieser Weise jonglierte auch die übrige rechtssozialdemokratische Presse.

Allen diesen Stellungnahmen der rechten SPD-Organen gegen die Große Koalition merkte man jedoch sofort an, daß sie nur unter dem Druck der Arbeitermassen erfolgten. Sie nahmen mehr oder weniger nur gegen die Große Koalition Stellung, ließen aber die Möglichkeit der Unterstützung einer Regierung der Mitte offen. Die Presse der Linken rollte aber auch diese Frage auf. So schrieb das „Sächsische Volksblatt“ anläßlich der Berliner Funktionärerversammlung:

„Sie hätten aber gut getan, gegenüber den Darlegungen Hermann Müllers von vornherein festzulegen, daß von einer wohlwollenden Duldung einer Mittelregierung keine Rede sein kann. Von dem Zustand, daß die Innenpolitik mit der Rechten, die Außenpolitik mit der Linken gemacht wird, haben wir die Nase voll.“

Zur klarsten und weitesten Stellungnahme wurde die „Plauener Volksstimme“ getrieben, die in ihrer Neujaahrsnummer folgendes schrieb:

„Die kommunistischen Arbeiter leiden, wie wir, sind mit ein Teil der Armee der Entrechteten. Ohne den gemeinsamen Kampf mit ihnen werden wir unser Endziel nicht erreichen. Mögen wir an der Politik der Kommunisten auch vieles auszusetzen haben (das soll und darf nie verschwiegen werden), so steht eines fest, wie das Amen in der Kirche: nicht bürgerliche Parteigänger sind unsere natürlichen Bundesgenossen, sondern unsere Klassengenossen, auch in der KPD.“

Unsere Freunde von heute, mit denen wir in republikanischen Organisationen zusammensitzen und mit denen wir ruhig ein Stück gemeinsamen Weges wandern,

werden unsere bittersten Todfeinde von morgen sein, wenn es im Kampfe um die Macht ernst wird" . . . . Mit Mundspitzen macht man keine Revolution, und mit Resolutionen kämpft man bestimmt nicht siegreich gegen herrschende und fest im Sattel sitzende Machthaber.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß die Diskussion über die Beteiligung der SPD an der Großen Koalition im Reiche die Linksentwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterelemente stark gefördert hat. Bedeutend weitere Kreise wurden von der Linksbewegung erfaßt auch in solchen Bezirken, in denen bisher die Rechten die unbestrittene Vorherrschaft hatten. Die Linke wurde aber zugleich noch weiter getrieben, was aus der Stellungnahme der „Plauener Volksstimme“ klar hervorgeht. Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, in der unbestritten die Stimmung für den Eintritt in die Große Koalition vorherrschte (David, Scheidemann und Otto Braun traten offen für die Große Koalition ein), diese in der letzten Stunde mit Zweidrittelmehrheit ablehnte, so ist dieses lediglich auf den Druck der sozialdemokratischen Arbeitermassen zurückzuführen und ferner auf die Einsicht der sozialdemokratischen Führerschaft, daß die Beteiligung an der Koalitionsregierung diese Linksentwicklung rapid weiterfördern würde.

#### V.

Während bisher Frankfurt in der SPD-Linken führend war, geht die Führung des linken Flügels in der SPD immer mehr auf die sächsischen Bezirke über. Das ist kein Zufall. Durch den Verrat der 23 rechten Abgeordneten, ihre dauernde Beteiligung an der Koalitionsregierung und die damit gestellte Frage der Landtagsauflösung befinden sich die sächsischen SPD-Organisationen im ständigen Kampfe mit der Parteiführung, die die 23 Rechten rückhaltlos unterstützt. Diese „Sachsenfrage“ stand auf dem Heidelberger Parteitag im Vordergrund. Durch ein Kompromiß, das faktisch eine Niederlage der sächsischen Linken bedeutete, wurde sie hinter die Kulissen verwiesen.

Jetzt ist die Sachsenfrage wieder mit aller Schärfe in ihrer ganzen Größe aufgerollt, und das nicht zuletzt durch die kommunistische Einheitsfrontkampagne für die Auflösung des Landtages. In der augenblicklichen Situation in Sachsen ist festzustellen, daß die sozialdemokratischen Arbeitermassen immer stärker das Zusammengehen mit den Kommunisten verlangen. Die linken Führer stehen äußerst stark unter dem Drucke der Massen, sie müssen sich ihren Stimmungen anpassen. Das zeigt das oben erwähnte Zitat aus der Neujahrsnummer der „Plauener Volksstimme“. Dasselbe zeigt auch das Verhalten des Vorsitzenden der sächsischen SPD-Leitung Arzt, der in einer Versammlung in Schandau, wo die sozialdemokratischen Arbeiter bereits drohten, die Partei zu verlassen, erklärte, daß die Arbeiterschaft nur unter der roten Fahne siegen kann und nicht unter dem Reichsbanner Schwarzrotgold. In vielen sächsischen Orten haben sich bereits Einheitskomitees, bestehend aus Vertretern der KPD, der SPD, der Gewerkschaften und der proletarischen Sport- und Kultur-Organisationen, gebildet, deren Aufgabe es sein soll, neben der Kampagne für die Auflösung des Landtages auch Maßnahmen zur Hilfe für die Erwerbslosen und zur Herbeiführung des Volksentscheids zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten durchzuführen.

Die sächsische Linke in der SPD hat also in der letzten Zeit eine breitere Basis bekommen. Ihre Führer stehen unter dem starken Druck der ein gemeinsames revolutionäres Vorgehen mit den Kommunisten fordernden linken Arbeiterelemente.

## VI.

In seinen ersten positiven Auswirkungen trug der Dawes-Plan durch die nach Deutschland fließenden Millionen-Dollarkredite und die folgende zeitweilige Belebung der deutschen Industrie zur Stärkung des Kurses der sozialdemokratischen Führerschaft bei. In seinen nunmehr eintretenden negativen Auswirkungen fördert er stark die Linksorientierung in der deutschen Arbeiterschaft.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit mit Millionenmassen hungernder Arbeitslosen — eine der augenscheinlichsten Auswirkungen des Dawes-Planes — zog breiteste Massen in die Linksbewegung hinein.

Zur Eröffnung des Reichstages am 12. Januar erschienen aus dem ganzen Reiche Arbeitslosendelegationen mit ihren Forderungen in Berlin, bestehend aus Kommunisten und Sozialdemokraten, Parteilosen und Zentrumsarbeitern. Zur selben Zeit fanden im ganzen Reiche Erwerbslosendemonstrationen statt, zu denen von der KPD aufgerufen worden war und die sämtlich Massenteilnahme von Arbeitern aller Parteien aufwies. Am 15. Januar erschien wiederum unter kommunistischer Führung eine 60 Mann starke Arbeitslosendelegation von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern mit ihren Forderungen im Reichstage, die sich bei sämtlichen Fraktionen Gehör erzwang.

Im ganzen Reiche beginnen sich Aktionskomitees aus Vertretern der proletarischen Organisationen zu bilden zur Durchdrückung der Arbeitslosenforderungen und zur Durchführung des Volksentscheides über die Fürstenabfindung. So wurde in Gelsenkirchen nach einer vom Ortskartell des ADGB einberufenen Versammlung ein Aktionsausschuß gebildet aus Vertretern der KPD, SPD, des Erwerbslosenausschusses, der Jugend, des ADGB, des Reichsbanners und des Roten Frontkämpferbundes. Eben solche Komitees wurden, wie schon erwähnt, in Sachsen gebildet, ferner in Solingen, in Opladen und anderen Orten.

Bei der Stilllegung der Zeche Joachim in Kray (Ruhrgebiet), wurde auf Initiative der KPD ein Ausschuß gebildet, in dem KPD, SPD, Christlich-Soziale, Zentrum, ADGB und Christliche Gewerkschaften vertreten sind. Dieser Ausschuß führte eine scharfe Kampagne gegen die Stilllegung der genannten Zeche durch.

In den Gewerkschaften trägt die Kampagne für die Erwerbslosen zur starken Revolutionierung der Massen bei. In einer Anzahl Gewerkschaftskartelle und Verbandsortgruppen, in denen z. T. die Reformisten bisher führend waren, wie im Buchdruckerverband in Leipzig, wurde die gewerkschaftliche Erfassung der Erwerbslosen und die Abhaltung von gewerkschaftlichen Erwerbslosenkongressen verlangt. Die Belegschaft der Görz-Werke (SPD-Mehrheit) forderte in einer Resolution:

„Die Versammlung richtet ihren Appell an die Parlamentsfraktion der SPD. und KPD um energische Führung des Kampfes gegen die Vergrößerung und Stabilisierung des Arbeitslosenheeres.“



In der Provinz Sachsen wurden in einer Anzahl von Gemeindevertretungen mit den Stimmen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter bedeutende Erhöhungen der Erwerbslosenunterstützungen beschlossen. Diese Beschlüsse wurden von dem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Grützner als „ungesetzlich“ aufgehoben.

Die Einheitsfront zum Kampfe für die Hilfe der Erwerbslosen ist erst im Entstehen begriffen. Aber schon jetzt sind auch hier in ganz Deutschland breite Massen der Arbeiterschaft mitgerissen.

## VII.

Als die unverschämten Abfindungsforderungen der deutschen Exfürsten bekannt wurden, machte die KPD als erste proletarische Organisation die Massen mobil und forderte die Durchführung des Volksentscheides. Unter allerlei Mätzchen lehnte der „Vorwärts“ eine Teilnahme der SPD daran ab.

Es wurde von der KPD im ganzen Reiche zu Demonstrationen für den Volksentscheid aufgerufen. In einzelnen Bezirken (Halle-Merseburg) und in zahlreichen Städten (Ruhrgebiet) wurden diese Demonstrationen zu wichtigen Kundgebungen unter offizieller Beteiligung der KPD, der Gewerkschaften und sogar des Reichsbanners.

Die Bewegung zur Herbeiführung eines Volksentscheides erfaßte sehr schnell die breitesten Arbeitermassen. Nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch vor allem in der SPD und im Reichsbanner wurden diese Forderungen laut. Die Funktionäre der SPD von Groß-Hamburg, von Breslau, Halle, Zwickau und vielen anderen Städten verlangten die Herbeiführung des Volksentscheides. Die SPD-Funktionärversammlung von Groß-Leipzig machte sich die kommunistische Parole wörtlich zu eigen. Sie verlangte von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion „Herbeiführung des Volksentscheides über entschädigungslose Enteignung der Fürsten!“

In Hunderten von Betriebsversammlungen, in einer großen Zahl Gewerkschaftsversammlungen, in zahlreichen proletarischen Organisationen wurde dieselbe Forderung erhoben.

In dieser Kampagne sind bereits die Anfänge der Existenz eines linken Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung deutlich zu bemerken. Das zeigten die von der KPD organisierten Massendemonstrationen am 27. Januar. Sie waren in vielen Städten die wichtigsten Demonstrationen seit den Kampftagen von 1919. In Berlin betrug die Teilnehmerzahl nach bürgerlicher Schätzung allein 200 000. Große Massen sozialdemokratischer Arbeiter, Zentrumsarbeiter und Indifferente marschierten unter der roten Fahne.

Und wenn sich die SPD, nachdem der unter Führung der KPD stehende Ausschuß bereits Schritte zur Herbeiführung des Volksentscheides gemacht hatte, gezwungen sah, den ADGB zur Vermittlung hinsichtlich der Frage einer gemeinsamen Aktion von KPD und SPD anzurufen, so geschah das lediglich unter dem Eindruck der immer wichtiger werdenden Linksbewegung der deutschen Arbeiterschaft. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete sprach es ja ganz offen aus, daß bei der alten Taktik der Ignorierung des Volksentscheides bisher die Arbeiter bataillonsweise die SPD verließen, und daß zu erwarten sei, daß sie „in ganzen Armeen davonlaufen“ würden!

Wie schon eingangs erwähnt, kann man die bereits herausgebildeten Anfänge eines linken Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung nicht als etwas einheitliches, etwas fest organisiertes Ganzes ansprechen. Man kann höchstens die einzelnen Faktoren aufzählen, die alle zusammen diesen linken Flügel ausmachen. Es sind dieses:

1. Die SPD-Linke in Sachsen.
2. Die SPD-Linke in den Bezirken Hessen-Frankfurt, Thüringen und verstreute linke Elemente im ganzen Reiche, am stärksten in Oberschlesien und Ostpreußen, schwächer und schwach in fast allen anderen Bezirken.
3. Die SPD-Opposition in Mecklenburg, vor allem die 4000 Mitglieder starke Ortsgruppe Schwerin, die entstand, als der SPD-Vorstand den Volksentscheid zur Auflösung des Mecklenburgischen Landtages abwürgte.
4. Die immer stärker werdende Opposition in den Gewerkschaften im ganzen Reiche.
5. Die Opposition im Reichsbanner, die in Sachsen, Breslau, Thüringen und Halle am stärksten auftritt.
6. Neben dem Roten Frontkämpferbund und den unter kommunistischem Einfluß stehenden proletarischen Organisationen auch solche proletarische Organisationen, in denen noch die SPD die Mehrheit hat, wie Freidenker- und einzelne Sportorganisationen.
7. Die Erwerbslosenausschüsse.
8. Die interparteilichen Aktionsausschüsse.
9. Die vom Zentrum im Verlaufe der Wirth-Opposition abgespaltenen Teile der Christlich-Sozialen im Ruhrgebiet.
10. Teile einzelner Zentrumsgewerkschaften, besonders im Ruhrgebiet.

Die Aufgabe der Kommunistischen Partei Deutschlands wird es sein, auf dem Wege der Gewinnung der breitesten proletarischen Massen fortzuschreiten, diese ersten Anfänge des sich bildenden linken Flügels weiterzutreiben und sie zusammenschweißen zu einem festen, wuchtigen, unter ihrer Führung stehenden linken Flügel der deutschen Arbeiterbewegung.